

BADEN BADEN

Strategische
Entwicklungsplanung

2020

ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG
PRINZIPIEN UND LEITIDEEN DER STADTENTWICKLUNG
THEMEN UND KONZEPTION DER BÜRGERBETEILIGUNG





BADEN **BADEN**
Strategische
Entwicklungsplanung **2020**

INHALTSVERZEICHNIS
STRATEGISCHE ENTWICKLUNGSPLANUNG BADEN-BADEN

1.	ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG	10
1.1	EINFÜHRUNG	10
1.2	TEILNEHMER UND ABLAUF	12
1.3	ERGEBNISSE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN	16
2	PRINZIPIEN UND LEITIDEEN DER STADTENTWICKLUNG	10
2.1	NEUE HERAUSFORDERUNGEN – NEUE PERSPEKTIVEN - BADEN-BADEN 2020	40
2.2	PRINZIPIEN DER STADTENTWICKLUNG	42
2.3	LEITIDEEN	44
3	THEMEN UND KONZEPTION DER BÜRGERBETEILIGUNG	54
4	MATERIALIEN	58

Kapitel 1

Das Kapitel 1 beinhaltet den Ablauf und die Ergebnisse der Klausurtagung des Gemeinderates. Die Arbeitsergebnisse sind bezogen auf die vier Arbeitsgruppen zusammengefasst. Für die einzelnen Themen werden die Ausgangslage beschrieben und die zentralen Perspektiven für die weitere Entwicklung von Baden-Baden aus Sicht des Gemeinderates dargelegt.

Kapitel 2

Auf Grundlage der Arbeitsergebnisse haben die KE und die Stadtverwaltung Prinzipien der Stadtentwicklung formuliert. Die Prinzipien beschreiben die übergeordneten Ziele der künftigen Stadtentwicklung. Aus den Prinzipien werden so genannte Leitideen abgeleitet. Sie zeigen die Perspektiven von Baden-Baden auf und sie sind die Grundlage des weiteren Planungsprozesses.

Kapitel 3

Die Einbindung der Bürgerschaft in den Prozess der Stadtentwicklungsplanung besitzt einen hohen Stellenwert. Im Kapitel 3 werden die Vorgehensweise und die Themen der Bürgerbeteiligung vorgestellt.

Kapitel 4

Im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderates wurden Impulsreferate zu den Themen „Bevölkerungsentwicklung“, Siedlungsentwicklung, „Verkehr“, „Lärmschutz“ und „Luftreinhaltung“ gehalten. Die Präsentationsfolien zu diesen Referaten sind in diesem Kapitel zusammengestellt.

Verfasser:	LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE) Stadt Baden-Baden
Projektleitung (KE):	Prof. Dr. Richard Reschl Bertram Roth
Projektmitarbeit (KE):	Dr. Susanne Hässler Thomas Geissler Markus Lämmle
Projektleitung (Stadt):	Lisa Poetschki-Meyer Martin Lautenschlager
Herausgeber:	Stadt Baden-Baden, Dezember 2008

1. ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG

1. ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG

1.1 EINFÜHRUNG



Die Erarbeitung von ersten Zielvorstellungen zur Stadtentwicklung Baden-Baden erfolgte in einer zweitägigen Klausurtagung des Gemeinderates am 10. und 11. Oktober 2008 im Akademiehotel in Karlsruhe.

Die Tagung war als Informations- und Konzeptionstagung geplant und ging von folgenden Grundsätzen aus:

- sie findet an einem dritten Ort statt,
- mit Moderation durch die KE,
- mit der Priorität Konzeptionsdiskussion,
- mit konzentrierter Experteninformation,
- ohne Entscheidungen.

Eine gründliche Diskussion über die künftige Entwicklung einer Stadt kann im Rahmen von Gemeinderatssitzungen in der Regel nicht geleistet werden. Die Tagesarbeit der Gremien wird einerseits von den aktuellen Sachfragen und andererseits von politischen Konstellationen und den daraus resultierenden Mechanismen bestimmt. Für eine intensive und zielgerichtete Diskussion haben sich Klausurtagungen bewährt. Bei der Klausurtagung stehen grundsätzliche kommunale Überlegungen im Vordergrund. Die Diskussion geht nicht primär von Referaten mit Fachleuten aus, im Mittelpunkt steht vielmehr die Konzeptionsdiskussion des Gemeinderates.

Die Klausurtagung wurde von der Verwaltung in enger Abstimmung mit der KE inhaltlich vorbereitet. Die Moderation der Klausurtagung erfolgte durch die KE. Diskussionsgrundlage für die kommunale Klausurtagung war das so genannte Arbeitsbuch. Die relevanten Themen der Stadtentwicklung sind dort umfassend aufgearbeitet. Neben einer Analyse der Ist-Situation beinhaltet das Arbeitsbuch eine Zusammenschau aktueller Fragestellungen und möglicher Perspektiven. Für alle Themenbereiche wurden die „Schwerpunkte der Diskussion“ herausgearbeitet. Sie bildeten das inhaltliche Grundgerüst für die Diskussionen im Plenum und in den Arbeitsgruppen.





Über Fachinformationen durch die KE und weitere Ingenieurbüros wurde den Beteiligten ein umfassender und einheitlicher Sachstand zu wichtigen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung gegeben. Die Themen „Demographischer Wandel/Bevölkerungsentwicklung“ und „Siedlungsflächenentwicklung/ Siedlungsflächenbedarf“ wurden von der KE vorgestellt. Die ersten Analyseergebnisse der Verkehrserhebungen und der Lärmberechnungen wurden vom Ingenieurbüro BS Planung präsentiert.

Die Informationen zum Thema Luftreinhaltung erfolgten durch das Ingenieurbüro Müller BBM. Die Präsentationsfolien zu diesen Fachinformationen sind in der Anlage enthalten.

Die wesentlichen Resultate der Klausurtagung sind in diesem Bericht zusammengefasst. Ziel der kommunalen Klausurtagung war es, konkrete und mehrheitsfähige Prinzipien der Stadtentwicklung zu formulieren und mögliche Leitideen als Kern der Stadtentwicklungsplanung zu benennen. Die Ergebnisse wurden in der Regel im Konsens erarbeitet. Überall dort, wo kein eindeutiger Konsens festgestellt werden konnte, sind „Mehrheitsmeinungen“ bzw. „Minderheitsmeinungen“ festgehalten.



1. ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG

1.2 TEILNEHMER UND ABLAUF

GEMEINDERAT

Bauer, Walter

Bloedt-Werner, Klaus

Böhlen, Beate

Dinkelaker, Almuth

Ehinger, Dr, Hans-Peter

Falk, Hauke

Falk, Hubert

Feldmann, Dr. Olaf

Gassenschmidt, Hubert

Geggus, Michael

Gehri, Heinz

Haußmann, Paul

Hebding, Rudi

Henn, Werner

Hoff, Christian

Jäger, Wolfgang

Jülg, Kurt

Kailbach-Siegle, Reinhilde

Kath, Dr. med. Ingrid

Lauerhaß, Rainer

Lazarus, Ursula

Leese, Fritz

Maas, Klaus

Möbis-Wolf, Sybille

Müller, Dr. Jürgen

Müller, Ralf

Mussler, Christian

Oesterle, Hansjörg

Opitz, Ursula

Schmoll, Werner

Schöpflin, Armin

Schwellinger, Ralf

Seifermann, Günter

Seiter, Bruno

Sperling-Theis, Astrid

Stadtler, Norbert

Waldvogel, Jürgen

Weigel, Bernd

Whittaker, Kai

Wirth, Beate

VERWALTUNG / STÄDTISCHE EINRICHTUNGEN

Gerstner, Wolfgang (Oberbürgermeister)

Hirth, Werner (erster Bürgermeister)

Liebenstein, Kurt (Bürgermeister)

Eibel, Thomas

Stenzel, Peter

Gerstner-Schröder, Petra

Eble, Axel

Ullrich, Hans

Poetschki-Meyer, Lisa

Lautenschlager, Martin

Brunsing, Markus

Ambus, Franz

Moritz, Hans-Joachim

Fürle, Frank

Phal, Rainer

Droll, Wolfgang

Schäfer, Bernhard

Henke, Uta

Teichmann, Rudi

Hauck, Thomas

Falk, Hubertus

Hildner, Ulrich

Boos, Hans-Dieter

Birk, Wolfram

Börsig, Markus

Heuber-Sänger, Petra

Goertz-Meissner, Brigitte

Schnurr, Hans-Jürgen

**LBBW IMMOBILIEN
KOMMUNALENTWICKLUNG GMBH**

Geissler, Thomas

Häsler, Dr. Susanne

Lämmle, Markus

Reschl, Prof. Dr. Richard

BS INGENIEURE

Schäfer, Frank-P.

Schröder, Wolfgang

MÜLLER BBM

Ropertz, Alexander

1. ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG

1.2 TEILNEHMER UND ABLAUF

TAGESABLAUF

Freitag 10. Oktober 2008

Plenum				
9:30	Eröffnung der Klausurtagung durch Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner			
9:45	Ziele und Prinzipien der Klausurtagung - KE			
10:00	Baden-Baden 2020 – eine offene Diskussion			
11:30	Demographische Entwicklungen und Infrastruktur			
12:00	Mittagspause			
13:00	Siedlungsentwicklung			
13:30	Verkehr/Lärm/Luft			
15:30	Kaffeepause			
Arbeitsgruppen				
	Themen AG 1 (Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung, Grün- und Freiraumentwicklung, Kuranlagen und Stadtgrün, Wohnen, Stadtbild)	Themen AG 2 (Gewerbe und Dienstleistungen, Einzelhandel, Kultur, Tourismus, Gesundheitswesen)	Themen AG 3 (Bildung und Betreuung, Soziales, Freizeit und Sport)	Themen AG 4 (Mobilität und Verkehr, Umwelt und Ökologie, Energie Ver- und Entsorgung)
16:00	Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung	Gewerbe und Dienstleistungen	Soziales	Mobilität und Verkehr
Plenum				
18:00	Berichte aus den Arbeitsgruppen/Aussprache (mit Nachfragen)			
19:00	Abendessen und Informelles Zusammensein			

TAGESABLAUF

Samstag 11. Oktober 2008

	Arbeitsgruppen			
	AG 1	AG 2	AG 3	AG 4
9:00	Grün- und Freiraumentwicklung	Einzelhandel	Soziales	Mobilität und Verkehr
10:30	Kaffeepause			
11:00	Stadtbild	Kultur Tourismus	Bildung und Betreuung	Umwelt und Ökologie
12:30	Mittagspause			
13:30	Wohnen Kuranlagen und Stadtgrün	Gesundheitswesen	Freizeit und Sport	Energie und Ver- und Entsorgung
15:00	Kaffeepause			
	Plenum			
15:30	Berichte aus den Arbeitsgruppen, Zusammenfassung der Ergebnisse			
16:15	Weiteres Vorgehen			
16:30	Ende der Klausurtagung			

ARBEITSGRUPPE I

Themen

Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung

Grün- und Freiraumentwicklung

Kuranlagen und Stadtgrün

Wohnen

Stadtbild

Teilnehmer

Christian Mussler

Hauke Falk

Norbert Stadler

Dr. Jürgen Müller

Sybille Möbis-Wolf

Rainer Lauerhass

Walter Bauer

Almuth Dinkelacker

Hansjörg Oesterle

Bernd Weigel

Werner Hirth (Erster Bürgermeister)

Lisa Poetschki-Meyer

Axel Eble

Markus Brunsing

Thomas Hauck

Hans-Dieter Boos (Ortsvorsteher)

Wolfram Birk (Ortsvorsteher)

Moderation

Thomas Geissler

SIEDLUNGSSTRUKTUR UND SIEDLUNGSENTWICKLUNG

Ausgangslage

Die Siedlungsstruktur Baden-Badens wird durch die Lage im Nordschwarzwald am Übergang zur Rheinebene bestimmt.

Entsprechend verfügt Baden-Baden über eine ausgesprochen differenzierte Siedlungsstruktur:

- Kernstadt im Tal der Oos
- Höhenlagen um die Kernstadt
- Stadtteile des Reblands
- Stadtteile in der Ebene

Dies hat zur Folge, dass sich die Stadtteile in ihrer Entwicklung sehr unterschiedlich ausgeprägt haben und eigenständige Identitäten entwickeln konnten. Diese Qualitäten gilt es zu bewahren und zu fördern.

Für die Stadtentwicklung bedeutet dies, dass die Ziele für die Ortsentwicklung aus den Eigenarten der einzelnen Stadtteile abzuleiten sind.

Perspektiven

Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Der Innenentwicklung wird Vorrang vor der Außenentwicklung gegeben. Für eine Innenentwicklung wird in der Diskussion eine Reihe von Potenzialen gesehen. Orte dieser Entwicklung sind insbesondere die Tallagen der Kernstadt, die angrenzenden eher urban geprägten Stadtteile der Kernstadt im Osten und Westen. Differenzierter werden die zentral gelegenen Halbhöhenlagen um die Innenstadt gesehen.

Kernstadt, Tallagen

- Ziel der Entwicklung ist eine lebendige Innenstadt mit sämtlichen städtischen Funktionen.

- Die Innenstadt soll als Wohngebiet insbesondere auch für Familien attraktiv werden.
- In zentralen Lagen ist vermehrt Wohnraum zu schaffen. Baulücken sind zu schließen.
- Eine Nachverdichtung, die aber den Maßstab des Bestands respektiert, ist anzustreben.
- Zielgruppe sind insbesondere junge Familien.
- In diesen Stadtteilen sind neue Gebiete zu entwickeln, die möglichst eine entsprechende Nähe zu bestehender Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Einkaufen, ÖPNV) besitzen, um den nach Baden-Baden zuziehenden Familien ein entsprechendes Angebot bieten zu können.

Historische Villengebiete

- Die historischen Villengebiete sind in ihrer Struktur zu stärken.
- Eine restriktive Haltung zu zukünftigen Bauvorhaben wird gefordert.
- Die Baudichte sollte nicht erhöht werden, um den Charakter nicht zu zerstören.
- Eine hohe architektonische Qualität muss bei Neubebauungen realisiert werden.

Halbhöhenlagen

In den Halbhöhenlagen, die nicht durch historische Villenbebauung geprägt sind, sind Konzepte zu entwickeln, die eine landschaftlich und städtebaulich verträgliche, durchaus auch verdichtete Bebauung zulassen.

Stadtteile

Die Stadtteile in der Ebene, im Rebland und der Vorbergzone sind sehr unterschiedlich geprägt. Die jeweilige Identität soll respektiert und gestärkt werden. In der zukünftigen Siedlungsentwicklung haben diese Stadtteile mit Blick auf den gewünschten Einwohnerzuwachs einen hohen Stellenwert, wobei unterschiedliche Schwerpunkte in der Steuerung der Entwicklung zu setzen sind.

Stadtteile in Der Ebene

- Für die Stadtteile in der Ebene (Haueneberstein, Sandweier) sollte eine maßvolle Nachverdichtung unter Wahrung des Ortscharakters angestrebt werden.

Rebland, Ebersteinburg

- Für die Eigenentwicklung sollen ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden.
- Der örtliche, eher dörfliche Charakter soll gestärkt werden.
- Eine höhere bauliche Dichte könnte durch eine Bebauung „in der zweiten Reihe“ (z.B. bei Aufgabe von Ökonomiegebäuden) erreicht werden.
- Arrondierungsflächen zur Abrundung des Siedlungskörpers sollten vor einer flächigen Neuausweisung von Bauland stehen.

Allgemein wird bemängelt, dass in Teilen eine Bevorratung von Flächen für nachfolgende Generationen erfolgt. Es sollten Instrumente diskutiert werden, die eine zügige Bebauung von Neubauflächen fördern.

GRÜN- UND FREIRAUMENTWICKLUNGS- WICKLUNG

Ausgangslage

Ähnlich der Siedlungsstruktur zeigt sich das Landschaftsbild Baden-Badens in einer starken naturräumlichen Ausdifferenzierung (Schwarzwald/Vorbergzone /Rheinebene, Waldflächen/Ackerflächen/Grünland/Halbtrockenrasen/Streuobstwiesen/Rebflächen etc.) sowie vielfältigen Landschaftselementen wie z.B. Trockenmauern, Hohlwege.

Die Stadt wird zum einen durch die naturnahen Landschaftsräume, zum anderen aber auch ganz wesentlich durch die attraktive Kulturlandschaft geprägt.

Für die landwirtschaftlichen Flächen ist einerseits eine Intensivierung der Nutzung festzustellen. Auf der anderen Seite werden weniger ertragreiche landwirtschaftliche Nutzflächen aufgegeben, so dass der kulturhistorische, ökologische und ästhetische Wert durch natürliche

Sukzession verloren geht.

Für die Waldflächen wird weniger Handlungsbedarf gesehen, da vom Gemeinderat am 31.07.2006 die Zielsetzungen des Waldeigentümers für die Forsteinrichtungsperiode 2007 – 2016 beschlossen wurden. Dieses Zielsystem legt besonderen Stellenwert auf die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes.

Perspektiven

Offenland / Rebland/ Wald

Zentrales Ziel ist, das attraktive Landschaftsbild zu erhalten, zu pflegen und weiter zu entwickeln.

- Für das Offenland sollen zur langfristigen Erhaltung der Kulturlandschaft innovative Pflege- und Nutzungskonzepte entwickelt werden (mit Kostenaufstellung).
- In Bezug auf die Pflege privater Flächen ist eine Bewusstseinsänderung der Eigentümer zu fördern. Wiesen und Weinbergsflächen haben nicht nur einen wirtschaftlichen Aspekt; vielmehr müssen die Eigentümer sensibilisiert werden, eine Verantwortung auch für das Landschaftsbild zu tragen.
- Private Initiativen für die Pflege sollen gestärkt werden. In den eher dörflich geprägten Strukturen funktioniert dieses im Rahmen der Nachbarschaftshilfe recht gut, sollte aber dennoch auf eine breitere Basis gestellt werden.
- Die entstehende Biomasse im Offenland sollte unter wirtschaftlichen Aspekten gesehen werden, mit dem Ziel der Energieproduktion. Dies eröffnet u.U. neue Möglichkeiten für die Bewirtschaftung.
- Im Landschaftsplan soll die Wertigkeit der Flächen auch in Bezug auf das Landschaftsbild dargestellt werden.
- Kleinparzellen in Reblagen sollten zusammengelegt bzw. arrondiert werden. Dazu soll ein Konzept „Flächenbörse für Weinbergsbrachen“ entwickelt werden.
- Flächen von besonders hohem naturschutzfachlichem Wert sollten - wie bisher auch - weiterhin durch die Stadt angekauft werden.
- Struktur- und artenreiche Waldflächen sind im Einklang mit den o.g. Zielsetzungen des Waldeigentümers im Hinblick auf den Klimawandel zu fördern. Auf ertragsschwachen, aber ökologisch wertvollen Sonderstandorten sollen sich wildnisartige Gebiete entwickeln können.

Tabuflächen

- Die Erhaltung von Schutzgebieten ist Ziel der Stadtentwicklung. Hierzu zählen u.a. Regionale Grünzüge / Grünzäsuren, Natura 2000 Flächen, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, besonders geschützte Biotop-, Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete.
- Ein Abgleich dieser Schutzgebietsflächen mit den potenziellen Flächen für die Siedlungsentwicklung erfolgt durch die Verwaltung im Vorfeld der Flächennutzungsplanung.

KURANLAGEN UND STADTGRÜN

Ausgangslage

Baden-Baden ist geprägt durch eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Grünanlagen.

Besonderes Augenmerk verdient das sog. grüne Band entlang der Oos als Rückgrat der Kernstadt. In der Wahrnehmung stellt sich dieses grüne Band nicht als durchgängiger Landschaftsraum dar, sondern als Reihung von historischen und neuen Parkanlagen, Grünflächen, und Plätzen mit unterschiedlicher Gestaltung und Funktion zwischen Lichtental und Oos. Schwerpunkte darin sind die Lichtentaler Allee und der Wörthböschelpark. Diesem grünen Rückgrat kommt in touristischer Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die Lebensqualität der Bewohner Baden-Badens eine außerordentliche Bedeutung zu.

Neben dem grünen Band existieren weitere stadtnahe Grünflächen, die zum Teil miteinander und mit der grünen Talachse vernetzt sind und unterschiedliche Funktionen übernehmen.

Perspektiven

- Die Kuranlagen als Schwerpunkt innerhalb des grünen Bands sollen in ihrer Nutzung und Entwicklung vor allem kurörtlichen Belangen Rechnung tragen.

- Aus dem grünen Band heraus soll eine Vernetzung mit der offenen Kulturlandschaft und dem Wald erreicht werden. Hierzu ist ein Offenhalten und Ausbau von Grünachsen notwendig.
- Die vorhandenen Fusswegeverbindungen z.B. Kaufhaus Wagener – Hungerberg, Bäderviertel – Paracelsusweg/Rotenbachtal sind zu betonen. Wege sollten beispielsweise durch Beschilderung stärker in das Bewusstsein der Bürgerschaft und der Gäste gerückt werden.
- Der Augustaplatz als verbindender Freiraum zwischen Lichtentaler Allee, Innenstadt und Kongresshaus soll an neue Anforderungen an die Freiraumnutzung angepasst werden.
- Der Wörthböschelpark soll als Bürgerpark durch eine Intensivierung der Freizeitanutzung mit Angeboten insbesondere für Familien und Kinder an Bedeutung gewinnen.
- Angebote für Jugendliche werden eher im Campus Cité gesehen.
- Die möglichen Standorte für einen Kleingolfplatz sind zu prüfen.
- Ein integriertes Konzept für B 500 unter den Aspekten Lärmschutz, Grüne Einfahrt, Wohnen etc. (s.a. Stadtbild) ist zu vertiefen.

WOHNEN

Ausgangslage

Ausgehend von einem Wanderungszuwachs in Höhe von 300 Einwohnern pro Jahr errechnet sich ein an Wohnbauflächenbedarf von rund 70 ha im Innen- und Außenbereich. Das heutige Flächenpotenzial im Außenbereich liegt bei rund 86 ha. Nicht berücksichtigt bei diesem Flächenpotenzial ist die Innenentwicklung; zur Quantifizierung dieser Flächen im Innenbereich wird z.Zt. ein Baulückenkataster erarbeitet. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Stadt Baden-Baden über ausreichende Flächenreserven für die zukünftige Nachfrage an Wohnbauflächen besitzt.

Dennoch muss die Frage beantwortet werden, wie sich der demografische Wandel auf den Bedarf an Wohnungen und Baugrundstücken auswirken wird. Es wird Veränderungen im Wohnverhalten geben was bei der Entwicklung von Einzelprojekten aber auch bei der Entwicklung von zukünftigen Baugebieten zu berücksichtigen ist.

sichtigen ist.

Auch werden sich aus den erhöhten Anforderungen an das Bauen, insbesondere in Bezug auf die energetische Optimierung von Gebäuden, Veränderungen am Gebäude und im Stadtbild ergeben.

Perspektiven

In der Diskussion werden folgende Ziele genannt:

- In Neubauquartieren sollen Strukturen geschaffen werden, die eine Mischung unterschiedlicher Wohnformen für die verschiedenen Generationen erlauben. Hierbei sollen Quartiere entstehen, die einen eigenen Charakter entwickeln können.
- Bauherrengemeinschaften sollen verstärkt gefördert werden, auch mit Blick auf Mehrgenerationenprojekte.
- Investitionen im Mietwohnungsbau sollten mit Hilfe des Steuerungsinstruments „Sanierungsgebiet“ gefördert werden (Flexibilität im Mietwohnungsbau).
- Ein attraktives Wohnumfeld ist wichtig für die Zufriedenheit aller Bevölkerungsgruppen Baden-Badens.
- Die Abhängigkeit vom Auto ist zu reduzieren. Wohnquartiere sollen dort geschaffen werden, wo die Nähe zur Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV) gegeben ist.
- Die Nutzung regenerativer Energien und ökologische Bauweisen sind zu stärken.

STADTBILD

Ausgangslage

Die Stadt Baden-Baden verfügt mit rund 1.500 Objekten über eine außerordentlich hohe Dichte von Kulturdenkmälern. Für das historische Stadtgebiet existieren eine Satzung zum Schutz der Gesamtanlage (historischer Stadtkern, Lichtentaler Allee), zwei Erhaltungssatzungen (Halbhöhenlagen) und eine Werbeanlagensatzung (Innenstadt, Fußgängerbereiche).

- Die im Februar 2008 in Kraft getretene Gesamtan-

1. ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG

1.3 ERGEBNISSE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

lagensatzung (auf 5 Jahre beschlossen) wird von Verwaltung wie Gemeinderat als sehr beratungsintensives, aber durchaus sinnvolles Instrument eingeschätzt.

- Die historische Innenstadt wird als übermöbliert und zum Teil auch als übergenutzt empfunden.
- Eine Stärke von Baden-Baden ist, dass die lokale Identität stark ausgeprägt ist; dies ist auch in den Stadtteilen festzustellen.

Perspektiven

Kernstadt

Hohe Anforderungen an die bauliche Entwicklung sind insbesondere für den historischen Stadtkern mit der hohen Dichte an Kulturdenkmälern zu stellen. Die Stadt muss sich funktionsgerecht verändern dürfen, das Stadtbild muss sich weiterentwickeln können, ohne aber die Identität zu verlieren.

- An die Architektur ist ein hoher Qualitätsanspruch zu setzen; es wird die Forderung formuliert, dass sich die Qualität der historischen Gebäude in der Qualität der Neubauten wieder finden muss und dass sich die Neubauten in den städtebaulichen Kontext einfügen müssen.
- Es muss eine Kultur entstehen, die im Bauen eine Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft sieht/das WIR-Gefühl mit den Investoren muss gestärkt werden.
- Eine unabhängige Beratung von außen in der Beurteilung von Bauprojekten wird als sinnvolles Instrument gesehen.
- Kritische Bauvorhaben sind im Ausschuss zu behandeln.

Stadtteile

Für die Stadtteile ergeben sich aus der Diskussion folgende Aspekte:

- Die bestehende Identität der Stadtteile soll erhalten und gestärkt werden.
- Erhalt und Fortführung der bestehenden Siedlungsstruktur ist Ziel der Ortsentwicklung. Zukünftige

Bauvorhaben haben sich dem unterzuordnen.

- Ein konkreter Ansatz ergibt sich z.B. in Sandweier, wo die Ortsmitte zu entwickeln ist.
- Weiterhin wird betont, dass sich die Stadteinfahrt im Bereich zwischen Oos und dem Verfassungsplatz wie auch zwischen Festspielhaus und Kaufhaus Wagener durch die bereits eingeleiteten Planungen weiter verändern wird. Hier ist wichtig, eine Gesamtplanung im Auge zu behalten, die vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung der Stadteinfahrt für die Gäste Baden-Badens sämtliche Einzelaspekte (wie Lärm, Luft, Stadtbild, Verkehr etc.) berücksichtigt.

ARBEITSGRUPPE II

Themen

Gewerbe und Dienstleistungen

Einzelhandel

Kultur

Tourismus

Gesundheitswesen

Teilnehmer

Hubertus Falk

Dr. Ingrid Kath

Reinhilde Kailbach-Siegle

Armin Schöpflin

Ralf Müller

Jürgen Waldvogel

Fritz Leese

Heinz Gehri

Dr. Hans-Peter Ehinger

Ursula Opitz

Beate Böhlen

Dr. Olaf Feldmann

Beate Wirth

Wolfgang Gerstner (Oberbürgermeister)

Brigitte Goertz-Meissner

Martin Lautenschlager

Markus Börsig

Petra Heuber-Sänger

Peter Stenzel

Ulrich Hildner (Ortsvorsteher)

Hans-Jürgen Schnurr

Moderation

Prof. Dr. Richard Reschl

GEWERBE UND DIENSTLEISTUNGEN

Ausgangslage

Die Stadt Baden-Baden ist bereits heute ein bedeutender Gewerbestandort. Die Organisation der Wirtschaftsförderung und die Vermarktung der Gewerbegrundstücke sind organisatorisch zukunftsweisend aufgestellt.

Die "weichen Standortfaktoren" der Stadt Baden-Baden sind herausragend. Die Imagefaktoren von Baden-Baden als internationale Bäder- und Kulturstadt werden auch in der Akquisition von Unternehmen eingesetzt.

Baden-Baden verfügt über ca. 85 Hektar gewerbliche Potentialflächen.

Die Gewerbegebiete sind räumlich deutlich vom internationalen Bäder- und Kulturbereich getrennt. Störende Einflüsse sind nicht gegeben.

Perspektiven

Der Gewerbestandort- und Dienstleistungsstandort wird ausgebaut; die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt wird gestärkt.

Es wurden fünf inhaltliche Schwerpunkte diskutiert:

Clusterbildung

Es bestand in der Arbeitsgruppe Einigkeit darüber, dass Clusterbildungen bei der Entwicklung der Gewerbegebiete sinnvoll sind. Allerdings dürfen die Cluster nicht zu eng gesetzt werden. Die Angebotsstrategie muss die reale Nachfrage beachten.

Künftige Gewerbeflächenschwerpunkte/Cluster

Für die einzelnen Gewerbeflächen wurden folgenden Schwerpunkte einvernehmlich festgelegt:

Cité (ca. 2,5 ha)

Die Gewerbe- und Mischgebietsflächen in der Cité sind von herausragender Bedeutung. Hier sollen vor allem Büro- und Dienstleistungsarbeitsplätze entstehen. In der baulichen Realisierung wird eine erhöhte städtebaulich - architektonische Qualität erwartet.

Oos-West (ca. 20 ha)

Auch für dieses Gebiet wird eine Clusterbildung angestrebt. In der Nähe des Bahnhofs wird die Ansiedlung von Dienstleistungsarbeitsplätzen favorisiert; großflächige Logistikunternehmen und stark emittierende Gewerbebetriebe werden nicht angesiedelt.

Gewerbepark Wörnersangewand (ca. 8-9 ha)

Interessenten sind für diese Flächen bereits vorhanden. Hier sollen vor allem Handwerksbetriebe, aber auch produzierende Betriebe (z.B. aus dem Bereich Maschinenbau) angesiedelt werden. **Bollgraben** (ca. 15 ha)

Umlegung noch nicht vollzogen; ohne branchenbezogene Vorgaben.

Mittelfeld / Unterfeld / Oberfeld (ca.40 ha)

Diese Potentiale sind als Vorratsflächen zu betrachten. Im Oberfeld sollen nicht störende Gewerbebetriebe angesiedelt werden.

Gewerbeentwicklungsplan

Die Erarbeitung eines Gewerbeentwicklungsplans durch ein externes Büro wird übereinstimmend abgelehnt.

Gesundheits- und Dienstleistungsstandort

Die Stadt Baden-Baden wird sich noch deutlicher als Gesundheits- und Dienstleistungsstandort profilieren. Die vorhandenen Nutzungspotenziale sollen die Grundlage für die Weiterentwicklung in diesem Bereich bleiben. Dieses Leitprojekt der Stadtentwicklung wird im Rahmen des weiteren Prozesses präzisiert. Bisherige Ansätze in diesem Bereich werden mit einbezogen. Ziel dieses Leitprojektes ist es, positive Effekte zwischen Spa- und Wellnessanbietern sowie präventiver Medizin herzustellen und zu vernetzen.

Marketing

Zentrale Imageträger für die Stadt Baden-Baden sind die Bereiche Gesundheit, Schönheit und Wohlbefinden. Mit diesen Imagefaktoren wird die Stadt in der Außenwahrnehmung verbunden. Bei der Vermarktung der Gewerbeflächen sollten diese positiven Imagefaktoren mitgenutzt werden.

EINZELHANDEL**Ausgangslage**

Die Ausgangslage ist mit den folgenden Punkten zu beschreiben:

- Die Sortimente, Nutzungen und jeweiligen Flächengrößen im Fachmarktzentrum (Cité) sind auf Grundlage des durchgeführten Gewerbegutachtens (GMA) im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens mit dem Regierungspräsidium festgelegt worden. Es wurde eine Nutzungs- und Sortimentsbeschränkung sowie eine Beschränkung der Verkaufsfläche auf 17.900 m² festgelegt.
- Das neu entstehende Factory-Outlet-Center in Roppenheim wird in Zukunft den regionalen Einzelhandel beeinflussen. In Roppenheim werden ca. 120 Marken-Boutiquen auf ca. 24.000 m² Verkaufsflächen entstehen.

Perspektiven

Es wurden fünf inhaltliche Schwerpunkte diskutiert:

Fachmarktzentrum

An der im Rahmen des durchgeführten Raumordnungsverfahrens festgelegten Sortimentsverteilung wird festgehalten.

Kernstadt

Der hochwertige und preisdifferenzierte Einzelhandel in der Innenstadt und das Angebot in der Weststadt müssen erhalten werden.

Stadtteile

Die Nahversorgung in den Stadt- und Ortsteilen soll gewährleistet sein.

Marketing

Die Einzelhändler in der Innenstadt und des Fachmarktzentrum werden aufgefordert, ein gemeinsames Marketingkonzept zu erarbeiten. Die Stadt wird gemeinsame Marketing-Aktivitäten der Einzelhandelsbetriebe in der Innenstadt und den Einzelhändlern in der Weststadt sowie im Fachmarktzentrum unterstützen.

Stadtbild Innenstadt

Das Erscheinungsbild des innerstädtischen Einzelhandels und der Gastronomie muss aufgewertet werden. Dazu gehört auch die Außendarstellung (z.B. Sauberkeit um die Einzelhandelsgeschäfte und die gastronomischen Betriebe).

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung unterstützt Initiativen von Maklern, Eigentümern und Einzelhändlern, marktgängige Verkaufsflächen zu schaffen.

TOURISMUS UND KULTUR

Ausgangslage

Tourismus

Baden-Baden ist eine internationale Bäderstadt. Dieses herausragende Image muss dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden.

Durch die Ansiedlung wichtiger kultureller Einrichtungen, wie beispielsweise das Festspielhaus und Museum Frieder Burda, wurde eine neue Qualität erreicht.

Viele Gäste kommen wegen des internationalen Renommées als Bäderstadt. In diesem Jahr wurde der höchste Anteil an internationalen Gästen seit 1950 erzielt (ca. 36%).

Kultur

Kultur als "weicher Standortfaktor" hat in Baden-Baden eine herausragende Bedeutung.

Das Kulturangebot der Stadt Baden-Baden enthält:

- Angebote für die Bevölkerung (Stadtbibliothek, VHS, etc.)
- Angebote für die Region (Musikschule, etc.)
- Angebote für internationale Zielgruppen (Museum Frieder Burda, Festspielhaus, Philharmonie, Theater Baden-Baden etc.)

Perspektiven

Tourismus

Baden-Baden ist ein bedeutsamer Gesundheits-, Kultur- und Kongressstandort. Diese drei Säulen sind auch die zentralen Bereiche für die Entwicklung.

- Hierzu muss das Kongresshaus erweitert werden. In diesem Zusammenhang soll der Augustaplatz neu überplant werden.
- Die Ansiedlung eines 5-Sterne-Hotels mit internationaler Reputation wird angestrebt. Nicht angestrebt sind Low-Cost-Hotels. Die mittelständisch gewachsene Struktur in diesem Bereich sollte erhalten werden.

- Der aktuelle Prädikatisierungsstand muss erhalten werden.
- Die Ausweitung des Tagestourismus und der gastronomischen Angebote wird nicht forciert.
- Für Wohnmobile sollte ein geeigneter Standort gefunden werden.
- Die Übernachtungsgäste sind eine Basisressource, die gesichert werden muss.
- Märkte der Zukunft - z. B. Indien und China - werden systematisch erschlossen.
- Die Besonderheiten der Stadtteile sind in das Marketing mit einbezogen.

Kultur

- Das Kulturangebot wird auch in Zukunft durch die Stadt, das Land, private Initiativen und Sponsoren im wesentlich getragen.
- Die Vereine sind wesentliche Träger des lokalen kulturellen Angebots und verdienen Unterstützung.
- Das Schul-, Kultur- und Sportamt leistet einen wichtigen Beitrag in der Vermittlung von Kulturangeboten für die Bürgerinnen und Bürger.
- Kultur hat eine wichtige Funktion für die Bürgerstadt Baden-Baden: Kultur ist identitätsstiftend.

GESUNDHEITSWESEN

Ausgangslage

Wie nur wenige Bereiche, ist der Gesundheitsbereich durch staatliche Vorgaben geprägt (Bettenzahl, DRGs/ Diagnosis Related Groups/diagnosebezogene Fallgruppen, etc.).

Der Gesundheitsbereich entwickelt sich immer mehr zu einem "Markt". Die Konkurrenz zwischen den Einrichtungen wird noch weiter zunehmen. Trotzdem gibt es hier auch einen Handlungsspielraum für die kommunalen Krankenhausträgern.

Perspektiven

Der Gesundheitsstandort in Baden-Baden konkretisiert und profiliert sich auf vier Ebenen:

1. Ebene - Medizinische Versorgung/Akutversorgung der Bevölkerung durch Stadtklinik und Klinikum Mittelbaden hat oberste Priorität. Die Qualität der Sozialdienste wird erhalten. Die medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sind als Ergänzung zum bestehenden medizinischen Versorgungsangebot des Klinikstandortes Baden-Baden zu sehen.

2. Ebene - Spezialkliniken: Die Zusammenarbeit der niedergelassenen Ärzte hat sich etabliert.

3. Ebene - Verbindung zum Bereich Tourismus: Das Netzwerk zwischen Spezialkliniken und Privatpraxen muss weiter gefestigt werden, um national und international schlagkräftiger zu werden.

4. Ebene - Verbindung mit der Wirtschaft: Unternehmen der Gesundheitsbranche werden in das Netzwerk eingebunden. Beispiele hierfür sind die Firmen Heel oder Cesra:

Zentrale Perspektive ist es, den Gesundheitsstandort Baden-Baden auszubauen. Dies gilt auch für die Aus- und Weiterbildung des medizinischen Personals.

Die Betreuung von Demenz-/Alzheimererkrankten in bestehenden Einrichtungen wird unterstützt.

ARBEITSGRUPPE III

Themen

Bildung und Betreuung

Soziales

Freizeit und Sport

Teilnehmer

Rudi Hebding

Reinhild Kailbach-Siegl

Wolfgang Jäger

Klaus Bloedt-Werner

Kai Whittaker

Michael Geggus

Ralf Schwellinger

Astrid Sperling-Theiß

Kurt Liebenstein (Bürgermeister)

Frank Fürle

Franz Ambrus

Thomas Eibl

Petra Gerstner-Schröder

Wolfram Birk (Ortsvorsteher)

Moderation

Dr. Susanne Häslar

BETREUUNG

Ausgangslage

Familien

Baden-Baden hat bei der Prognos-Studie „Familienatlas“ das Prädikat „Familienfreundliche Stadt“ erhalten und zählt damit zu den Top-Regionen. Die Familienstruktur ist gekennzeichnet von einem hohen Anteil Alleinerziehender (33% der Haushaltsvorstände).

Betreuung unter 3 Jahren / Kinderkrippe

Es fehlen Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren. Dazu werden schon jetzt frei werdende Kapazitäten der Altersgruppe 3-6 Jahre in u3-Plätze umgewandelt. Der Anteil von Tagespflege zur Bedarfsdeckung ist bisher noch recht gering. Dies liegt auch am fehlenden Vertrauen der Eltern in die Qualifikation von Tagesmüttern. Erste Betriebe (z.B. InfoScore) kümmern sich um Plätze für ihre Belegschaftsangehörigen (Belegplätze oder Betriebskrippe).

Betreuung 3-6 Jahre / Kindergarten

Dagegen ist das Angebot an Kindergartenplätzen mit einer Versorgungsquote von 98,4% mehr als ausreichend. Freie Kindergartenplätze sind über eine Platzbörse bei der Stadt bekannt. In Kindergärten mit hoher Migrantenquote wird Sprachförderung betrieben. Für Feriengruppen durch Schließungszeiten gibt es Angebote in Nachbarschaftseinrichtungen.

Perspektiven

Übergeordnetes Ziel

- Baden-Baden sorgt für entsprechende Rahmenbedingungen, um „familienfreundliche Stadt“ zu bleiben:

Familien

- Die Prävention soll verstärkt werden. Dies gilt für die frühen Hilfen (Familienhebammen) ebenso wie für Familienbildung, Sprachförderung als auch Familien unterstützende Hilfen. (z.B. Kinderbe-

treuung in Notlagen).

- Prävention rechnet sich auch wirtschaftlich.
- Das zukünftige Familienzentrum wird als zentrale Anlaufstelle und Modelleinrichtung für viele der oben beschriebenen Aufgaben in der Cité dienen.
- Die für Eltern wichtigen Angebote (Kitag-Betreuung, Elternbildung, Ferienangebote, Jugendzentren) werden offensiv, zentral und übersichtlich vermarktet. (Flyer und Internet). Dieses bietet eine größere Transparenz auch für Neubürger.
- Eine zentrale Anlauf- und Kontaktstelle für entsprechenden Betreuungsbedarf wird geschaffen.
- Die Stadt wirkt darauf hin, dass mehr Kinder- und Jugendpsychotherapeuten zur Verfügung stehen.

Betreuung unter 3 Jahren / Kinderkrippe

- Um den Rechtsanspruch ab 2013 zu erfüllen, müssen weitere Plätze entsprechend des örtlichen Bedarfs geschaffen werden. Hierzu wird auch die Tagespflege durch Gewinnung und Qualifizierung von Tagesmüttern einen größeren Beitrag leisten.
- Die Stadt Baden-Baden garantiert schon ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 allen Kindern im Alter von 1 – 6 Jahren einen Betreuungsplatz, die ihn aus beruflichen oder pädagogischen Gründen benötigen.
- Für betriebliche Krippen-Konzepte soll es mehr Anreize geben.

Betreuung 3-6 Jahre / Kindergarten

- Die Stadt Baden-Baden unterstützt die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Kindertageseinrichtungen.
- Zur Erweiterung des Betreuungsangebots für Berufstätige mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten soll mittels Tagesmüttern die Randzeitenbetreuung in Kitags an Abenden und Wochenenden eingeführt werden.
- Die Elternarbeit wird forciert mit dem Ziel, dass die Eltern ihren Erziehungsauftrag stärker wahrnehmen:

FREIZEIT UND SPORT

Ausgangslage

Baden-Baden verfügt über eine gute Ausstattung mit Einrichtungen für Freizeit und Sport. Die Versorgung mit Sporthallen für den Schul- und Vereinssport im Bereich der Innenstadt ist unzureichend. Besonders für die Gymnasien in der Innenstadt, einschließlich den beiden privaten Gymnasien und für den Ballsport örtlicher Vereine fehlt eine Mehrfeld-Sporthalle. Hierfür konnte bislang noch kein geeigneter Standort ausgewiesen werden.

Für eine Mehrfeld-Sporthalle in der Innenstadt wurden bisher als mögliche Standorte genannt:

- Parkdeck der Vincenti-Garage
- Gelände oberhalb des Finanzamtes an der Hardstraße
- Gelände unterhalb der Schlossbergtangente und
- Sportareal in der Aumatt

Perspektiven

Da es nicht nur an einer Schulsporthalle, sondern auch an Räumen in den Schulen (vgl. Thema „Bildung“) fehlt, wurde angeregt, die Betrachtung weiter zu fassen und folgenden Lösungsansatz zu verfolgen:

- Schulentwicklungskonzept für die Innenstadt unter Einbeziehung
 - aller vorhandenen Schulstandorte
 - des Bedarfs an einer 3-teiligen Sporthalle
 - des Bedarfs an Räumen für den Ganztagesunterricht
 - des Bedarfs an einer Mensa
 - des Bedarfs an zusätzlichen Räumen für die Gymnasien
- Zusätzlich soll ein innenstadtnaher Bolzplatz geschaffen werden.

SOZIALES

Ausgangslage

Immer mehr Familien sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert und nehmen ihren Erziehungsauftrag nicht mehr ausreichend wahr. In Baden-Baden gab es Ende 2007 159 Fälle von erzieherischer Hilfe. Wegen explodierender Jugendhilfekosten hat die Stadt zwei weitere Sozialarbeiter eingestellt. Auch Jugendtreffs leisten aufsuchende Arbeit, um Jugendliche an ihren Treffpunkten zu erreichen. Durch das Engagement von Vereinen, Ehrenamtsbörse und Mentoren-Programm ist das freiwillige Engagement in Baden-Baden gut entwickelt.

Perspektiven

- Weiterentwicklung präventiver Angebote.
- Die familiäre Verantwortung muss unterstützt und gestärkt werden.
- Die verschiedenen Präventionsangebote sollen in Form von „Präventionsketten“ miteinander verzahnt werden.
- Zur Früherkennung von Gefährdungssituationen bedarf es an vielen Stellen ausgebildeter oder sensibilisierter „Rauchmelder“ (Erzieherinnen, Vertrauenslehrer u.ä.)
- Durch Einstellung eines Streetworkers soll die aufsuchende Arbeit verstärkt, Vandalismus und Gewalt soll vorgebeugt werden.
- Der Vernetzung und Prävention dient die geplante Durchführung von Sozialraumkonferenzen in möglichst vielen Stadtteilen (Kiga, Schule, Vereine ...)
- Einführung einer „sozialen Nummer“ als Erstanlaufstelle für soziale Anliegen und Notlagen
- Stärkung des freiwilligen Engagements über neue Modelle wie Sozialpaten (Augsburg)
- Das Familienzentrum soll auch den Generationen übergreifenden Ansatz „Jung hilft Alt – Alt hilft Jung“ fördern.
- Die Einrichtung eines Pflegestützpunkts als unabhängige Anlauf- und Beratungsstelle in Kooperation von Pflegekasse und Kommune wird

angestrebt.

- Durch Sozialmarketing soll eine positive Darstellung sozialer Arbeit in der Öffentlichkeit erreicht werden.

BILDUNG

Ausgangslage

Baden-Baden erfüllt mit seinem Schul- und Bildungsangebot eine Funktion weit über die Stadtgrenze hinaus für die Region.

Für den Grundschulbereich besteht ein Ganztagesangebot bislang nur an der Theodor-Heuss-Schule in der so genannten offenen Form. Hierbei wird die benachbarte Theodor-Heuss-Förderschule einbezogen. Zusätzlich wird die zum Schuljahresbeginn 2009/10 in Betrieb gehende neue Grundschule in der Cité über ein offenes Ganztagesangebot verfügen.

Im Hauptschulbereich wird bislang nur an der Theodor-Heuss-Schule ein Ganztagesangebot in der so genannten offenen Form angeboten. Zusätzlich besteht ein Ganztagesangebot in der gebundenen Form an der Hauptschule Lichtental. An der Grund- und Hauptschule Sandweier wurde mit Unterstützung durch den Förderverein und die Elternvertretung der Schule ein provisorischer Mittagstisch mit einem sich hieran anschließenden Betreuungsangebot eingerichtet.

Die Finanzierung eines vergünstigten Mittagessens für „arme Kinder“ ist aus Spendenmitteln gesichert und muss entsprechend dem Bedarf weiter entwickelt werden.

Die beiden Theodor-Heuss-Schulen und die Hauptschule Lichtental verfügen über einen Schulsozialarbeiter. Zusätzlich konnte für die beiden beruflichen Schulen die Stelle einer Jugendberufshelferin eingerichtet werden

Perspektiven

- Das Schul-, und Bildungsangebot der Stadt muss weiter gestärkt und ausgebaut werden.
- An den Grundschulen in der Trägerschaft der Stadt besteht ein Bedarf zur Einrichtung zusätzlicher Ganztages- und Ferienbetreuungsangebote. Für die Ganztagesesschulen muss das Land in die Pflicht genommen werden, zusätzliche Lehrerdeputats-

stunden bereitzustellen oder die Schulen mit finanziellen Mitteln auszustatten. Aufgabe der Stadt ist es die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen bereitzustellen.

- Für die Hauptschulen und die Realschule muss insbesondere angesichts der neuen Diskussion um die Hauptschulen ein Entwicklungskonzept erstellt werden. Hierbei sind Ganztagesangebote einzubeziehen.
- Für die Schule Sandweier wird der Bedarf gesehen, das provisorische Mittagstischangebot in ein formales Ganztagesangebot der offenen Form überzuführen. Zusätzlich wird entsprechender Bedarf an weiteren Grund- und Hauptschulen gesehen, so u.a. an der GHWRS Haueneberstein und an der Grundschule Oos. Die Einrichtung entsprechender Angebote ist mit dem Entwicklungskonzept zu den künftigen Hauptschulstandorten zu verknüpfen.
- Für die Schulen Sandweier und Haueneberstein soll eine weitere Schulsozialarbeiterstelle eingerichtet werden.
- Trotz der langfristig zurück gehenden Schülerzahlen wird für die drei Gymnasien in der Trägerschaft der Stadt und die beiden beruflichen Schulen ein dringender zusätzlicher Raumbedarf gesehen. Wegen der längeren Verweildauer der Schüler müssen hierbei zusätzliche Raumangebote und ein Mittagstisch berücksichtigt werden.

ARBEITSGRUPPE IV

Themen

Mobilität und Verkehr

Umwelt und Ökologie

Energie, Ver- und Entsorgung

Teilnehmer

Klaus Maas

Bruno Seiter

Ursula Lazarus

Werner Henn

Paul Hausmann

Kurt Jülz

Günter Seifermann

Werner Schmöll

Wolfgang Jäger

Hans Ullrich

Uta Henke

Hans-Joachim Moritz

Rudi Teichmann

Wolfgang Droll

Bernhard Schäfer

Rainer Pahl

Herr Hubertus Falk (Ortsvorsteher)

Moderation

Bertram Roth

MOBILITÄT UND VERKEHR

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit sind an Tagen mit publikumsträchtigen Veranstaltungen erreicht. Das städtische Verkehrsnetz und die vorhandenen Parkieranlagen bewältigen dieses Verkehrsaufkommen nicht mehr. Weitere Projekte könnten zu einer Steigerung bzw. Anspannung der heutigen Situation führen.

Folgende Themen werden in der Arbeitsgruppe diskutiert:

- Öffentlicher Verkehr
- Ruhender Verkehr
- Individualverkehr
- Rad- und Fußverkehr

ÖFFENTLICHER VERKEHR

Ausgangslage

Die Stadt Baden-Baden verfügt zwischenzeitlich über ein vorbildliches Busliniennetz. Die hohe Taktichte, der moderne Fuhrpark und die Durchbindung der Linien haben dazu beigetragen, dass die Fahrgastzahlen von rund 7 Mio. auf 10 Mio. gesteigert werden konnten und der Anteil des Öffentlichen Verkehrs am motorisierten Verkehr mittlerweile rund 25% beträgt. Der Anteilswert ist damit im deutschlandweiten Vergleich weit überdurchschnittlich und konnte im Gegensatz zum Bundestrend sogar noch gesteigert werden.

Die hohe Attraktivität des Busverkehrs führt dazu, dass es im morgendlichen Verkehr zu Kapazitätsproblemen kommt. Dies ist vor allem unmittelbar nach den Schulferien zu beobachten. Innerhalb weniger Wochen normalisiert sich nach Aussage der Stadtwerke die Situation allerdings wieder. Bei solchen Engpässen versucht die BBL durch den Einsatz zusätzlicher Busse flexibel zu reagieren. Derzeit laufen Gespräche zwischen der Verwaltungsspitze und den Schulleitern, um eine Entspannung evtl. durch unterschiedlichen Schulbeginn zu erreichen.

Es wurde darauf verwiesen, dass insbesondere die Stadtteile teilweise ungenügend in das ÖPNV-Netz eingebunden sind. Dies betrifft insbesondere die Taktichte und die Anbindung in den Abendstunden. Durch das Angebot der Ruftaxen wird dieses Defizit nur zum Teil kompensiert. Der Busfahrplan ist nach Auffassung einiger Mitglieder der Arbeitsgruppe noch nicht ausreichend auf die Ankunfts- und Abfahrtszeiten im Schienenver-

kehr abgestimmt. Auch im Busverkehr gibt es weitere Möglichkeiten zur Optimierung (bspw. kurze Busfolge auf derselben Strecke).

Perspektiven

- Ziel ist es, den Anteil des Öffentlichen Verkehrs weiter zu erhöhen.
- Für den Individualverkehr gilt der Grundsatz, dass sein Anteil in Richtung Zentrum abnehmen soll.
- Die Busflotte wird bezüglich des Schadstoffausstoßes nach dem höchst möglichen Standard modernisiert.
- Anbindung des Baden Airparks über eine S-Bahn taugliche Schienenverbindung.
- Verbesserung der Verbindung Baden-Baden – Straßburg.

Die Aussage im Arbeitsbuch, dass eine Kapazitätserweiterung im Öffentlichen Verkehr nur durch Einführung eines zusätzlichen Verkehrssystems (Stadtbahn u.ä.) erreicht werden kann, wird richtig gestellt. Eine Erweiterung ist nach Aussage der Stadtwerke ohne weiteres möglich, Engpässe sind auch langfristig nicht zu befürchten.

Busverkehr

Bereits heute ist die Busflotte der BBL eine der modernsten und umweltfreundlichsten in ganz Baden-Württemberg. Durch die beschlossene Umrüstung der Busse auf die Abgasnorm EURO V wird sich die Situation verbessern. Eine weitere Modernisierung der Busflotte wird angestrebt. Als nächster Schritt ist die Umrüstung auf Hybridbusse, die nach Auskunft der Hersteller in frühestens drei Jahren zur Verfügung stehen, vorgesehen.

Der Vorschlag, die Kapazitätsprobleme im morgendlichen Busverkehr durch eine Abstufung der Anfangszeiten zu verringern, wird als wenig realistisch bewertet.

Eine Optimierung der Anbindung der Stadtteile und des Busfahrplanes wird angestrebt. Die Verbesserungen müssen in einem akzeptablen Verhältnis zu den Mehrkosten stehen, da diese aufgrund der KVV-Regelung von den Stadtwerken bzw. der Stadt getragen werden müssen.

Ein Kombiticket (die Eintrittskarte berechtigt zur Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs) gibt es bislang nur für das New Pop-Festival. Da viele Veranstaltungen und Einrichtungen (Theater, Museen) ein regionales Einzugsgebiet besitzen, könnte ein solches Angebot zur Verringerung des Freizeitverkehrs beitragen. Es ist zu prüfen, welche Veranstaltungen und Einrichtungen sich für die Einführung eines Kombitickets eignen.

Das gute Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr wird bislang nur von relativ wenigen Übernachtungsgästen genutzt. Um das Angebot den Gästen näher zu bringen, wird vorgeschlagen, den ÖPNV in die Kurtaxe aufzunehmen. Die Einführung einer Gästekarte, die die Benutzung des Öffentlichen Nahverkehrs einschließt, ist zu prüfen.

Schienenverkehr

Die Realisierung einer Stadtbahn zwischen dem Bahnhof in Oos und der Innenstadt wird kontrovers diskutiert. Es wurde darauf verwiesen, dass die standardisierte Bewertung zwar zu einem positiven Ergebnis kam und die Förderfähigkeit damit gegeben war. Die hohen finanziellen Belastungen und die Trassenführung der Stadtbahn in der Rheinstraße haben aber zu einer mehrheitlichen Ablehnung geführt. Die Realisierung der Stadtbahn genießt deshalb nur eine nachrangige Priorität.

Konsens besteht aber, dass die Stadtbahn als Option im Rahmen der Nahverkehrsplanung beibehalten und die Trasse freigehalten werden soll.

Hohe Priorität genießt die Anbindung des Baden Airparks mit einer S-Bahn tauglichen Schienenstrecke. Diese Anbindung wird von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe mehrheitlich mitgetragen. Langfristig ist über eine Verlängerung über das Hanauer Land nach Straßburg nachzudenken.

RUHENDER VERKEHR

Ausgangslage

Die Erhebungen haben gezeigt, dass die Parkierungsanlagen in Baden-Baden bereits zu „Normalzeiten“ hoch ausgelastet sind. Insbesondere bei größeren Veranstaltungen und Events kommt es zu teilweise chaotischen Verhältnissen. Zur Verkehrslenkung fehlt ein dynamisches Parkleitsystem.

1. ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG

1.3 ERGEBNISSE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

In der Luisenstraße stehen Parkplätze für Handwerksbetriebe zur Verfügung (so genannter Handwerkerparkplatz). Die Kreishandwerkerschaft ist darüber hinaus berechtigt, für dringende und unvorhergesehene Reparaturarbeiten auf eigene Verantwortung und Zuständigkeit Plaketten auszustellen, die zum Einfahren in die Fußgängerzone berechtigen. Ansonsten werden Handwerkergenehmigungskarten zum Be- und Entladen bzw. Parken ausgestellt. Für kurzfristige Arbeiten bis zu drei Tagen werden die Genehmigungen telefonisch und gebührenfrei erteilt.

Perspektiven

Damit Baden-Baden auch langfristig erreichbar bleibt, werden folgende Perspektiven aufgezeigt:

- Schaffung einer Parkieranlage im Eingangsbereich von Baden-Baden (Park & Ride Anlage)
- Errichtung eines Informationssystems/Parkleitsystems
- Verzicht auf weitere Parkhäuser in der Innenstadt

Als Standorte für eine Park & Ride Anlage werden der Bahnhof Oos und das Gelände am „Tausendfüßler“ vorgeschlagen. Beide Standorte werden unter verkehrlichen und städtebaulichen Aspekten untersucht.

Priorität hat die Umsetzung eines Parkleitsystems. Es ist darauf zu achten, dass das Parkleitsystem möglichst einfach und leicht verständlich zu erfassen ist.

Eine nachrangige Bedeutung haben die Erweiterung des Anwohnerparkens (Bewohnerparkens) und die Errichtung von Quartiersgaragen (hohe Kosten). Die Überwachung der Zonen, die für Bewohner mit Parkberechtigung ausgewiesen sind, soll verstärkt werden.

INDIVIDUALVERKEHR

Ausgangslage

Die Verkehrszählungen im Juli dieses Jahres haben gezeigt, dass die Verkehrsmengen seit den Erhebungen im Jahr 1996 zum Teil deutlich zugenommen haben. Dies ist sowohl auf den zunehmenden allgemeinen Verkehr (Einwohner, Arbeitsplätze, Motorisierungsgrad, Fahrleistungen) als auch auf den steigenden Freizeitverkehr - vor allem durch zusätzliche Veranstaltungen/Events und Angebote im kulturellen Bereich - zurückzuführen.

Abschnittsweise konnten diese Steigerungen zwar durch Neubaumaßnahmen (insbesondere B 3 Umfahrung) kompensiert werden, die Prognoseberechnungen für das Jahr 2010 wurden allerdings für die Mehrzahl der Straßenabschnitte bereits heute erreicht bzw. deutlich überschritten.

Die aktuellen Erhebungen machen deutlich, dass der Anteil des Ziel- und Quellverkehrs weitaus überwiegt. Der Anteil des Durchgangsverkehrs liegt bei unter 10 Prozent.

Perspektiven

Um das Verkehrsaufkommen im Individualverkehr zu reduzieren, haben die Verkehrsarten des Umweltverbundes (Öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußgängerverkehr) Priorität. Zur Steuerung des Kfz-Verkehrs erfolgt eine weit gehende Berücksichtigung und Bevorrechtigung der stadt- und umweltverträglichen Verkehrsarten.

Ein wesentlicher Ausbau des Straßennetzes durch Netzergänzungen wird nicht verfolgt. Eine Ostumgehung von Baden-Baden wie sie im Generalverkehrsplan von 1975/1979 vorgesehen war, ist nach mehrheitlicher Auffassung der Teilnehmer wenig realistisch, da der Anteil des Durchgangsverkehrs in Richtung Murgtal nach wie vor relativ gering ist. Die Entlastungswirkung steht deshalb in keinem Verhältnis zum erforderlichen Aufwand für eine Ostumfahrung.

Im Mittelpunkt steht eine dynamische Verkehrsführung und Beschilderung unter Einschluss eines Parkleitsystems.

Um die verkehrliche Erschließung des Schlossberges zu verbessern, sollte eine Öffnung der Bäderstraße im Einbahnverkehr geprüft werden.

RAD- UND FUSSGÄNGERVERKEHR

Ausgangslage

Aufgrund der topographischen Lage Baden-Badens sind die Voraussetzungen außerhalb der Tallage für einen höheren Radverkehrsanteil erschwert. Es gibt aber durchaus Städte und Gemeinden mit ähnlichen topographischen Verhältnissen, die Steigerungen im Radverkehr verbuchen können. Dazu gehört beispielsweise die Landeshauptstadt Stuttgart, die sich sogar einen eigenen Radverkehrsbeauftragten leistet. Der Anteil der Fahrradfahrer am gesamten Verkehr soll dort

zunächst von sieben auf zwölf Prozent und langfristig auf 20 Prozent steigen. Handlungsempfehlungen, wie der Radverkehr gesteigert werden kann, sind der Tischvorlage zur Klausurtagung des Gemeinderates beigelegt. Die Handlungsempfehlungen mit dem Titel „Baden-Württemberg auf dem Weg zum Fahrradland Nr. 1“ wurden vom „Runden Tisch Radverkehr Baden-Württemberg“ erarbeitet.

Aufgrund attraktiver verkehrsberuhigter Zonen, der Fußgängerzone und des etablierten Fußgängerleitsystems ist der Fußgängeranteil in Baden-Baden nach wie vor relativ hoch. Konfliktbereiche sind vor allem die Fußgängerzone mit einem hohen Kfz-Aufkommen (Lieferverkehre, Handwerkerverkehr etc.) und einem hohen Zweiradverkehr und die Verkehrsdichte am Leopoldsplatz. Hervorgehoben wurde insbesondere das hohe Verkehrsaufkommen in der Fußgängerzone außerhalb der Lieferzeiten.

Perspektiven

Ziel ist es, den Anteil des Fußgänger- und Radverkehrs zu erhöhen. Überall dort, wo der Fuß- und Radverkehr Vorrang genießt, muss eine konsequente Überwachung des Individualverkehrs erfolgen. Eine Öffnung des Leopoldplatzes wird ausgeschlossen. Ziel ist es vielmehr, das Verkehrsaufkommen am Leopoldplatz durch geeignete Maßnahmen deutlich zu reduzieren.

Um den Anteil des Fußgänger- und Radverkehrs zu erhöhen, werden folgende Handlungsfelder angesprochen:

- Netzschlüsse und Netzergänzungen im Radverkehr
- Überwachung des Leopoldplatzes (durch den GVD oder elektronisch)
- Umsetzung des Pollerkonzeptes
- Bewusstseinsbildung
- Ausbau des Call a Bike-Systems
- Ausschilderung des Radwegenetzes

Im Mittelpunkt der Überlegungen für ein verbessertes Radwegenetz Baden-Baden stehen nach Auffassung der Arbeitsgruppe insbesondere die Verbindungen in den Landkreis Rastatt (Haueneberstein, Rebland), die problematische Situation zwischen Festspielhaus und Hindenburgplatz (Konflikt zwischen Radverkehr und

Fußgängerverkehr) und die Radwegführungen in der Rheinstraße.

Von zentraler Bedeutung ist die Verkehrsreduzierung am Leopoldplatz. Um dies zu erreichen muss die Information über die Sperrung des Leopoldplatzes für Auswärtige rechtzeitig und unmissverständlich erkennbar sein (Beschilderung).

Darüber hinaus befürwortet die Arbeitsgruppe die Umsetzung des Pollerkonzeptes. Es soll vor allem dazu dienen, dass die Lieferzeiten eingehalten werden. Mit einem System versenkbarer Poller bleibt die Fußgängerzone für Notfalleinsätze und Bewohner erreichbar. Die Einrichtung einer eigenständigen Busspur am Leopoldplatz wurde abgelehnt.

Das vor kurzem eingeführte Call a Bike-System der deutschen Bahn sollte nach allgemeiner Auffassung weiter ausgebaut werden (bislang existiert lediglich eine Station am Bahnhof). Da es sich um kein flexibles System handelt, müssen die Fahrräder an eine feste Station zurückgebracht werden. Entscheidend wird es deshalb sein, in Baden-Baden Standorte zu finden, die aus städtebaulichen Gründen vertretbar sind.

UMWELT UND ÖKOLOGIE

Eine gesunde Umwelt ist für die Lebensqualität und die Attraktivität von Baden-Baden ein entscheidender Faktor. Anhand der Themen

- Luftqualität
- Lärmschutz;
- und Bodenschutz

hat die Arbeitsgruppe Perspektiven zur Verbesserung der Umweltbedingungen erarbeitet.

LUFTQUALITÄT

Ausgangslage

Die Luftqualität ist für den Kurort Baden-Baden neben dem Thermalwasser ein wichtiges Prädikatisierungsmerkmal. Eine wesentliche Verbesserung der Luftqualität in der Innenstadt wurde mit Inbetriebnahme des Michaelstunnels erreicht. Durch die Verringerung des Verkehrsaufkommens in der Innenstadt konnte das Prädikat Heilbad mit der Indikation Atemwegser-

krankungen erhalten werden. Die Belastung durch Luftschadstoffe in Baden-Baden liegt zwar weit unter den Immissionswerten gemäß 22. BImSchG, durch die höheren Anforderungen der Kurorte für Patienten mit Atemwegserkrankungen, die vom Deutschen Heilbäderverband festgelegt werden, ist die Prädikatisierung gefährdet. Die Untersuchungen in den Jahren 2006 und 2007 haben Grenzwertüberschreitungen mit Stickstoffdioxid nachgewiesen. Die vom Wirtschaftsministerium geforderten Luftqualitätsverbesserungen sollen in zwei Stufen erreicht werden. Die Stufe 1 wurde vom Gemeinderat im Juli 2008 verabschiedet. Bei Umsetzung der Sofortmaßnahmen können die geforderten Richtwerte an den definierten Messstellen unterschritten werden. Der Gutachter weist allerdings darauf hin, dass die Richtwerte an bestimmten Hot Spots, wie beispielsweise am Verfassungsplatz, nur bei einer erheblichen Verkehrsreduzierung unterboten werden können.

Das Prädikatisierungsgebiet umfasst den alten Stadtkreis Baden-Baden. Die Standards hinsichtlich der Luftqualität werden vom Kur- und Heilbäderverband vorgegeben. Innerhalb des Prädikatisierungsgebietes wird zwischen „Kurgebiet“, „Ortszentrum“ und „Verkehrszentrum“ unterschieden. Eine Einhaltung der Grenzwerte wird für das Kurgebiet und die Ortszentren (Lichtental, Innenstadt) gefordert. Dort werden auch die Messstellen zur Überprüfung der Luftqualität eingerichtet.

Perspektiven

Konsens ist es, dass das Prädikat Heilbad für Atemwegserkrankungen durch entsprechende Maßnahmen aufrechterhalten werden soll. Die strengen Kriterien des Kur- und Heilbäderverbandes sind Maßstab für die Luftqualität in Baden-Baden. Durch die Stufe 1 zur Immissionsreduzierung können die Qualitätsstandards nach den Berechnungen des Gutachters zwar bereits erfüllt werden, Ziel ist es aber, die Luftqualität in Baden-Baden möglichst flächendeckend zu verbessern.

Folgende Handlungsfelder wurden angesprochen:

- Verkehrslenkung (bspw. Balzenbergstraße)
- Neuabgrenzung des Prädikatisierungsgebietes
- Umweltzone
- Benutzungszwang Fernheizkraftwerk
- Verringerung des Individualverkehrs

- Ostumfahrung

Eine veränderte Verkehrslenkung wurde von der Arbeitsgruppe abgelehnt, da dies nur zu einer Verlagerung der Emissionen führen würde. Dies gilt ebenso für die Realisierung einer Ostumfahrung, zumal der Entlastungseffekt aufgrund des geringen Anteils des Durchgangsverkehrs nur gering ist.

Eine Veränderung des Prädikatisierungsgebietes wurde von der Arbeitsgruppe nicht befürwortet. Die Einhaltung der Luftqualitätsstandards soll sich auf das Gesamtgebiet beziehen. Eine Überschreitung der Grenzwerte an Verkehrsschwerpunkten muss auch künftig hingenommen werden, da sich die Höchstwerte an diesen Standorten nur bei extremen Maßnahmen einhalten lassen. Es kommt vielmehr darauf an, dass die Grenzwerte der Emissionsbelastung an den relevanten Messstellen in den Ortszentren und Kurgebieten unterschritten werden. Auf Grundlage der zweiten Stufe zum Immissionsschutz werden weitere Maßnahmen umgesetzt.

Auf die Einrichtung einer Umweltzone sollte nach Auffassung der Arbeitsgruppe verzichtet werden. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Umweltzone liegen in Baden-Baden nach Auskunft der Verwaltung nicht vor, da die Feinstaubbelastung in Baden-Baden weit unter den Grenzwerten der EU-Luftqualitätsrichtlinie liegt. Hinzu kommt, dass die Umweltzone ausschließlich auf die Reduzierung des Feinstaubes abzielt und mit der Einführung einer Umweltzone ein erheblicher Imageverlust verbunden wäre.

Wesentliche Luftverbesserungen lassen sich nach Auffassung der Arbeitsgruppe durch einen Anschluss- und Benutzungszwang an ein Fernheizkraftwerk nicht erreichen, da die NO_2 -Belastungen hauptsächlich aus dem Kfz-Verkehr resultieren und Feinstaub vor allem durch den Hausbrand entsteht.

Ein entscheidendes Instrument ist die Reduzierung des Individualverkehrs durch eine Attraktivierung des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Rad- und Fußgängerverkehrs (siehe oben).

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Luftqualität wurde die Forderung erhoben, für das Rebland eine Einstufung zum Erholungsort anzustreben.

LÄRM

Ausgangslage

Dass Lärm Ursache für gesundheitliche Beeinträchti-

gungen sein kann steht heute außer Zweifel. Nach der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie aus dem Jahr 2002 sind die Mitgliedsstaaten der EU aufgefordert durch entsprechende Maßnahmen Umgebungslärm zu mindern. Die Umsetzung in nationales Recht erfolgte durch die Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes. In einer ersten Stufe sollen die Lärmbelastung an Straßen mit über 16.400 Kraftfahrzeugen pro Tag gemessen und Vorschläge zur Lärminderung in einem Lärmaktionsplan dargelegt werden. In einer zweiten Stufe ab dem Jahr 2012 sollen laut EU-Beschluss Straßen mit mehr als 8.200 Kfz betrachtet werden.

Der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden hat im April 2008 beschlossen, einen Lärmaktionsplan für das Gebiet des Stadtkreises aufzustellen. Dabei werden alle Straßen mit mehr als 8.200 Kfz untersucht. Der Lärmaktionsplan für den Stadtkreis Baden-Baden soll im November 2008 vorgestellt werden. Hinsichtlich der Umsetzung von Maßnahmen wird darauf verwiesen, dass die Finanzierung bisher völlig ungeklärt ist.

Perspektiven

Eine Reduzierung der Lärmbelastung ist Ziel der künftigen Stadtpolitik.

Der Gemeinderat wird sich intensiv mit der Lärmaktionsplanung auseinandersetzen. Die Arbeitsgruppe hat folgende Handlungsfelder diskutiert:

- Reduzierung des Individualverkehrs
- Geschwindigkeitsbegrenzungen
- Aktive Lärmschutzmaßnahmen
- Flüsterasphalt

Im Vordergrund steht nach Auffassung der Arbeitsgruppe die Reduzierung des Individualverkehrs als eine wesentliche Ursache der Verlärmung. Darüber hinaus sollten Geschwindigkeitsbegrenzungen überprüft werden. Entlang der „grünen Einfahrt“ sind aktive Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände) grundsätzlich vorstellbar und sollten deshalb hinsichtlich ihrer Wirkung und städtebaulichen Einbindung überprüft werden. Die Verwendung von Flüsterasphalt wird aus verschiedenen Gründen kritisch betrachtet (stärkere Wirkung erst bei höhern Geschwindigkeiten, hohe Kosten, ausschließliche Verwendung von Tausalz möglich, rasch nachlassende Wirkung etc.)

Es wurde darauf verwiesen, dass der Bau der B 3 (neu)

bereits zu einem deutlichen Rückgang des Verkehrsaufkommens in Oos und Sandweier geführt hat. Es sollte deshalb geprüft werden, ob die Ortsdurchfahrten von Oos und Sandweier zurückgebaut und neu gestaltet werden können.

BODENSCHUTZ

Ausgangslage

Durch die Konzentration der baulichen Entwicklung auf die Cité und weitere Entwicklungen im Innenbereich wurden in den letzten Jahren vergleichsweise wenige Flächen im Außenbereich in Anspruch genommen.

Perspektiven

Durch die angestrebte Entwicklung im gewerblichen Bereich und im Wohnungsbau müssen auch zukünftig Freiflächen bebaut werden. Ziel ist es, den Flächenverbrauch zu minimieren. Priorität hat nach wie vor die Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Es werden bevorzugt Standorte in zentraler Lage (Konversionsflächen, Brachflächen, Nachverdichtung, Schließung von Baulücken etc.) entwickelt. Leitbild für Baden-Baden ist die kompakte Stadt und die Stadt der kurzen Wege.

Möglichkeiten für Nachverdichtungen im Bestand und denkbare Arrondierungen werden im „Baulückenkataster“, das bis Ende des Jahres vorliegen soll, aufgezeigt.

ENERGIE

Ausgangslage

Insbesondere durch eine Erhöhung der Effizienz in der Energieerzeugung einer verbesserten Wärmedämmung hat sich der CO₂-Ausstoß in Baden-Baden seit 1990 nach Auskunft der Stadtwerke um rund 15% verringert. Dazu beigetragen haben unter anderem die umfassenden Beratungsleistungen zu den Themen Energieeinsparung, Fördermöglichkeiten Thermische Solaranlagen, Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen, BHKW etc.

Ziel der Stadtwerke Baden-Baden ist es, weitere Blockheizkraftwerke zu realisieren. Eine interessante Neuentwicklung sind so genannte Mikro-Blockheizkraftwerke für jeweils zwei bis drei Wohngebäude. Dazu wurden verschiedene Pilotprojekte angestoßen. Eine weitere Steigerung der Energieeffizienz erwarten die Stadt-

werke durch die Zusammenarbeit mit einem privaten Anbieter (Erfassung, Ablesung und Abrechnung von Energie, Wasser und Nebenkosten) und den Ausbau der Energieberatung. So kann beispielsweise durch eine Wärmebildkamera die Wärmedämmung an Gebäuden optimiert werden.

Aufgrund fehlender Anlagen - abgesehen vom Fernheizwerk Rotenbachtal - ist der Anteil der erneuerbaren Energien in Baden-Baden am gesamten Energieverbrauch relativ gering. Gemessen am Stromverbrauch liegt der Anteil erneuerbarer Energien bei unter einem Prozent.

Eine Senkung des Stromverbrauchs durch die Erhöhung der Energieeffizienz und durch Energieeinsparung ist nach den Berechnungen des Ingenieurbüros Schuler um 11% möglich. Nach den Berechnungen des eingeschalteten Ingenieurbüros könnte der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Baden-Baden auf 25 – 30% gesteigert werden.

Perspektiven

Ziel ist es, den Anteil erneuerbaren Energien in Baden-Baden am Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 auf rund 25% zu erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen hat die Arbeitsgruppe folgende Handlungsfelder diskutiert:

- Steigerung der Energieeffizienz/Energieeinsparung
- Weiterer Ausbau der Energieberatung
- Ausbau der Nahwärme (Kraft-Wärmekopplung)
- Verwertung der Biomasse
- Geothermie
- Solare Nutzung
- Beteiligung an Offshore-Anlagen
- Windenergie

Nach Auffassung der Arbeitsgruppe bestehen in Baden-Baden große Chancen durch die Nutzung der vorhandenen Biomasse und im Bereich Geothermie. Bisher weitgehend ungenutzt sind die Potenziale an Waldresthölzern und Gehölzen, die bei der Durchforstung anfallen. Daraus errechnet sich ein Biomassepotenzial von

21.000 m³ bis 52.000 m³ Schüttholz. Eine Verwertung dieses Potenzials ergibt sich unter anderem durch das Kraftwerk Rotenbachtal. Die Neukonzipierung der Anlage, die im Jahr 2012 wieder an die Stadt zurückfällt, muss deshalb den erweiterten Einsatz der Biomassenutzung beinhalten.

Bei der Nutzung der Geothermie ist zwischen oberflächennaher Geothermie und Tiefengeothermie zu unterscheiden. Oberflächennahe Geothermie (bis rund 200 Meter Tiefe) kommt vor allem bei dezentralen Hausanlagen zur Brauchwassererwärmung und Heizwärmegewinnung zum Einsatz. In Baden-Baden gibt es bislang allerdings erst 13 Anlagen. Die städtische Entwicklungsgesellschaft Cité plant derzeit den Bau einer größeren Erdwärmesondeanlage zur Beheizung und Kühlung des Sanierungsprojektes Ecole Paris. Hemmnisse für den stärkeren Einsatz von geothermischen Anlagen in Baden-Baden ergeben sich vor allem aufgrund des Grundwasserschutzes (insbesondere Heilquellenschutz). Die Teile des Stadtgebietes, die sich aus hydrogeologischer Sicht für den Bau von Erdwärmesonden eignen, sind in der so genannten Erdwärmesondenkarte, die das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg im Auftrag der Stadt Baden-Baden erstellt hat, dargestellt.

Aufgrund der geothermischen Tiefenstufe (Temperaturerhöhung in der Erdkruste) besitzt Baden-Baden theoretisch die Voraussetzung zum Einsatz von tiefengeothermischen Anlagen zur Stromerzeugung und zum Betrieb von Fern- und Nahwärmenetzen. Derzeit werden die hydrogeologischen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Tiefengeothermie in einem von der Stadt Baden-Baden beauftragten Gutachten zusammengestellt. Danach muss entschieden werden, ob eine weitergehende Machbarkeitsstudie angestrebt wird. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass es in Deutschland erst wenige Pilotanlagen zur Stromerzeugung gibt (u.a. in Landau) und die Technologie noch sehr störungsanfällig ist.

Die Arbeitsgruppe ist trotz dieser Einschränkung der Auffassung, dass die Möglichkeit der Tiefengeothermie in Baden-Baden mit Nachdruck weiterverfolgt werden soll.

Aufgrund der landschaftlichen Beeinträchtigung und der geringen Energieeffizienz werden Windkraftanlagen von der Arbeitsgruppe mehrheitlich abgelehnt. Die Errichtung von Windkraftanlagen am Standort Urberg, der im Regionalplan Mittlerer Oberrhein als „Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windkraftanlagen“ dargestellt ist, wird nicht angestrebt. Zustimmung findet die Beteiligung der Stadt Baden-Baden an Offshore-Windkraftanlagen zur Stromerzeugung.

2. PRINZIPIEN UND LEITIDEEN DER STADTENTWICKLUNG

NEUE HERAUSFORDERUNGEN - NEUE PERSPEKTIVEN - BADEN-BADEN 2020

Die Stadt Baden-Baden hat in den letzten Jahren unter anderem mit dem Festspielhaus, der Entwicklung der Cité und dem Fachmarktzentrum eine überaus positive Entwicklung genommen. Die Attraktivität von Baden-Baden als Tourismusstandort, Wohnstandort, Wirtschaftsstandort und Einkaufsstadt wurde damit ganz wesentlich gestärkt. Die Stadt Baden-Baden genießt international ein positives Image und bietet vielfältige Kultur-, und Freizeitangebote und Infrastruktureinrichtungen.

Kommunale Herausforderungen

Kommunen stehen vor neuen Herausforderungen, die im Rahmen einer strategischen Entwicklungsplanung einbezogen werden müssen. Dazu gehören in Baden-Baden vor allem:

- der demographische Wandel
- die Veränderungen im Kur- und Bäderwesen
- und die ökologischen Herausforderungen

Demographischer Wandel

Der Geburtenrückgang und die zunehmende Überalterung der Gesellschaft sind bereits heute spürbar. Selbst unter Berücksichtigung positiver Wanderungssalden und mittelfristig leicht ansteigender Geburtenraten ergeben sich erhebliche Veränderungen in der Altersstruktur mit entsprechenden Konsequenzen für die kommunale Infrastruktur.

Kur- und Bäderwesen

Seit den frühen 1980er Jahren wurde der Leistungsumfang der Gesundheitsversorgung durch zahlreiche Gesetzesänderungen immer weiter eingeschränkt. Die Bäder- und Kurorte sehen sich gezwungen neue Strategien zu entwickeln, um für potenzielle Gäste an Attraktivität zu gewinnen und dem steigenden Konkurrenzdruck gewachsen zu sein.

Ökologische Herausforderungen

Der Schutz der natürlichen Ressourcen ist eine der größten ökologischen Herausforderungen unserer Zeit. Dazu gehört u.a. die notwendige Reduzierung des CO₂-Ausstosses.

Herausforderungen für die Stadt Baden-Baden

Vor dem Hintergrund dieser veränderten Rahmenbedingungen stellt sich die Frage, wie der hohe Standard in Baden-Baden langfristig abgesichert werden kann und welche Bereiche künftig stärker ausgebaut werden sollen. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der zu erwartenden finanziellen Folgewirkungen ist eine Verständigung über die Prioritäten und Schwerpunkte der kommunalen Entwicklung umso bedeutsamer.

Im Rahmen einer strategischen Entwicklungsplanung sollen die künftige Ausrichtung und die zentralen Entwicklungsperspektiven für die Stadt Baden-Baden gebündelt werden. Als „informelle Planung“ zeigt der Strategische Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 Entwicklungsrichtungen auf und gibt Orientierung vor, ohne jedoch rechtliche Verbindlichkeiten zu beanspruchen.

Die Entwicklungstendenzen erfordern eine intensive und differenzierte Diskussion über die zentralen Perspektiven für die internationale Bäder- und Kulturstadt Baden-Baden. Der demographische Wandel ist in Baden-Baden aufgrund der verschobenen Altersstruktur nur in abgeschwächter Form spürbar. Familienfreundliche Strukturen werden als Standortfaktor für Unternehmen und als Wanderungsmotiv für junge Familien immer wichtiger. Es kommt deshalb darauf an, mit einer Kinder- und familienfreundlichen Stadtpolitik die Attraktivität Baden-Badens weiter zu erhöhen. Vor allem in den Stadtteilen ist darüber zu diskutieren, wie die vorhandenen Angebote für junge Bevölkerungsgruppen und ältere Menschen den strukturellen Veränderungen und der veränderten Nachfrage anzupassen sind.

Aufgrund der zahlreichen Gesetzesänderungen spielt das Kurwesen in Baden-Baden nicht mehr die zentrale Rolle wie noch in den 1980er Jahren. Durch die Ausweitung der Themen Wellness und Spa und das breite kulturelle Angebote konnten diese Ausfälle teilweise kompensiert werden. Um die Übernachtungszahlen langfristig zu steigern, kommt es darauf an, weitere Zielgruppen zu erschließen und die Attraktivität von Baden-Baden als internationale Bäder- und Kulturstadt zu erhöhen.

Baden-Baden ist von einer gesunden Umwelt in besonderem Maße abhängig. Die Belastung durch Luftschadstoffe in Baden-Baden liegt zwar deutlich unter den Immissionswerten gemäß 22 BImSchG, für Baden-Baden sind die Anforderungen allerdings weitaus höher. Ziel muss es sein, die geforderten Richtwerte zu unterschreiten. Dies gilt ebenso für die Lärmbelastung und den Bodenschutz.

Inhalte des Strategischen Entwicklungsplans

Der Strategische Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 macht Aussagen auf drei Ebenen:

- **Prinzipien der Stadtentwicklung:** Auf der Ebene der Gesamtstadt werden übergeordnete Ziele der künftigen Stadtentwicklung formuliert.
- **Leitideen:** Orientiert an den Prinzipien der Stadtentwicklung werden mögliche Leitideen erarbeitet. Sie konkretisieren die thematischen und räumlichen Schwerpunkte der Stadtentwicklung.
- **Leitkonzepte und Leitprojekte:** Die Leitideen der Stadtentwicklung werden im weiteren Prozess und unter Einbindung der Bürgerschaft zu Leitkonzepten und Leitprojekten weiterentwickelt. Sie umfassen inhaltliche Vertiefungen zu den Schwerpunkten der Stadtentwicklung und eine Abschätzung der damit verbundenen Kosten und der zeitlichen Umsetzung (Priorisierung der Leitkonzepte).

Auf Grundlage der Klausurtagung des Gemeinderates und der Analyse der Ist-Situation haben KE und Stadtverwaltung nachfolgend die Prinzipien der Stadtentwicklung und erste Leitideen der Stadtentwicklung formuliert. Nach Verabschiedung durch den Gemeinderat am 17. Dezember 2008 sind sie die Basis für die Bürgerbeteiligung im Frühjahr 2009.

PRINZIPIEN DER STADTENTWICKLUNG

Der Gemeinderat hat in seiner Klausurtagung am 10. und 11. Oktober 2008 die Entwicklungsperspektiven für Baden-Baden diskutiert. Allen Beteiligten wurde deutlich, dass in den kommenden Jahren nicht mehr der quantitative Ausbau der kulturellen und sozialen Infrastruktur im Vordergrund stehen kann. Es kommt vielmehr darauf an, die städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten von Baden-Baden zu erhalten und auszubauen, die Qualität des Infrastrukturangebotes für die Bürgerinnen und Bürger, für Familien und für Gäste zu erhöhen und die Umweltqualität zu verbessern. Die folgenden Prinzipien sind die Grundlagen der Stadtentwicklungsplanung Baden-Baden.

1. Baden-Baden entwickelt sich nachhaltig und dynamisch

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist die Basis für die weitere Entwicklung von Baden-Baden. Sie ist eine dynamische Stadt mit den höchsten Wachstumsraten aller Stadtkreise in Baden-Württemberg. Die Stadt Baden-Baden hält die Balance zwischen einer zukunftsfähigen Siedlungsentwicklung, einer hohen Umweltqualität, einem dynamischen Wirtschafts- und Wohnstandort und den Anforderungen an eine internationale Bäder- und Kulturstadt. Der soziale Zusammenhalt und die Schaffung familienfreundlicher Strukturen in allen Stadtteilen haben in Baden-Baden einen hohen Stellenwert.

2. Baden-Baden stärkt die umwelt- und stadtverträgliche Mobilität

Das städtische Verkehrsnetz und die vorhandenen Parkieranlagen bewältigen das Verkehrsaufkommen nicht mehr. Darüber hinaus beeinträchtigt der Individualverkehr in erheblichem Maße die Luftqualität von Baden-Baden. Um das Verkehrsaufkommen im Individualverkehr zu reduzieren, müssen den Verkehrsarten des Umweltverbundes (Öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußgängerverkehr) Priorität eingeräumt werden.

3. Baden-Baden positioniert sich in der Region

Baden-Baden ist als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums ein wichtiges kulturelles und wirtschaftliches Zentrum in der TechnologieRegion Karlsruhe. Baden-Baden bekennt sich zur regionalen Einbin-

dung und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die regionalen und institutionalisierten Beziehungen am Oberrhein werden gepflegt und ausgebaut.

4. Baden-Baden bekennt sich als Tourismusstandort

Der Tourismus steht in der Tradition der Stadt und prägt wesentlich ihr Selbstverständnis. Die Anforderungen des internationalen Tourismusstandortes mit einer Vielzahl von Veranstaltungen sind mit den Anforderungen an eine Bürgerstadt in Einklang zu bringen. Daneben gilt es auch die unterschiedlichen Erwartungen der jeweiligen touristischen Zielgruppen (Tages- / Übernachtungsgast) in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Dabei gilt grundsätzlich: Qualität vor Quantität.

5. Baden-Baden baut den Wirtschaftsstandort aus

Baden-Baden ist ein relevanter Wirtschaftsstandort für Gewerbe und Dienstleistungen. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist die Basis der Stadtentwicklung. Stabile Finanzen und Prosperität sind die Grundlagen für Infrastrukturen und kommunale Aktivitäten in allen Bereichen. Der Ausbau des Wirtschaftsstandortes - u.a. durch gezielte Gewerbeansiedlung, eine intensive Bestandspflege und die Erhaltung eines unternehmerfreundlichen Klimas - sichert diese Grundlagen.

6. Baden-Baden festigt sein Image als Gesundheits-, Kongress- und Kulturstadt

Baden-Baden besitzt als internationale Bäderstadt einen hohen nationalen und internationalen Bekanntheitsgrad. Dieses Image wurde um die Themen Gesundheit, Kongresse und Kultur erweitert. Es kommt darauf an, diese Themen weiterzuentwickeln. Hinzu kommen enge internationalen Verbindungen. Vor diesem Hintergrund definiert die Stadt Baden-Baden ihre Rolle auch als Mittlerin zwischen den Kulturen.

7. Baden-Baden stärkt die städtebauliche Qualität in der Kernstadt und die Entwicklung der Stadtteile

Die hohe städtebauliche und landschaftliche Qualität von Baden-Baden und die Vielfalt der Stadtteile sind wesentliche Identifikationsmerkmale für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Es gilt, diese Qualitäten standort- und stadtteilspezifisch fortzuentwickeln. Das

elegante Flair der internationalen Bäderstadt in der Tradition des 19. Jahrhunderts ist das Markenzeichen der Stadt Baden-Baden.

8. Baden-Baden entwickelt den Bildungsstandort

Baden-Baden ist ein bedeutsamer Bildungsstandort für Kinder und Jugendliche aus Baden-Baden und darüber hinaus. Ziel ist es, den Bildungsstandort Baden-Baden im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung voranzubringen.

LEITIDEEN

Aus den Prinzipien der Stadtentwicklung Baden-Baden werden so genannte Leitideen abgeleitet. Sie zeigen die Entwicklungsperspektiven von Baden-Baden auf und sind Grundlage der Strategischen Entwicklungsplanung Baden-Baden 2020. Aus den Leitideen werden im weiteren Planungsprozess Leitkonzepte und Leitprojekte entwickelt, die die Struktur und die bauliche Gestalt von Baden-Baden in den kommenden Jahren wesentlich prägen werden. Sie knüpfen an vorhandenen Potenzialen an und eröffnen strukturelle und räumliche Perspektiven für die weitere Stadtentwicklung, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren umgesetzt werden sollen.

BADEN-BADEN ENTWICKELT SICH NACHHALTIG UND DYNAMISCH

Nachhaltige Siedlungsentwicklung – Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Der Innenentwicklung wird Vorrang vor der Außenentwicklung gegeben. Orte dieser Entwicklung sind insbesondere die Tallagen der Kernstadt, die angrenzenden eher urban geprägten Stadtteile der Kernstadt im Osten und Westen. Differenzierter werden die zentral gelegenen Halbhöhenlagen um die Innenstadt gesehen.

Die jeweilige Identität der Stadtteile soll respektiert und gestärkt werden. In der zukünftigen Siedlungsentwicklung haben diese Stadtteile mit Blick auf den gewünschten Einwohnerzuwachs einen hohen Stellenwert, wobei unterschiedliche Schwerpunkte in der Steuerung der Entwicklung zu setzen sind.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Reduzierung des Flächenverbrauchs (Baulückenschließung, Reserveflächenmobilisierung)
- Neue Siedlungsausweisung besonders unter sozialen, verkehrlichen und infrastrukturellen Gesichtspunkten (aktive Flächenpolitik)

Instrument: Flächennutzungsplan (Gesamtfortschreibung läuft), Baulückenkataster

Familienfreundlichkeit und sozialer Zusammenhalt – Betreuung und Prävention

Baden-Baden hat im „Familienatlas 2007“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und

Jugend das Prädikat „Top-Region für Familien“ erhalten. Kennzeichnend für eine Top-Region (insgesamt 12 Stadt- und Landkreise in Deutschland, davon 4 in Baden-Württemberg) sind überdurchschnittliche Rahmenbedingungen und hohe Investitionen in familienpolitische Handlungsfelder, so dass Familien ein attraktives Umfeld geboten wird. Unter anderem vor dem Hintergrund der besonderen Familienstrukturen in Baden-Baden mit einem hohen Anteil Alleinerziehender (33% der Haushaltsvorstände) genießt der Erhalt und der weitere Ausbau familienfreundlicher Angebote einen hohen Stellenwert.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Verstärkung der Prävention
- Familienzentrum als zentrale Anlaufstelle und Modelleinrichtung
- Vermarktung der Angebote (Kitag-Betreuung, Elternbildung, Ferienangebote, Jugendzentren)
- Zentrale Anlauf- und Kontaktstelle
- Betreuung der Kinder unter 3 Jahren / Kinderkrippe
- Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Kindertageseinrichtungen

Instrument: Betreuungs-, Präventions- und Integrationskonzepte

Schonung der natürlichen Ressourcen - klimaneutrale Energieversorgung, Lärminderung, Luftreinhaltung

Klimaschutz in Baden-Baden – Baden-Baden auf dem Weg zur klimaneutralen Energieversorgung

Insbesondere durch eine Erhöhung der Effizienz in der Energieerzeugung und einer verbesserten Wärmedämmung hat sich der CO₂-Ausstoß in Baden-Baden seit 1990 deutlich verringert. Dazu beigetragen haben unter anderem die umfassenden Beratungsleistungen zu den Themen Energieeinsparung, Fördermöglichkeiten, thermische Solaranlagen, Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen, BHKW's etc.

Ziel ist es, den Anteil erneuerbarer Energien in Baden-Baden am Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 auf rund 25% zu erhöhen.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln

- Steigerung der Energieeffizienz
- Energieeinsparung
- Energieeffizienter Städtebau
- Ausbau der Nahwärme (Kraft-Wärmekopplung)
- Verwertung der Biomasse
- Geothermie
- Solare Nutzung
- Beteiligung an Offshore-Anlagen

Instrument: Klimaschutzkonzept und Klimaschutzprogramm Baden-Baden

Lärminderung in Baden-Baden

Eine Reduzierung der Lärmbelastung ist Ziel der Stadtpolitik. Ein Aktionsplan für die Stadt Baden-Baden wird derzeit erarbeitet.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln

- Verlagerung (Reduzierung des Individualverkehrs, räumliche Verlagerungen)
- Lärminderung (Geschwindigkeitsbegrenzungen, Straßenraumgestaltung, passiver und aktiver Lärmschutz etc.)
- Vermeidung (Planung, Bewusstseinsbildung, Fahrverhalten etc.)

Instrument: Lärmaktionsplan (läuft)

Luftreinhaltung in Baden-Baden

Die Luftqualität ist für die Bäder- und Kulturstadt Baden-Baden neben dem Thermalwasser ein wichtiger Imagefaktor. Die strengen Kriterien des Kur- und Heilbäderverbandes sind auch weiterhin Maßstab für die Luftqualität in Baden-Baden. Das Prädikat „Heilbad für Atemwegserkrankungen“ wird durch entsprechende Maßnahmen gesichert.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln

- Minderung des Durchgangsverkehrs
- Andienungsverkehr Fußgängerzone
- Verkehrslenkung
- Verringerung des Individualverkehrs
- Modernisierung der Busflotte.

Instrument: Konzept zur Luftreinhaltung Stufe 1 und 2 (läuft)

BADEN-BADEN STÄRKT DIE UMWELT- UND STADTVERTRÄGLICHE MOBILITÄT

Verkehrsangebot Baden-Baden – Erhalt der Mobilität für Alle durch Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -lenkung

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit im Individualverkehr sind an Tagen mit publikumsträchtigen Veranstaltungen erreicht. Das städtische Verkehrsnetz und die vorhandenen Parkieranlagen bewältigen dieses Verkehrsaufkommen nicht mehr. Darüber hinaus beeinträchtigt der Individualverkehr in erheblichem Maße die Luftqualität von Baden-Baden. Ziel der Verkehrspolitik ist die Verkehrsvermeidung und eine verbesserte Verkehrslenkung. Um das Verkehrsaufkommen im Individualverkehr zu reduzieren, haben die Verkehrsarten des Umweltverbundes (Öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußgängerverkehr) Priorität.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Motorisierter Individualverkehr (Mobilitätsmanagement, Verkehrslenkung etc.)
- Öffentlicher Personennahverkehr (Liniennetz und Fahrplan, Umweltstandards etc.)
- Ruhender Verkehr (zentrale Park & Ride-Anlage, Parkraummanagement und Parkleitsystem)
- Rad- und Fußverkehr (Netzschlüsse und Netzergänzungen im Radverkehr, Überwachung des Leopoldplatzes, Pollerkonzept, Bewusstseinsbildung etc.)

Instrument: Verkehrsentwicklungsplan (läuft)

BADEN-BADEN POSITIONIERT SICH IN DER REGION

Solidarität mit der Region – Sicherung und Weiterentwicklung regionaler Kooperationen (Metropolregion, Oberrheinkonferenz, Paminaregion, TechnologieRegion)

Auch als internationaler Treffpunkt sieht sich Baden-Baden eingebunden in regionale Kooperationen (Baden Airpark, Messe Karlsruhe, Bildungseinrichtungen, Verkehrsverbund etc.) und stellt sich der regionalen, grenzüberschreitenden Verantwortung. In einem Europa der Regionen wird insbesondere der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ihren Institutionen (Metropolregion, Oberrheinkonferenz, Paminaregion) ein besonderes Gewicht beigemessen.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Ausbau des Verkehrsangebotes in die Region (z. B. Baden-Airpark)
- Abstimmung der städtischen Eigenentwicklung mit der Regionalplanung
- Themenspezifische Kooperationen (Bildung, Sicherheit, Gesundheit, Energie)
- Metropolregion

Instrument: Regionalplan, TechnologieRegion, Machbarkeitsstudie Anbindung Baden-Airpark (läuft)

BADEN-BADEN BEKENNT SICH ALS TOURISMUSSTANDORT

Qualität vor Quantität – Sicherung des vielfältigen Angebotes auf hohem Niveau im Spannungsfeld zwischen Bürgerschaft, Tagestourismus und Übernachtungsgästen

Das weltweite Renommee der Bäder- und Kulturstadt Baden-Baden gründet sich vor allem auf ihre Vergangenheit als internationaler und mondäner gesellschaftlicher Treffpunkt des 19. Jahrhunderts. Die vielfältigen Anforderungen an den internationalen Tourismusstandort stehen in dieser Tradition und müssen zeitgemäß und bedarfsgerecht fortentwickelt werden. Die unterschiedlichen Erwartungen der jeweiligen touristischen Zielgruppen (Tages- / Übernachtungsgast) und der Bürgerschaft sind in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen; dabei gilt der Grundsatz Qualität vor Quantität.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Ausgewogenes Verhältnis von Tagestourismus und Übernachtungsgästen
- Qualitätvoller Ausbau des Hotel- und Bettenangebotes
- Abstimmung und Marketing von touristischen Veranstaltungen
- Einbindung des Reblands in das touristische Vermarktungskonzept
- Erschließung neuer Märkte (z.B. Indien und China)

Instrument: Tourismuskonzept

BADEN-BADEN BAUT DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT AUS

Dienstleistungs- und Gewerbestandort – Zielgerichtete und qualitätvolle Ansiedlungen (nachfrageorientierte Clusterbildung)

Die Stadt Baden-Baden besitzt aufgrund ausgezeichneter weicher Standortfaktoren und einem großen und vielfältigen Angebot an Gewerbeflächen eine hervorragende Ausgangslage zur Ansiedlung von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben. Mit der Gründung der GEBB wurden die organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Stadt Baden-Baden sich als Gewerbe- und Dienstleistungsstandort weiter profiliert. Das Image Baden-Badens als internationale Bäder- und Kulturstadt erfordert eine sensible und standortgerechte Entwicklung dieses wirtschaftlichen Standbeines. Es wird deshalb eine zielgerichtete und qualitätvolle Gewerbe- und Dienstleistungsentwicklung angestrebt.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Flächennachfrage und Flächenpotenziale
- Zielgruppen der Gewerbe- und Dienstleistungsansiedlung (standortbezogen)
- Zonierung der Standorte
- Sicherung der architektonischen Qualität

Instrument: Konzept Clusterbildung

BADEN-BADEN FESTIGT SEIN IMAGE ALS GESUNDHEITS-, KONGRESS- UND KULTURSTADT

Kongress- und Kulturstadt – Optimierung des vorhandenen Angebotes

Die internationale Bäder- und Kulturstadt hat einen hohen nationalen und internationalen Bekanntheitsgrad. Insbesondere mit der Eröffnung des Festspielhauses und des Museums Frieder Burda wurden in jüngster Vergangenheit im kulturellen Bereich bedeutende Akzente gesetzt. Weitere hochwertige Angebote sind in Planung (Fabergé Museum, Museum LA 8). Dieses hochwertige kulturelle Angebot soll auch künftig das internationale Image sichern. Als Kongressstadt muss sich Baden-Baden der Konkurrenz stellen. Trotz hervorragender Standortvorteile muss sich das Kongresswesen immer wieder bedarfsgerecht ausrichten. Aufgrund der hervorragenden Hotellerie, der verkehrlichen Anbindung (Schiene, Luftverkehr, Straßenverkehr), der Tagungseinrichtungen, des kulturellen Angebotes, der Nähe zu Frankreich/Straßburg und der historischen Verbindungen ist Baden-Baden als internationaler Tagungsort prädestiniert.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Ausbau des Kongresshauses incl. Lösung der Andienungsfrage
- Erweiterung des Hotelangebots auf höchstem Niveau
- Internationales Renommee im kulturellen und touristischen Bereich stärken

Instrument: Tourismuskonzept

Gesundheits- und Dienstleistungsstandort Baden-Baden – das Kompetenzzentrum für Gesundheit

Die Stadt Baden-Baden verfügt über zahlreiche Einrichtungen und Dienstleistungsangebote im Bereich der Gesundheitsvorsorge und Nachsorge. Baden-Baden entwickelt sich zu einem Standort, an dem differenzierte Leistungen im Gesundheitswesen (Ärzte, Kliniken, Wellness und Spa) erbracht werden. Ziel ist es, durch ein ausgeprägtes Netzwerk der Leistungsanbieter die Synergien zu stärken und Baden-Baden als Kompetenzzentrum zu etablieren.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Angebote im Bereich Gesundheitsvorsorge und

Nachsorge

- Überschneidungen und Ergänzungen
- Zielgruppen
- Aufgaben und Organisation

Instrument: Kompetenzzentrum Gesundheit

Internationales Erbe – Forum für Wirtschaft und Kultur

Baden-Baden verfügt aufgrund seiner Historie über vielfältige internationale Beziehungen. Aufgrund der internationalen Bekanntheit und des Renommees gelingt es Baden-Baden internationale Tagungen und Begegnungen auszurichten. Ein Beispiel hierfür ist die vorgesehene Tagung zum 60-jährigen Bestehen der NATO im April nächsten Jahres.

Ziel ist es, Baden-Baden als internationale Begegnungsstätte weiter zu etablieren. Im Rahmen eines internationalen Forums für Wirtschaft und Kultur Baden-Baden wird eine Verstetigung dieses Anspruchs erreicht. Durch das Forum werden internationale Begegnungen in wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereichen initiiert und durchgeführt.

Um die Machbarkeit eines solchen internationalen Forums zu prüfen, sind folgende Themen zu behandeln:

- Angebote und inhaltliche Schwerpunkte
- Träger der Einrichtung

Instrument: Prüfung der Machbarkeit

BADEN-BADEN STÄRKT DIE STÄDTEBAULICHE QUALITÄT IN DER KERNSTADT UND DIE ENTWICKLUNG DER STADTTEILE

Bäder- und Kurstadt des 19. Jahrhunderts (Sommerhauptstadt Europas) – Behutsamer Umgang mit dem baukulturellen Erbe

In der Kontinuität verbindet die Stadt ihr historisches Erbe mit den Erfordernissen einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung. Dabei ist das 19. Jahrhundert die prägendste Phase für das Stadtbild mit den repräsentativen Gesellschafts- und Hotelbauten (Kurhaus, Trinkhalle, Theater etc.). Die internationalen Bäderstädte des 19.

Jahrhunderts wie Baden-Baden sind Orte moderner und fortschrittlicher gesellschaftlicher und städtebaulicher Entwicklungen. Die Aufnahme Baden-Badens in die UNESCO - Weltkulturerbeliste wird geprüft.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Baden-Baden als UNESCO-Weltkulturerbe
- Bewusstseinsbildung über die Geschichte der Stadt
- Wahrung der stadtbildgestalterischen Qualitäten Baden-Badens

Instrument: Gesamtanlagenschutzsatzung, Antrag UNESCO-Weltkulturerbe

Rückgrat der Kernstadt – Das grüne Band entlang der Oos

Das grüne Band entlang der Oos ist das urbane Rückgrat der Kernstadt. Ausgehend von diesem Band wird ein zusammenhängender Landschaftspark zwischen Wörthböschel und Kloster Lichtental (Gärten, Parks, Plätze) entwickelt. Elemente des Landschaftsparks sind unter anderem der Wörthböschelpark, die „grüne Achse“, die Lichtentaler Allee und der Augustaplatz, das Bäderviertel und das Landesgartenschauengelände Hungerberg.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Funktionen und Bestandteile des Landschaftsparks
- Weiterentwicklung dieser Elemente
- Verknüpfungen innerhalb dieses grünen Bandes
- Gestaltung der Verknüpfungen
- Verzahnungen in die Landschaft bzw. in benachbarte Quartiere

Instrument: Konzept Landschaftspark Baden-Baden

Innenstadt Baden-Baden – Erhalt und qualitative Weiterentwicklung des Stadtbildes

Die Stadt Baden-Baden verfügt mit rund 1.500 Objekten über eine außerordentlich hohe Dichte von Kulturdenkmälern. An die Gestaltung von Gebäuden und Freiräumen werden höchste Ansprüche gestellt. Das Stadten-

semble wird den sich verändernden Anforderungen und Ansprüchen der Bewohner und Touristen gerecht und behutsam weiterentwickelt. Die städtebauliche Identität wird gestärkt.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Öffentliche Plätze und Straßenräume
- Werbeanlagen, Sondernutzungen und Möblierung
- Stadtgrün
- Neubauprojekte

Instrumente: Innenstadtkonzept (läuft), Sondernutzungssatzung (läuft), Gesamtanlagenschutzsatzung (ist beschlossen)

Halbhöhenlage Baden-Baden – Aussichtsbalkone und qualitätvolles Wohnen

Die Hanglagen der Stadt Baden-Baden sind wertvoller Bestandteil der Stadtlandschaft. In diesen hochattraktiven Standorten ist die bauliche Nachverdichtung mit der Gefahr des Verlusts an vorhanden Grünflächen und Stadtbildqualitäten verbunden. Die bestehenden Erhaltungssatzungen und Bebauungspläne sind hinsichtlich ihrer bisherigen Zielsetzungen zu überprüfen.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Planungsrecht
- Natürliche Grundlagen (Klima, Grünzusammenhänge, Stadt- und Landschaftsbild etc.)
- Potenziale (Baudichten, Ausnutzung und Höhenentwicklung von Neubebauungen etc.)

Instrument: Rahmenplan Halbhöhenlage

Stadtteile Baden-Baden – Funktionsvielfalt und stadtteilspezifische Entwicklungspotenziale

Die Stadtteile in der Ebene, im Rebland und der Vorbergzone sind sehr unterschiedlich geprägt und übernehmen spezifische Funktionen. Die jeweilige Identität dieser Stadtteile wird respektiert und gestärkt. Die Funktionen der Stadtteile werden definiert und entsprechend den vorhandenen Potenzialen weiterentwickelt.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Eigenarten und Besonderheiten der Stadtteile
- Künftige Funktionen und Schwerpunkte der Entwicklung

Instrument: Funktions- und Entwicklungskonzept Stadtteile

Kulturlandschaft Baden-Baden – Landschaftliche Vielfalt und Identität

Die Stadt Baden-Baden wird zum einen durch die naturnahen Landschaftsräume, zum anderen aber ganz wesentlich durch die attraktive Kulturlandschaft geprägt, die die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Heimat festigt. Ziel ist es, den kulturhistorischen, ökologischen und ästhetischen Wert der Kulturlandschaft als Identitätsmerkmal von Baden-Baden zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln:

- Elemente der Kulturlandschaft
- Definition erhaltenswerter Landschaftsbereiche
- Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft

Instrument: Entwicklungskonzeption Kulturlandschaft Baden-Baden

BADEN-BADEN ENTWICKELT DEN BILDUNGSSTANDORT

Bildungsstadt Baden-Baden – Weitere Profilierung und Ausbau der Bildungsangebote

Baden-Baden verfügt über ein differenziertes und breites Schulangebot. Ziel der Stadt Baden-Baden ist es, dieses Schulangebot (allgemein bildende Schulen und Berufsbildung) qualitativ weiterzuentwickeln. Bis 2015 wird an allen Schularten ein Ganztagsangebot angestrebt. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Schülerzahlen ist zu definieren, an welchen Schulen bzw. Standorten die Ganztagschule realisiert werden soll. Darüber hinaus sind die Fragen des künftigen Bedarfs an Klassen- und Fachräumen und einer Mensa sowie der Standort für eine Sporthalle zu klären. Mit den Berufsschulen und der Eventakademie ist Baden-Baden ein wichtiger Standort für die berufliche Bildung. Ziel

ist es, diesen Bereich weiter auszubauen.

Es wird ein Konzept für alle vorhandenen Schulstandorte in der Innenstadt erarbeitet, das die strukturelle und räumliche Weiterentwicklung des Bildungsangebots aufzeigt. Darüber hinaus beinhaltet das Konzept Perspektiven für den Bereich der beruflichen Bildung.

Folgende Themen sind dabei zu behandeln

- Allgemeine Schulbildung (Mittel- und langfristige Schülerentwicklung, Klassenräume und Fachräume nach Schularten und Standorten, Ganztagesunterricht, Sport, Mensa etc.)
- Berufliche Bildung

Instrument: Konzept zur Bildungsstadt

ÜBERSICHT

PRINZIPIEN	LEITIDEEN
Baden-Baden entwickelt sich nachhaltig und dynamisch	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachhaltige Siedlungsentwicklung – Innenentwicklung vor Außenentwicklung ▪ Familienfreundlichkeit und sozialer Zusammenhalt – Betreuung und Prävention ▪ Schonung der natürlichen Ressourcen – Klimaneutrale Energieversorgung, Lärminderung, Luftreinhaltung
Baden-Baden stärkt die umwelt- und stadtverträgliche Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verkehrsangebot Baden-Baden – Erhalt der Mobilität für alle durch Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -lenkung
Baden-Baden positioniert sich in der Region	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidarität mit der Region – Sicherung und Weiterentwicklung regionaler Kooperationen (Metropolregion, Oberrheinkonferenz, Paminaregion, TechnologieRegion)
Baden-Baden bekennt sich als Tourismusstandort	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualität vor Quantität – Sicherung des vielfältigen Angebotes auf hohem Niveau im Spannungsfeld zwischen Bürgerschaft, Tagestourismus und Übernachtungsgästen
Baden-Baden baut den Wirtschaftsstandort aus	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dienstleistungs- und Gewerbestandort – Zielgerichtete und qualitätvolle Ansiedlungen (nachfrageorientierte Clusterbildung)
Baden-Baden festigt sein Image als Gesundheits-, Kongress- und Kulturstadt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kongress- und Kulturstadt – Optimierung des vorhandenen Angebotes ▪ Gesundheits- und Dienstleistungsstandort Baden-Baden – das Kompetenzzentrum für Gesundheit ▪ Internationales Erbe – Forum für Wirtschaft und Kultur Baden-Baden
Baden-Baden stärkt die städtebauliche Qualität in der Kernstadt und die Entwicklung der Stadtteile	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bäder- und Kurstadt des 19. Jahrhunderts (Sommerhauptstadt Europas) – Behutsamer Umgang mit dem baukulturellen Erbe ▪ Rückgrat der Kernstadt – Das grüne Band entlang der Oos ▪ Innenstadt Baden-Baden – Erhalt und qualitative Weiterentwicklung des Stadtbildes ▪ Halbhöhenlage Baden-Baden – Aussichtsbalkone und qualitativvolles Wohnen ▪ Stadtteile Baden-Baden – Funktionsvielfalt und stadtteilspezifische Entwicklungspotenziale ▪ Kulturlandschaft Baden-Baden – Landschaftliche Vielfalt und Identität
Baden-Baden entwickelt den Bildungsstandort	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildungsstadt Baden-Baden – Weitere Profilierung und Ausbau der Bildungsangebote

3. THEMEN UND KONZEPTION DER BÜRGERBETEILIGUNG

EINFÜHRUNG

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Prozess der Stadtentwicklungsplanung hat in Baden-Baden einen hohen Stellenwert. Bürgerinnen und Bürger sollen über den Stadtentwicklungsprozess nicht nur informiert, sondern aktiv eingebunden werden.

Die Beteiligung der Bürgerschaft erfolgt in Planungswerkstätten zu ausgewählten Themen der Stadtentwicklung. In den Planungswerkstätten können die Teilnehmer Interessen, Vorstellungen und Ideen zur künftigen Entwicklung von Baden-Baden entwickeln. Gekennzeichnet ist die Arbeit durch eine intensive Diskussion unter allen Beteiligten mit dem Ziel der Erarbeitung konkreter Vorschläge.

LEBEN IN DER STADT - THEMEN DER BÜRGERBETEILIGUNG

Damit sich Bürgerbeteiligung nicht in allgemeinen Diskussionen erschöpft, orientieren sich die Themen der Planungswerkstätten an den Leitprojekten der Stadtentwicklung.

Unter dem Leitmotiv „**Leben in der Stadt**“ werden folgende Themen für eine breite Erörterung im Rahmen von Planungswerkstätten diskutiert:

- Verkehr zukunftsfähig ausrichten
- Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Infrastruktur
- Stadtbild, landschaftliche Einbindung und Landschaftsbild weiterentwickeln
- Wohnen und Arbeiten in der Bürgerstadt
- Stadt der Bürger – Stadt der Gäste

Das hohe Verkehrsaufkommen berührt alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt unmittelbar. Die Verkehrsanalyse hat darüber hinaus gezeigt, dass das Verkehrsaufkommen in Baden-Baden vor allem auf dem Ziel- und Quellverkehr beruht. Die Themen Verkehrslenkung und Verkehrsvermeidung als zentrale Ansätze der Stadtentwicklung sind nur bei einer aktiven Einbindung der Bürgerschaft zu behandeln. Veränderungen – beispielsweise bei der Verkehrsmittelwahl – setzen eine intensive Diskussion in der Bürgerschaft voraus.

In den kleineren Stadtteilen, die über eine Grundversor-

gung mit sozialen Einrichtungen und Versorgungsmöglichkeiten verfügen, wirken sich die demographischen Veränderungen in besonderem Maße aus. Im Mittelpunkt steht deshalb die Frage, wie dem demographischen Wandel auf der örtlichen Ebene begegnet werden kann. Dazu ist eine Einbindung aller örtlichen Akteure erforderlich.

Das Stadtbild von Baden-Baden und die Einbettung in die Landschaft sind prägende Qualitäten der Stadt Baden-Baden. Das grüne Band entlang der Oos ist das urbane Rückrat der Kernstadt. Ausgehend von diesem Band wird ein zusammenhängender Landschaftspark zwischen Wörthböschel und Kloster Lichtental (Gärten, Parks, Plätze) entwickelt. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen die Elemente eines zusammenhängenden Landschaftsparks (Wörthböschelpark, Lichtentaler Allee, Bäderviertel, Landesgartenschauelände Hungerberg etc.) und die städtebauliche/gestalterische Weiterentwicklung der Innenstadt und der Hangbereiche. Konkrete Ideen sollen nicht nur verbal vermittelt, sondern vor allem auch visualisiert werden.

Baden-Baden ist ein herausragender Wohn- und Arbeitsstandort. Die Ansprüche an das Wohnen und Arbeiten spiegeln sich der Bauleitplanung und somit praktisch in der Siedlungsentwicklung wider. Im Mittelpunkt der Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen die Fragen nach Anforderungen und funktionalen Verknüpfungen der Lebensbereiche Wohnen und Arbeiten.

Das Selbstverständnis von Baden-Baden definiert sich als Stadt der Bürger- und Gästestadt. Dabei können Interessenskonflikte auftreten, die es immer wieder neu zu überwinden gilt (vor allem im Bereich Stadtbild, Veranstaltungen, Verkehr, Lärm).

METHODE

Es wird angestrebt, sowohl fachkompetente als auch sachkundige Bürgerinnen und Bürger für die Planungswerkstätten zu gewinnen. Die Planungswerkstätten bestehen aus „sachkundigen Bürgern“, die gezielt angesprochen werden, und Teilnehmern, die per Losentscheid ausgewählt werden. Die Arbeitsgruppen sollten jeweils paritätisch besetzt sein. Für die Teilnahme an den Planungswerkstätten werden Gruppen, Institutionen und Verbände konkret angesprochen und zur Mitarbeit motiviert. Darüber hinaus besteht bei der Auftaktveranstaltung, die für den 29. Januar 2009 vorgesehen ist, die Möglichkeit, sich für die Planungswerkstätten

anzumelden. Die Anzahl und Zusammensetzung der Planungswerkstätten hängt von der Teilnehmerzahl ab. Die Obergrenze sehen wir bei maximal 25 Personen.

ORGANISATION UND ABLAUF

Die Arbeit der Planungswerkstätten gliedert sich in zwei Treffen:

Auftakttreffen (3-stündig)

- Einführung in das Thema Stadtentwicklung (Plenum)
- Rahmenbedingungen und vorliegende Planungsüberlegungen, Diskussion zu ersten Planungsansätzen
- Stärken und Schwächen
- Themen der Planungswerkstätten

Planungswerkstatt (6 - 8-stündig)

- Entwicklung von Ideen und Lösungsansätzen.
- Abstimmung der Ergebnisse
- Vorbereitung der Präsentation

Die Ergebnisse der Sitzungen werden in Protokollen dokumentiert und allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt. Die Resultate werden der Öffentlichkeit im Rahmen einer Abschlussveranstaltung präsentiert.

4. MATERIALIEN

STRATEGISCHE ENTWICKLUNGSPLANUNG BADEN-BADEN 2020



Demographischer Wandel

Prof. Dr. Richard Reschl
Bertram Roth
LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH

Themen

KE

- Demographischer Wandel
- Einwohnerentwicklung Baden-Baden
- Bevölkerungsvorausberechnung Baden-Baden
- Fazit

Demographischer Wandel

KE

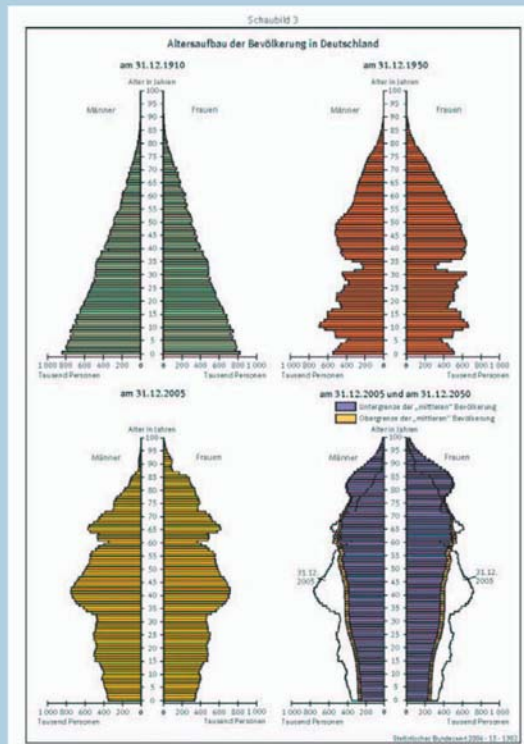
Altersstruktur in Deutschland

1910

1950

2005

2050



3

Demographischer Wandel

KE

Annahmen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

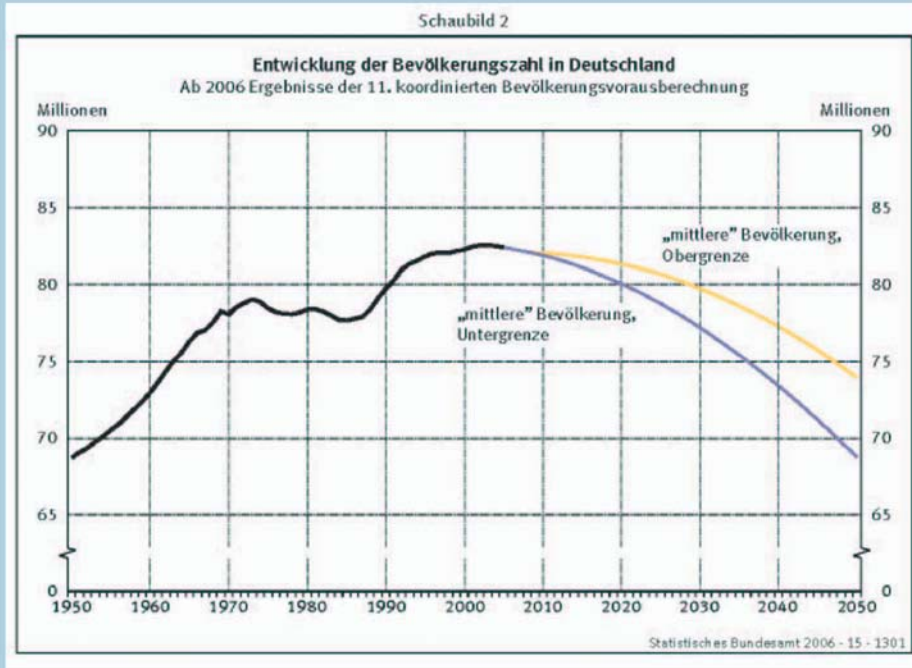
Variante	Annahmen zu:		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung bei Geburt in 2050	Wanderungs-saldo (Personen /Jahr)
„Mittlere“ Bevölkerung, <u>Untergrenze</u>	annähernd konstant bei 1,4	Basisannahme: Anstieg bei Jungen um 7,6 und bei Mädchen um 6,5 Jahre	100 000
„Mittlere“ Bevölkerung, <u>Obergrenze</u>			200 000
„Relativ junge“ Bevölkerung	leicht steigend auf 1,6	Basisannahme	200 000
„Relativ alte“ Bevölkerung	leicht fallend auf 1,2	Hoher Anstieg: bei Jungen um 9,5 und bei Mädchen um 8,3 Jahre	100 000

4

Demographischer Wandel

KE

Bevölkerungsvorausberechnung 2050

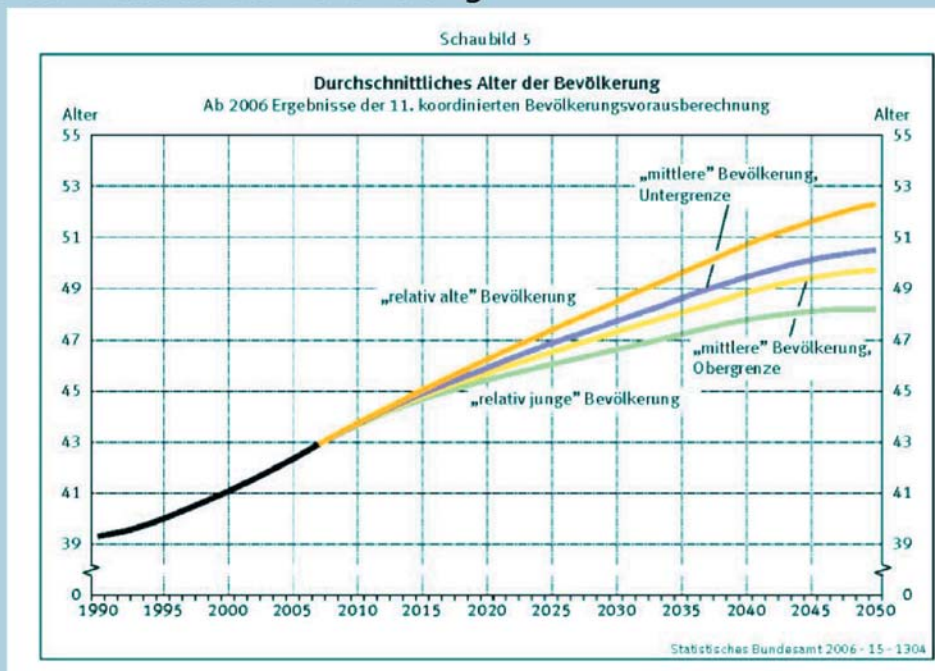


5

Demographischer Wandel

KE

Durchschnittsalter der Bevölkerung



6

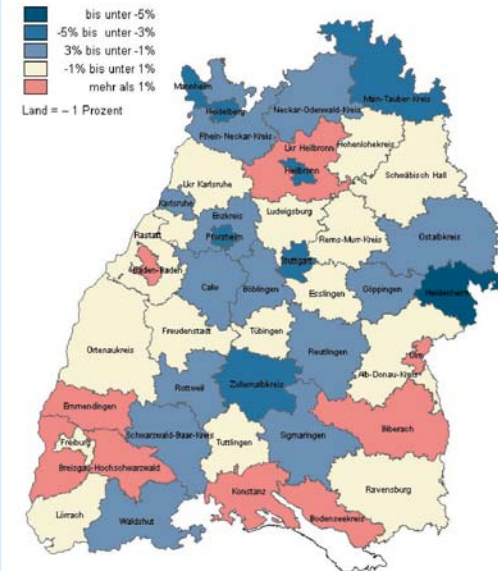
Demographischer Wandel

KE

Bevölkerungsvorausberechnung Baden-Württemberg

- Wanderungsgewinn 17.000 p.a. (entsprechend 11. koord. Bevölkerungsvorausrechnung)
- Konstantes Geburtenniveau
- Anstieg Lebenserwartung um drei Jahre
- Rückgang 2005 - 2025 von 10.735.000 auf 10.243.000 Einwohner
- Bevölkerungsrückgang (ab 2015)
- Ungleiche Chancen in der Entwicklung

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2025 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs



7

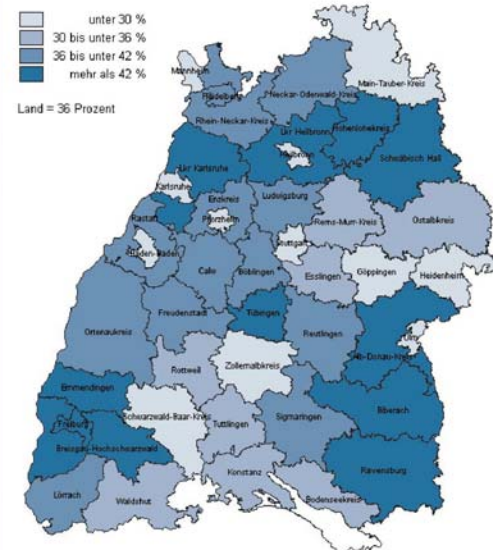
Demographischer Wandel

KE

Verschiebung der Altersstruktur in Baden-Württemberg

	2005	2025
unter 20	22 %	16 %
über 60	23 %	37 %
Erwerbs- personen	55 %	47 %

Voraussichtliche Zunahme der Zahl der 60 - Jährigen und Älteren 2005 bis 2025 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

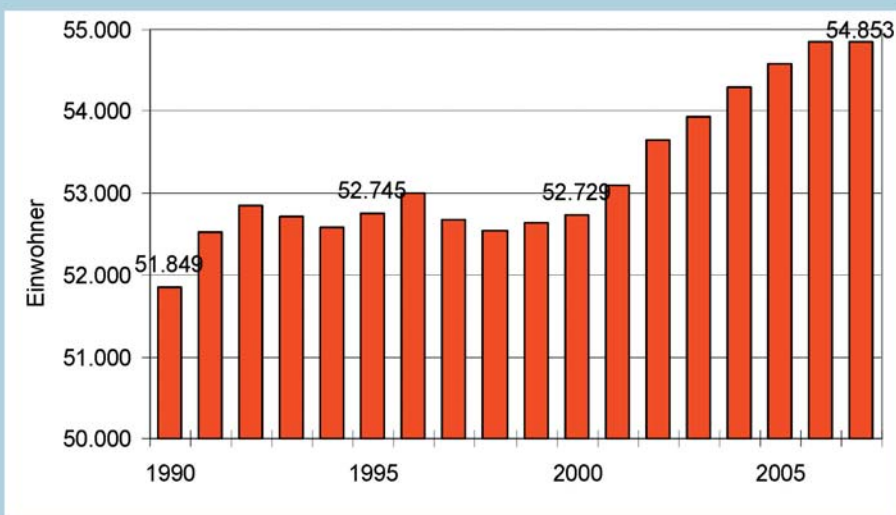


8

Einwohnerentwicklung Baden-Baden

KE

Einwohnerentwicklung Baden-Baden 1990 - 2007



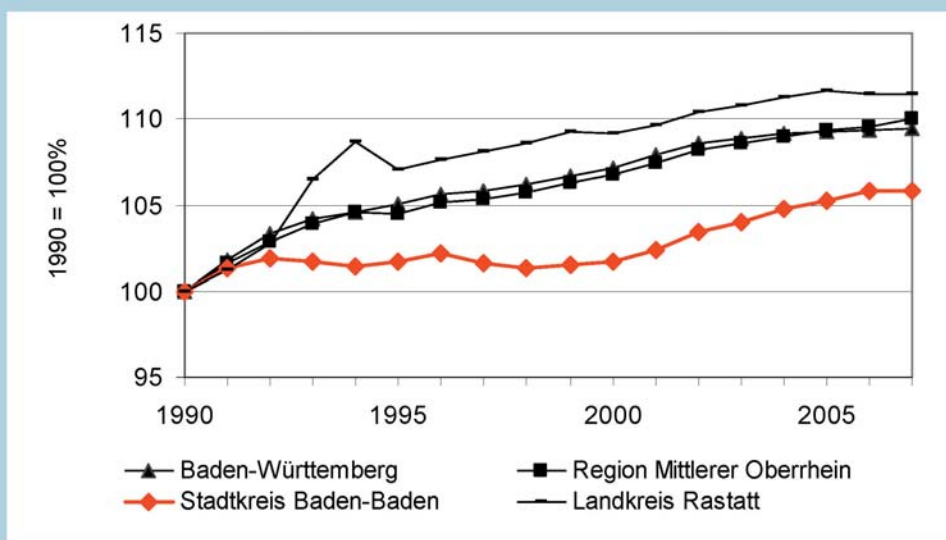
Quelle: Statistisches Landesamt Baden - Württemberg, Kommunalentwicklung

9

Einwohnerentwicklung Baden-Baden

KE

Einwohnerentwicklung im Vergleich 1990 - 2007



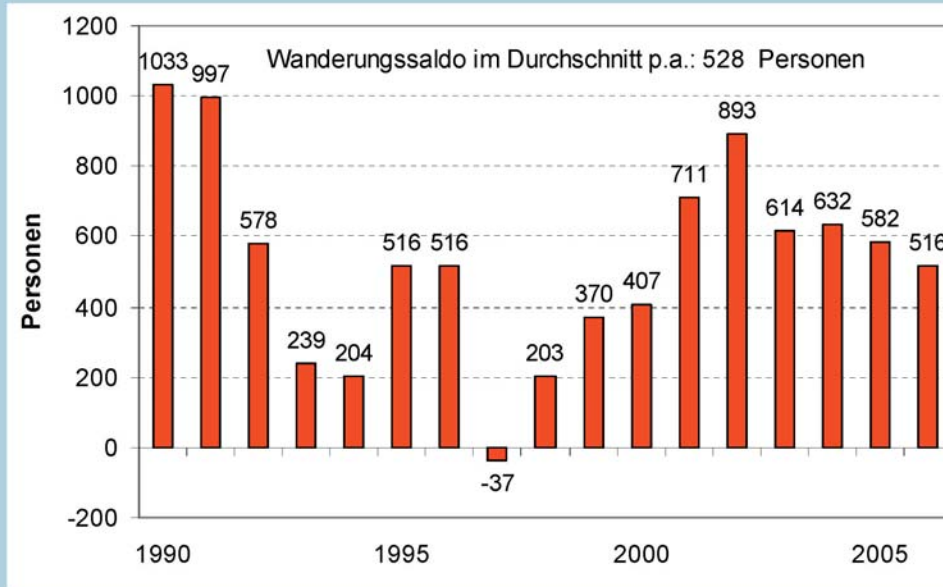
Quelle: Statistisches Landesamt Baden - Württemberg, Kommunalentwicklung

10

Einwohnerentwicklung Baden-Baden

KE

Wanderungssaldo 1990 - 2007



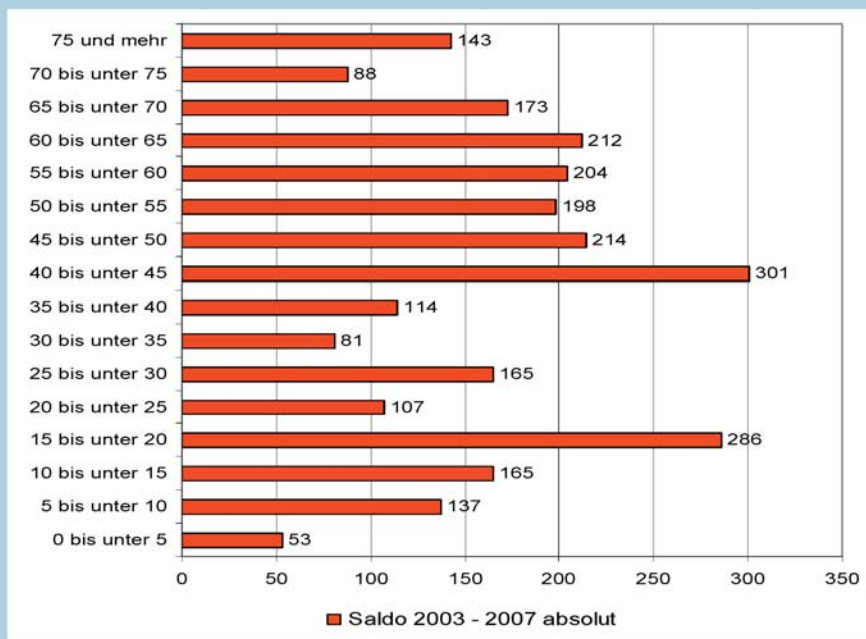
Quelle: Statistisches Landesamt Baden - Württemberg, Kommunalentwicklung

11

Einwohnerentwicklung Baden-Baden

KE

Wanderungssaldo 2003 - 2007 nach dem Alter



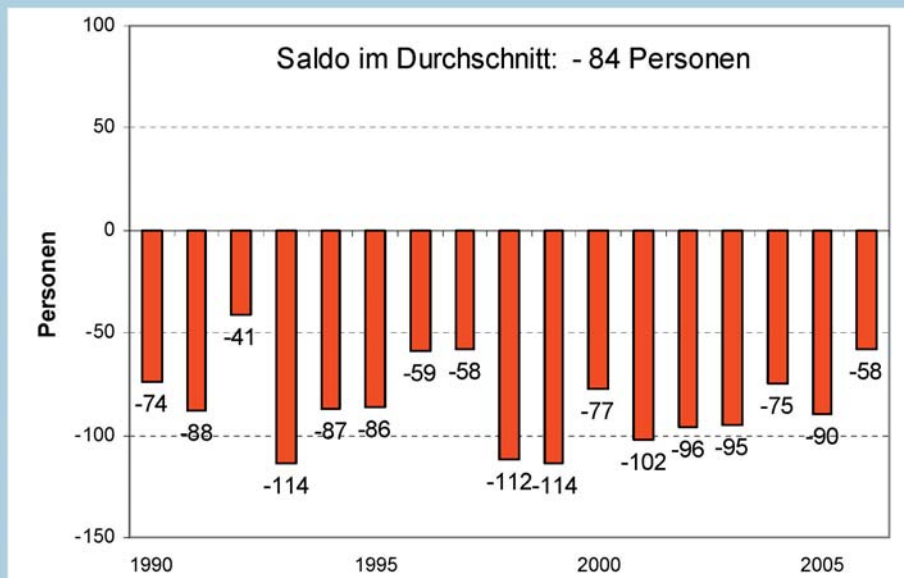
Quelle: Statistisches Landesamt Baden - Württemberg, Kommunalentwicklung

12

Einwohnerentwicklung Baden-Baden

KE

Saldo natürliche Entwicklung 1990 – 2007



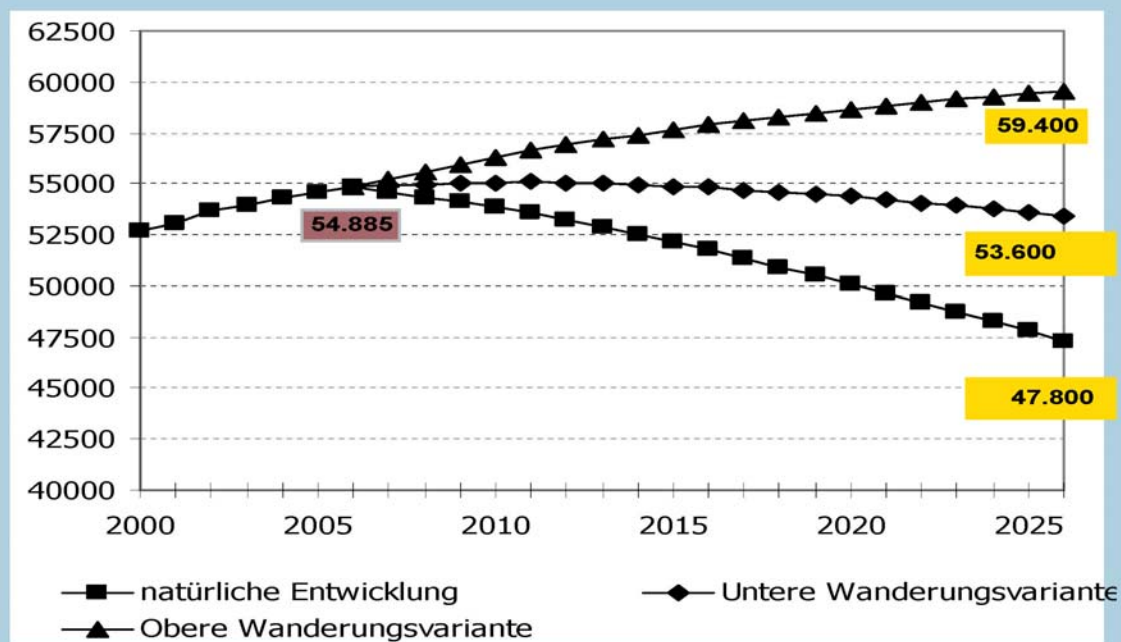
Quelle: Statistisches Landesamt Baden – Württemberg, Kommunalentwicklung

13

Bevölkerungsvorausberechnung

KE

Bevölkerungsvorausberechnung 2025



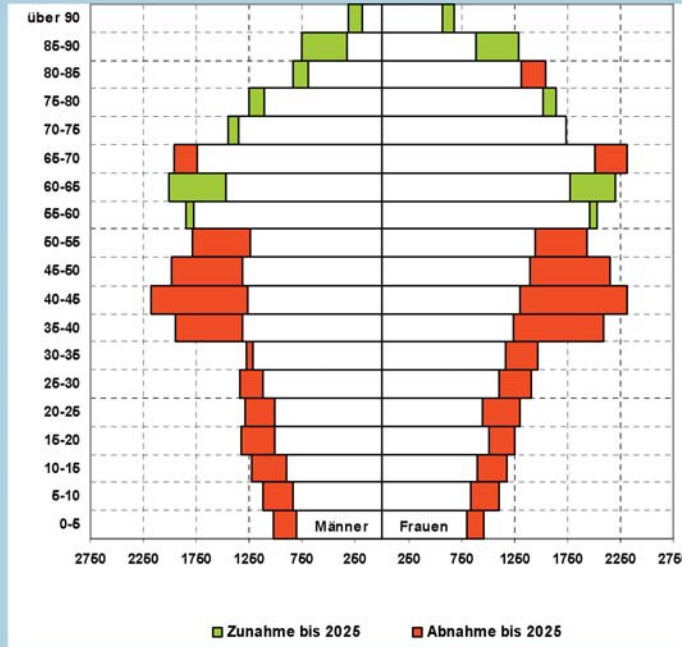
Quelle: Kommunalentwicklung

14

Bevölkerungsvorausberechnung Baden-Baden

KE

Veränderung der Altersstruktur 2007 - 2025 ohne Wanderungen



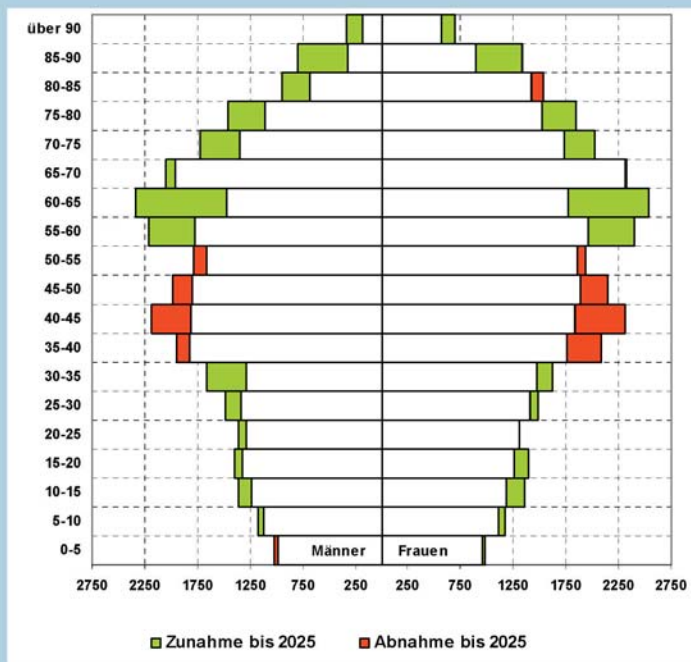
Quelle: Kommunalentwicklung

15

Bevölkerungsvorausberechnung Baden-Baden

KE

Veränderung der Altersstruktur 2007 - 2025 (obere Wanderungsvariante)



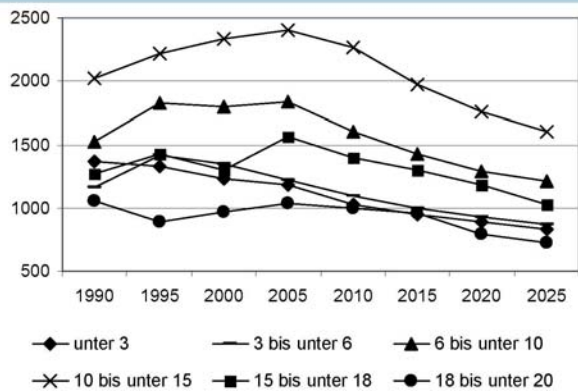
Quelle: Kommunalentwicklung

16

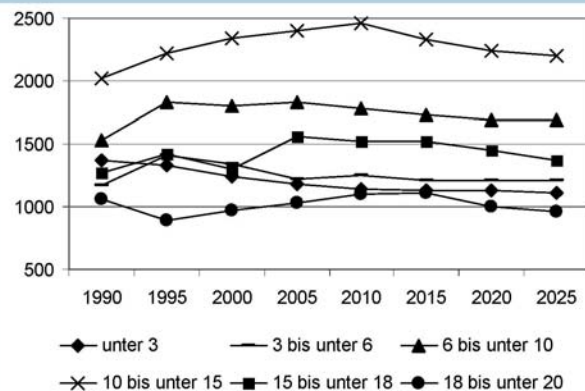
Bevölkerungsvorausberechnung Baden-Baden

KE

Veränderung der Altersstruktur ohne Wanderungen



Veränderung der Altersstruktur mit Wanderungen (470 p.a.)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden – Württemberg, Kommunalentwicklung

17

Fazit

KE

- Seit 2000 überdurchschnittliche Einwohnerentwicklung in Baden-Baden
- Die Altersstruktur von Baden-Baden ist deutlich verschoben (25,8% über 65-Jährige gegenüber 18,7% im Land Ba-Wü)
- Positiver Wanderungssaldo (+ 530 p.a. , Sterbeüberschüsse – 85 p.a)
- Zunehmende Sterbeüberschüsse
- Ohne Wanderungsgewinne erheblicher Einwohnerrückgang
- Vergleichsweise geringe Verschiebungen der Altersstruktur bis 2025
- Deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen

18

STRATEGISCHE ENTWICKLUNGSPLANUNG BADEN-BADEN 2020



Siedlungsflächenentwicklung und Siedlungsflächenbedarf

Prof. Dr. Richard Reschl
Bertram Roth

LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH

Themen

KE

- Siedlungsflächenentwicklung
- Wohnbaubedarf Baden-Baden
- Flächenpotenziale
- Fazit

Siedlungsflächenentwicklung

KE

Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche

Baden-Württemberg:

- 13,9%
- 6,4 % versiegelte Fläche
- Baden-Baden:
 - 14,5 % Siedlungs- und Verkehrsfläche

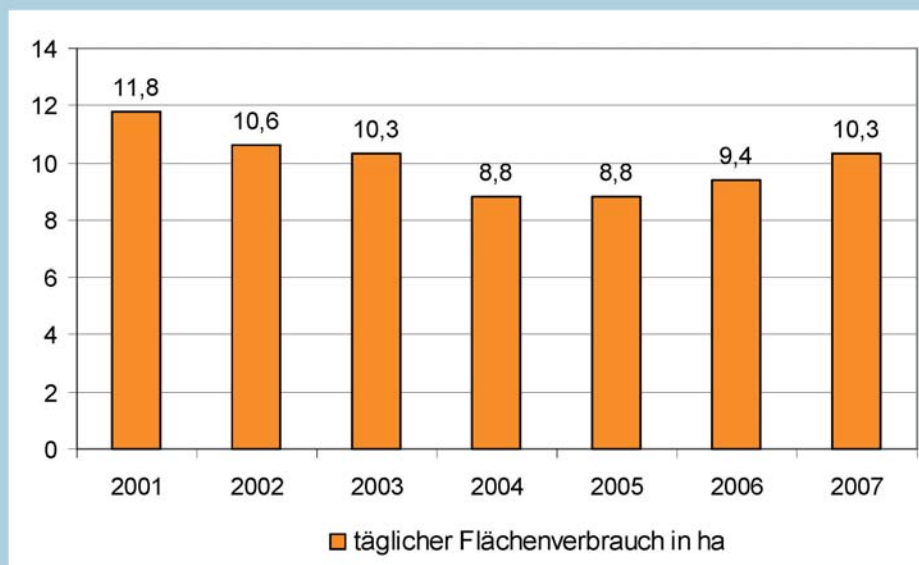
Quelle: Statistisches Landesamt Baden - Württemberg, Kommunalentwicklung

3

Siedlungsflächenentwicklung

KE

Flächenverbrauch Baden-Württemberg



Quelle: Kommunalentwicklung

4

Siedlungsflächenentwicklung

KE

Ziele

Umweltpolitisches Schwerpunktprogramm des Bundes (1998):

Reduzierung bis 2020:	25%
Bund:	120 ha/Tag -> 30 ha/Tag
Land Ba-Wü:	12 ha/Tag -> 3 ha/Tag

Umweltplan Baden-Württemberg (2000/2007):

2005 - 2010:	8 ha/Tag
2010 - 2015:	6 ha/Tag

5

Siedlungsflächenentwicklung

KE

Strategieprogramm der Landesregierung zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

- Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“
- Öffentlichkeitskampagne
- Änderung des Landesplanungsgesetzes
- Steuerung der Siedlungsentwicklung in Regionalplänen
- Harmonisierung der Fördermaßnahmen
- Förderung im Rahmen des ELR
- Reform der Grundsteuer

Quelle: Eckpunkte Aktionsbündnis und Öffentlichkeitskampagne „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“

6

Siedlungsflächenentwicklung

KE

Flächenentwicklung Baden-Baden seit 1988

	Wohnbau- flächen in ha	Gewerbliche Bauflächen in ha	Sonderbauflächen Einzelhandel in ha
Siedlungs- entwicklung insgesamt	92,0	77,3	8,9
Davon Cité	32,5	5,1	6,4

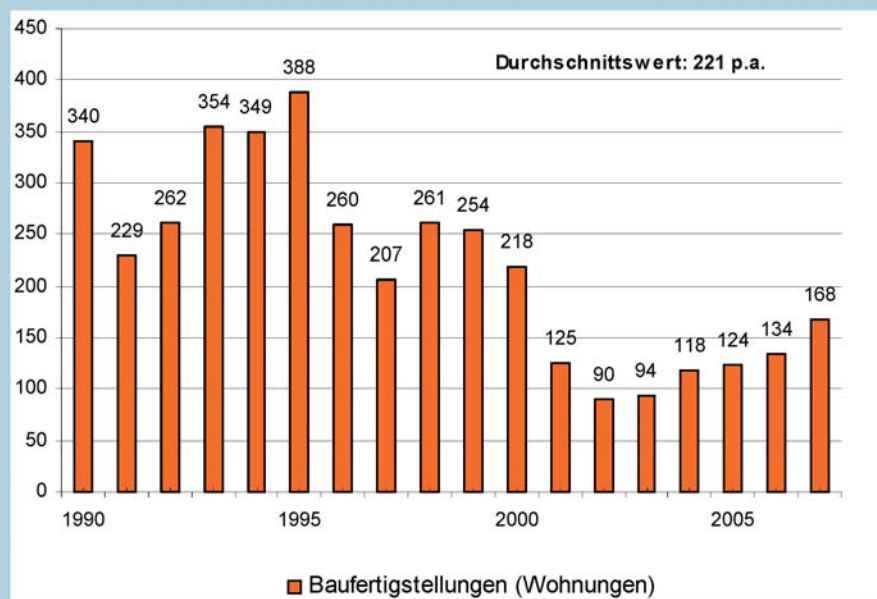
Quelle: Stadtverwaltung Baden-Baden

7

Wohnbaubedarf Baden-Baden

KE

Fertigstellungen im Wohnungsbau



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

8

Siedlungsflächenentwicklung

KE

Wohnungsbedarf



Quelle: Kommunalentwicklung

9

Siedlungsflächenentwicklung

KE

Flächenbedarf 2008 – 2025

	Anzahl Wohnungen 2025		
	Variante A	Variante B (300 EW/p.a.)	Variante C (600 EW/p.a.)
Wohnungsbedarf	- 140	2.140	4.420
Summe p.a.	-7	113	233
Flächenbedarf (30 Wohneinheiten je Hektar)	0,0	71,3	147,3
Flächenbedarf (40 Wohneinheiten je Hektar)	0,0	53,5	110,5

Quelle: Kommunalentwicklung

10

Flächenpotenziale

KE

	Reserven in erschlossenen Gebieten/rechtskräftige BPläne	Laufende BPlanverfahren/nicht erschlossen	Gebiete ohne BPlan*	Insgesamt
▪ In Hektar***	30,0	16,8	76,0	122,8
▪ Mögliche Wohneinheiten	905	760	2.640	4.305
▪ Einwohner	2.140	1.850	5.810	9.800
▪ In Hektar***	12,0	48,7	25,1	85,8
▪ Mögliche Arbeitsplätze (40 AP/ha)	480	1.950	1.000	3.430

Quelle: Stadt Baden-Baden, *ohne Baulücken, Arrondierungen, Nachverdichtungen im Bestand gerundete Werte, ** Wohnbauflächenentwicklung 2010, *** Bruttoflächen

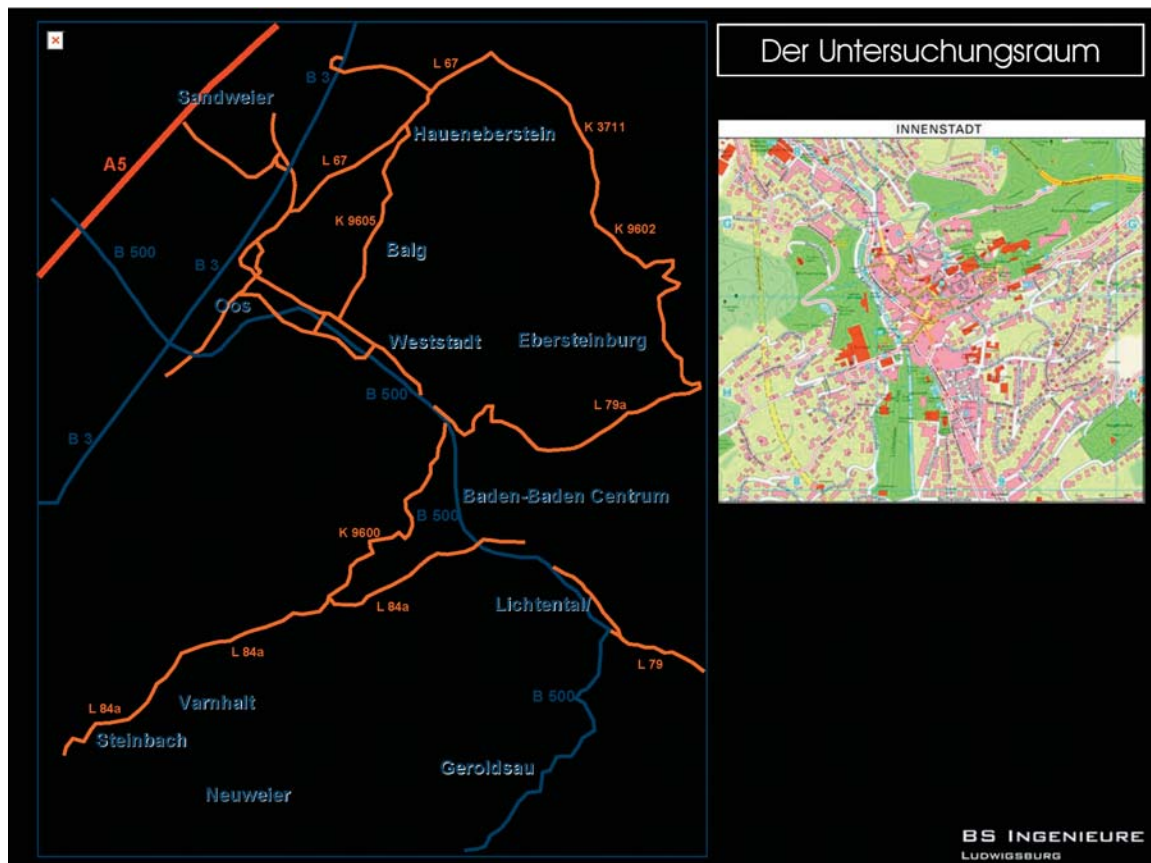
11

Fazit

KE

- Die Flächenentwicklung Baden-Baden blieb deutlich hinter der Prognosen zurück (Wohnbauflächenberechnung 2010).
- Die Nachfrage nach Wohnraum verharrt auf einem niedrigen Niveau (geburtenschwache Jahrgänge, rückläufige Wanderungsgewinne).
- In den kommenden Jahren werden zahlreiche Wohnungen frei (Sterbeüberschuss).
- Es bestehen ausreichende Flächenpotenziale (Neuflächen, Baulücken, Arrondierungen).

12



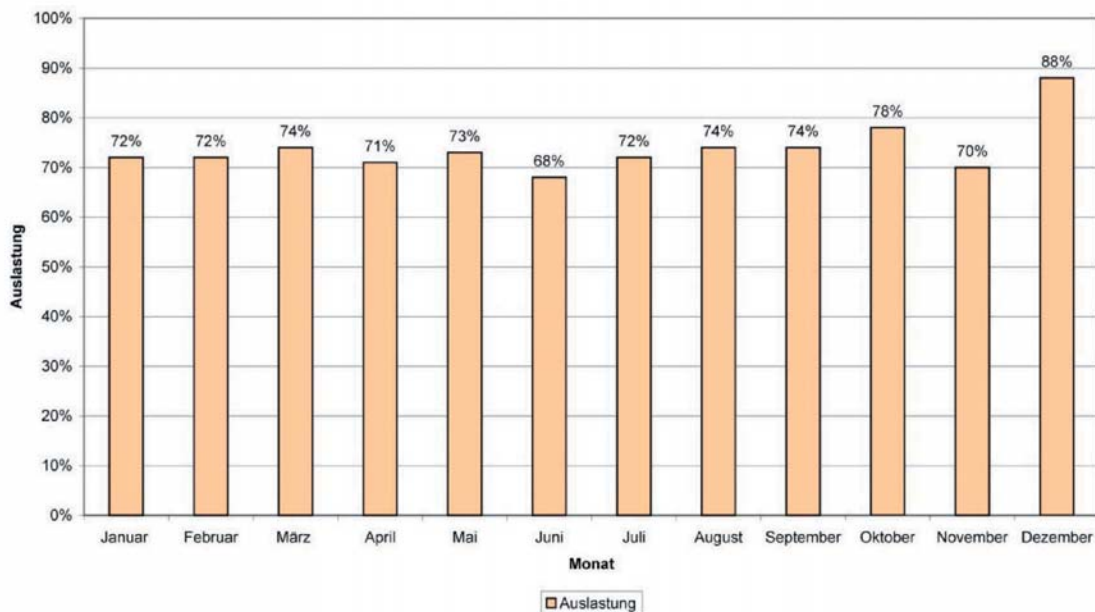
Analyse MIV

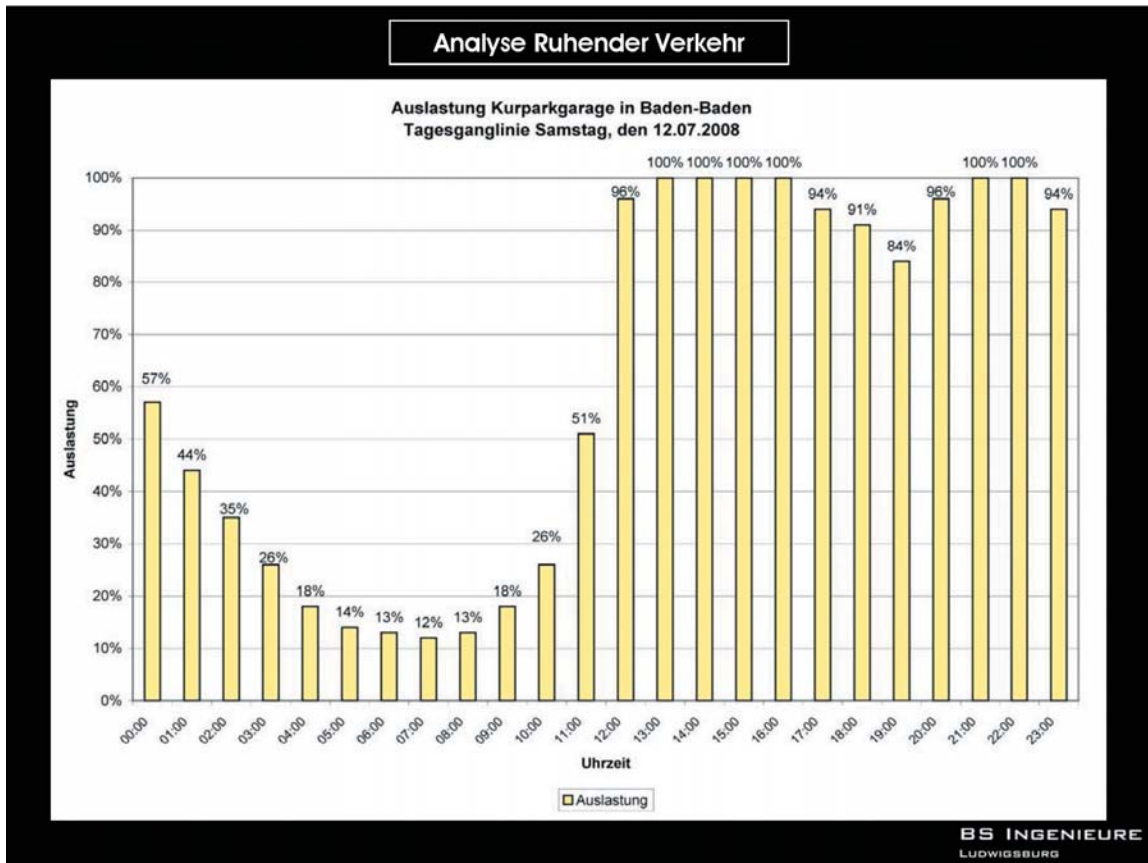
Querschnitte	Analyse 2008 [Kfz/24 h]	Analyse 1996 [Kfz/24 h]	Vergleich in %
Außenkordon			
B 500 nördlich AS B 3 Sinzheimer Straße	33.000	27.200	121 %
B 500 westlich Europaplatz	36.300	28.100	129 %
B 3 (alt) südwestlich AS B 500 Sinzheimer Straße	32.500	32.800	99 %
Kuppenheimer Straße (südl. L 67 Karlsruher Str.)	26.200	24.400	108 %

Vergleich der Querschnittbelastungen am Außenkordon [Kfz/24 h]

Analyse Ruhender Verkehr

Auslastung Kurparkgarage in Baden-Baden
 Jahresganglinie 2007





Analyse Ruhender Verkehr

Parkierungsanlage	Stellplatzangebot	Auslastung	Freie Stellplätze	Bemerkungen
Parkhaus FMZ	800	Samstag 70 % Sonntag und abends 0 %	Samstag: 240 STP Sonntag: 800 STP	geeignet.
Parkplatz südöstlich Bahnhof (Langzeitparker)	140	100 %	0 STP	ungeeignet
Parkplatz nördlich Bahnhof (Unbefestigt)	75	0 %	75 STP	geeignet
Parkplatz südlich Bahnhof (Stellwerk)	170	50 - 60 %	70 STP	geeignet
Waldseeplatz	150	k. A.	(150 STP)	evtl. geeignet

Auslastung alternativer Parkierungsanlagen

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Analyse ÖPNV

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- Baden-Baden-Linie verfügt über ein sehr gutes Angebot im Bereich des ÖPNV,
- Busflotte ist eine der umweltfreundlichsten in ganz Baden-Württemberg. Bereits heute wird die Abgasnorm EURO V eingehalten.
- Der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs am motorisierten Verkehrsaufkommen konnte von ca. 19 % 1996 auf ca. 24,5 % 2007 gesteigert werden.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Analyse Rad- und Fußgängerkehr

Rad- und Fußgängerkehr

- Radverkehr und Fußgänger wurden nicht nur im Zuge der Kfz-Erhebungen miterfasst, sondern an exponierten Stellen, die für diese Verkehre von besonderer Bedeutung sind, gesondert erhoben.
- Problem: Unfallzahlen im Fußgängerkehr sind gestiegen:
Schulwegeunfälle 2006: 1 Unfall, 2007: 6 Unfälle
Fußgängerkehr allgemein 2006: 31 Unfälle, 2007: 43 Unfälle.
- Radverkehrsnetz ist trotz Ausbau lückenhaft.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Entwicklung von Handlungsfeldern und Leitbildern

Leitbild

Zur Aufrechterhaltung der hohen Lebensqualität in Baden-Baden müssen Maßnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation entworfen werden.

Ziel

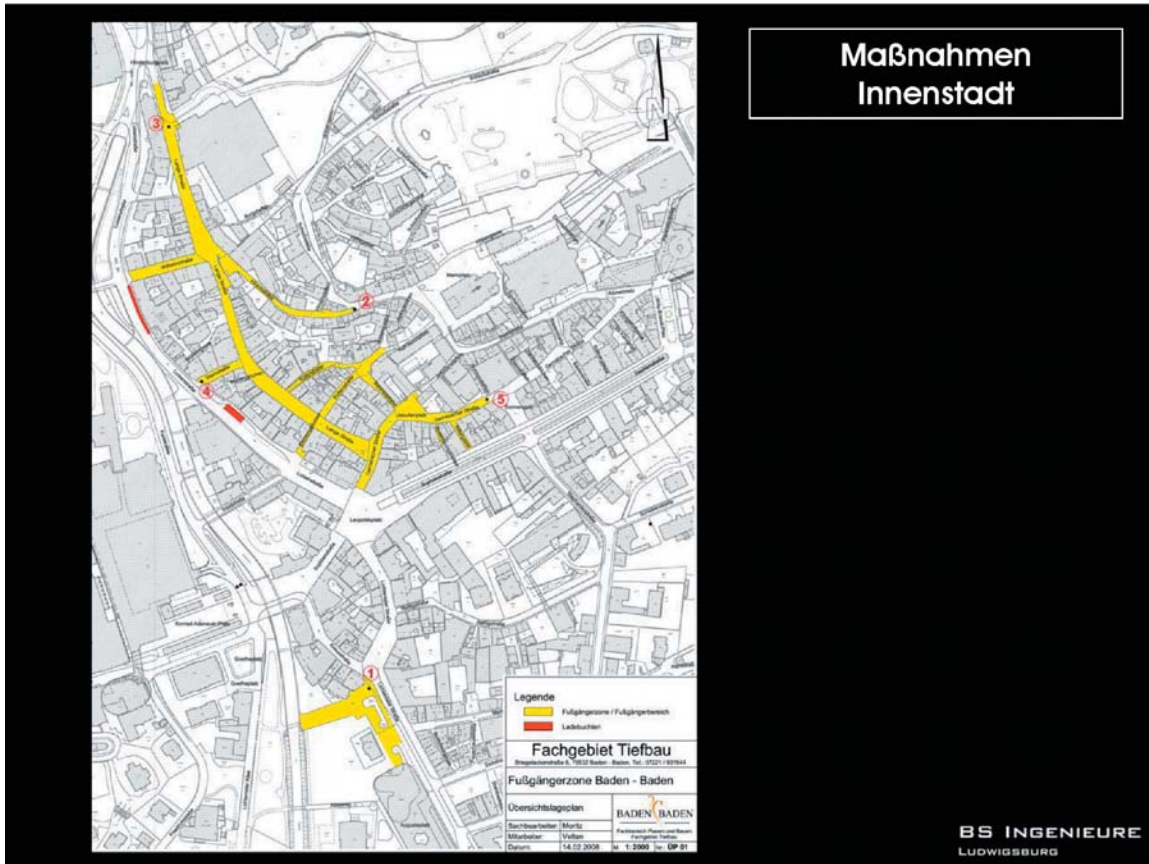
Je näher am Zentrum, desto geringer sollte der Anteil des Individualverkehrs sein.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Handlungsfeld MIV

- Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl.
- Mobilitätsmanagement.
- Steuerung des Kfz-Verkehrs mit weitgehender Berücksichtigung und Bevorrechtigung der stadt- und umweltverträglichen Verkehrsarten.
- Überarbeitung der wegweisenden Beschilderung inkl. Hotelwegweisung.
- Verbesserung der Erschließung und Umfahrung der Innenstadt durch Netzschlüsse und Netzergänzungen.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG



Handlungsfeld Ruhender Verkehr

- Verkehrsrechnerzentrale mit Parkraummanagement und flexibler Führung der Verkehrsteilnehmer.
- Anpassung des Tarfsystems.
- Erweiterung des Parkraumangebotes im Außenbereich bzw. in der Innenstadt.
- Bau von Quartiersgaragen.

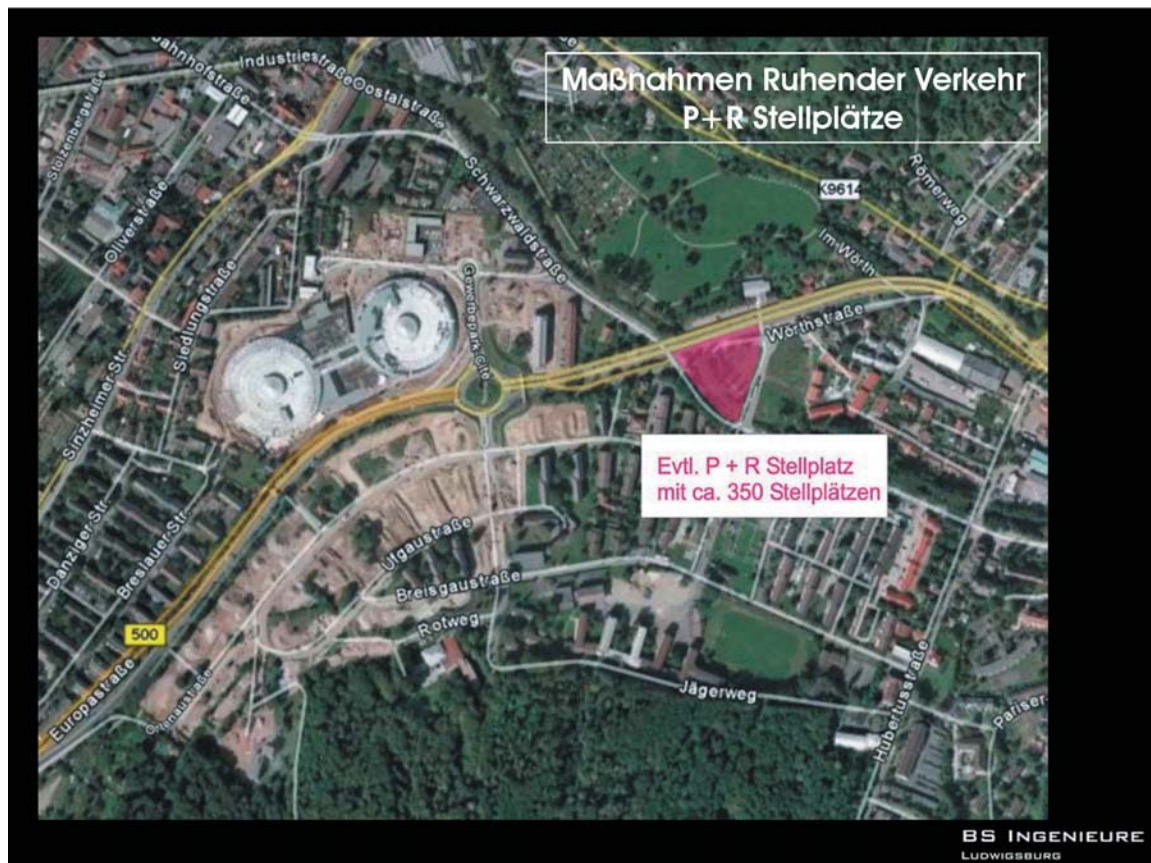
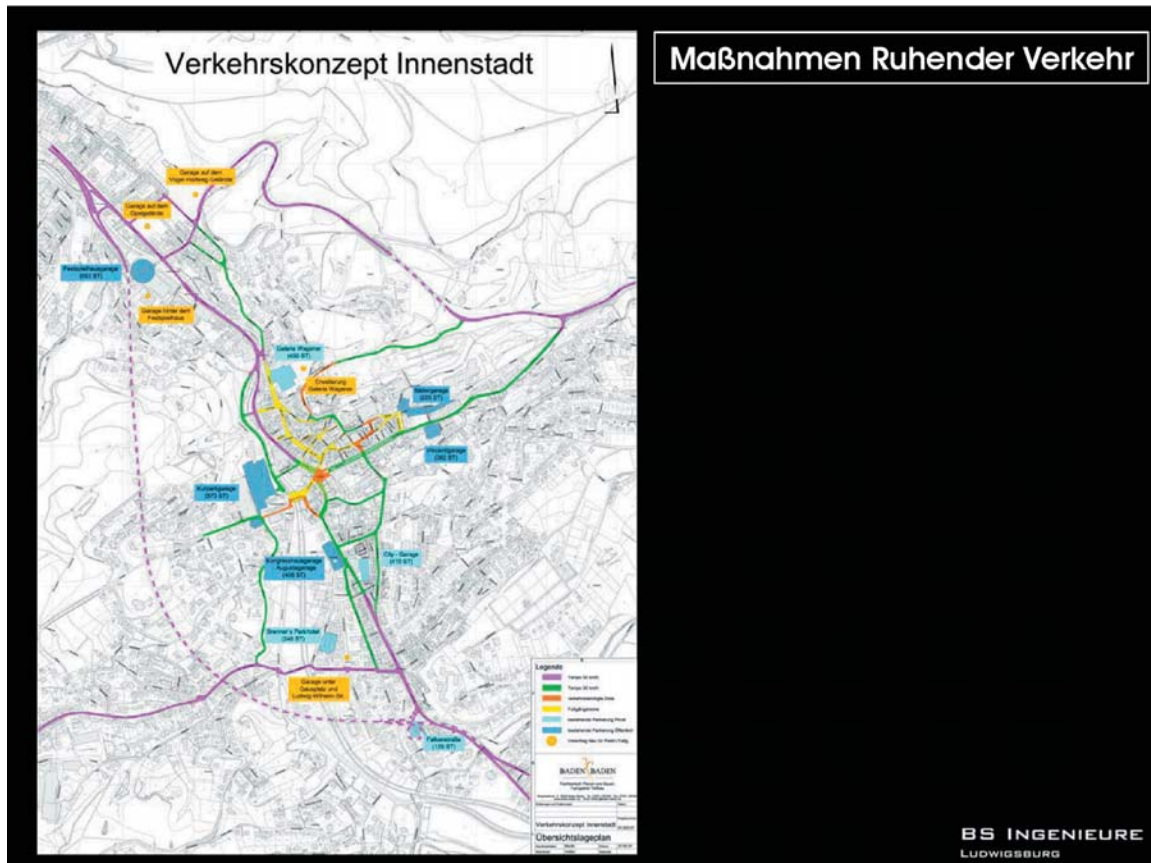
BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Schild Typ "Restplatzanzeige"

Schild Typ "Displayanzeige"

**Maßnahmen Ruhender Verkehr
Verkehrslenkung/Parkleitsysteme**

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG



Handlungsfeld ÖPNV

- Einsatz eines Rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL).
- Stärkung des ÖPNV durch Verdichtung des P+R Angebotes mit Shuttle-Bus z. B. historischer Bus.
- Ausweisung weiterer Flächen für P+R-Anlagen. Berücksichtigung von Stellplätzen bei denen eine Doppelnutzung möglich wäre.
- Einführung Reisebusverbindung zwischen Karlsruhe und Baden-Baden bei Veranstaltungen im Festspielhaus.
- Einführung des Kombitickets: Eintritt inkl. ÖPNV-Nutzung.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG



Maßnahmen ÖPNV

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Handlungsfeld Radverkehr

- Radverkehrsnetz flächendeckend, lückenlos und umwegfrei ausbauen.
- Radverkehr fördernde Infrastruktur (Fahrradabstellanlagen, Radwegweisung) verbessern.
- Verknüpfung des Radverkehrs mit dem ÖPNV (Call-a-Bike am Bahnhof Oos).
- Aufstellung eines Mountainbike-Konzepts.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Handlungsfeld Fußgängerverkehr

- Sicheres, durchgängiges umwegfreies, engmaschiges Fußwegenetz.
- Weiterentwicklung der Fußgängerwegweisung.
- Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen, Bahnhöfen und Haltestellen barrierefrei gestalten.
- Reduzierung des IV-Verkehrs in der Fußgängerzone.
- Überarbeitung Schulwegeplan.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Handlungsfeld Veranstaltungskalender

- Engere Verzahnung der Planung von Veranstaltungen, des Parkraummanagements und der Mobilität.
- Überprüfung des Veranstaltungskalenders auf Verträglichkeit mit dem Ziel die Innenstadt zu entlasten.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG

Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit

- Anfahrtsskizzen, Verkehrsleitsystem in die Homepage der Stadt Baden-Baden aufnehmen.
- Mögliche Rubriken bei der Internetdarstellung:

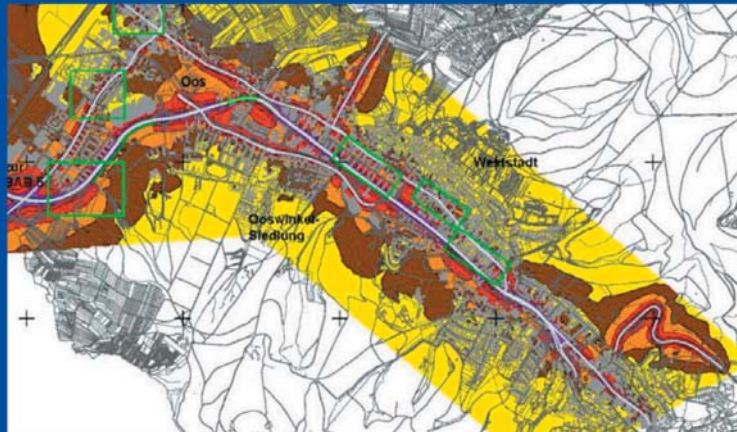
Baden-Baden...
zu Fuß
mit dem Rad
mit dem Auto (inkl. Parkhäuser, mit Tarifen)
mit dem ÖPNV (Fahrpläne, Tarife, Verbindungen).
- Baustellenkalender.
- Spezialangebote.

BS INGENIEURE
LUDWIGSBURG



Baden - Baden

LÄRMAKTIONSPLAN



Klausurtagung am 10. Oktober 2008



Lärmaktionspläne

EU Umgebungslärmrichtlinie
Bundesimmissionsschutzgesetz § 47 a-f

- Lärmkartierungen für
 - Hauptstrecken Straßenverkehr, Schienenverkehr
 - (1. Stufe: > 16.400 Kfz/24 h
> 60.000 Züge/Jahr)
 - (2. Stufe: > 8.200 Kfz/24 h
> 30.000 Züge/Jahr)



- Großflughäfen
- Lärmaktionspläne
Zuständigkeit: Kommunen
Die Öffentlichkeit muss beteiligt werden.
Der Lärmaktionsplan soll in Anlehnung an ein Bebauungsverfahren aufgestellt werden



Lärmaktionsplan
Baden-Baden



Klausurtagung am 10. Oktober 2008

Offene Punkte:

- Auslösewerte (Grenzwerte) sind nicht definiert
Baden-Württemberg empfiehlt:

$$L_{\text{DEN}} > 70 \text{ dB(A)}$$

$$L_{\text{NIGHT}} > 60 \text{ dB(A)}$$

- Zuständigkeiten
 - Planung: Kommune
 - Umsetzung: Straßenbaulastträger
 - Zustimmung: Straßenverkehrsbehörde
- Finanzierung ungeklärt

Klausurtagung am 10. Oktober 2008



Lärmaktionsplan
Baden-Baden



BS INGENIEURE
Ludwigsburg

Eingangsdaten

- Verkehrsanalyse 2008
- Digitales Geländemodell
 - Topografie
 - Straßen
 - Bebauung
 - Vorhandener Lärmschutz

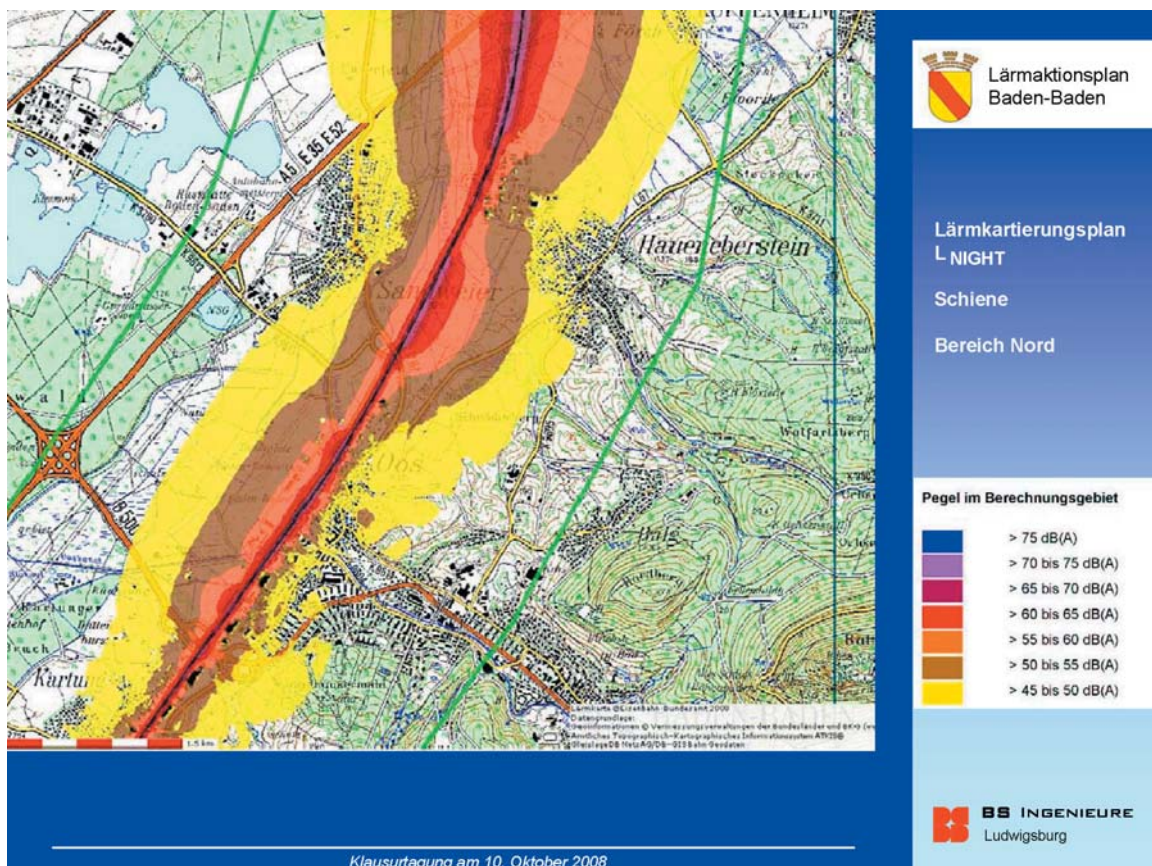
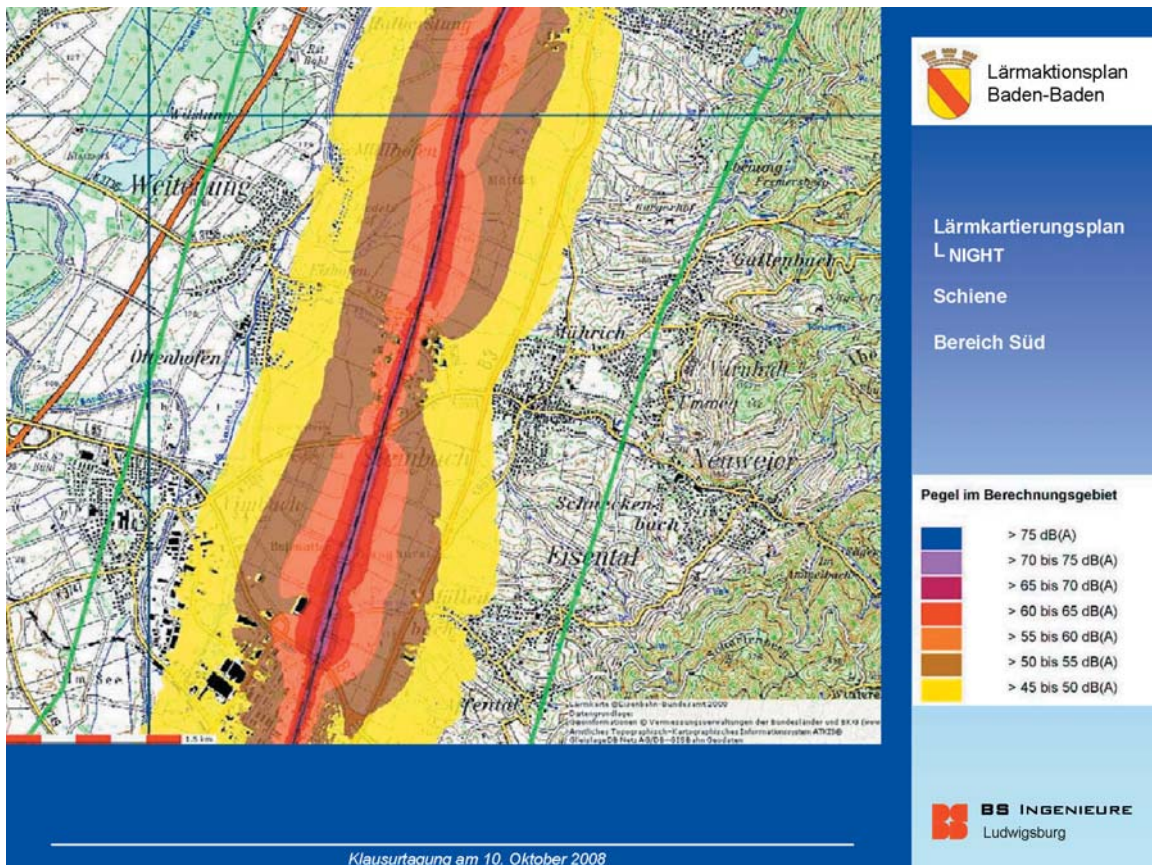
Klausurtagung am 10. Oktober 2008

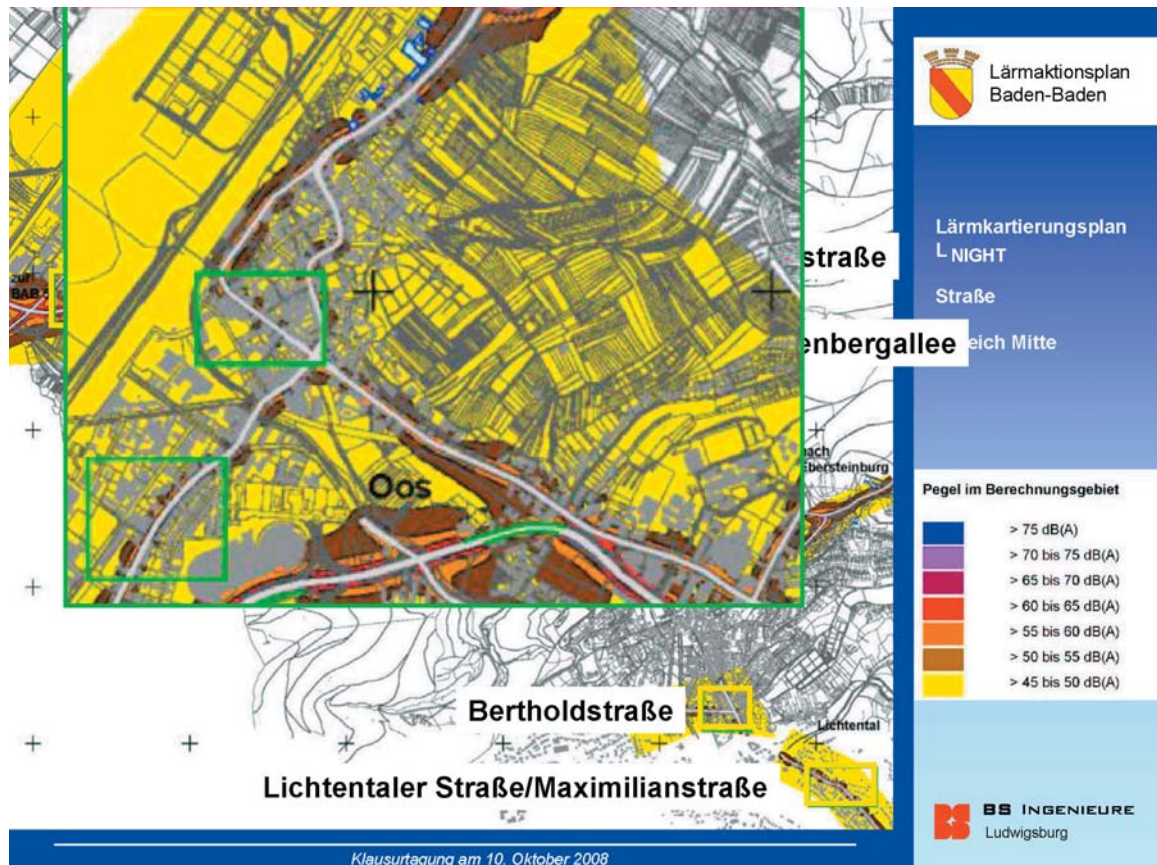
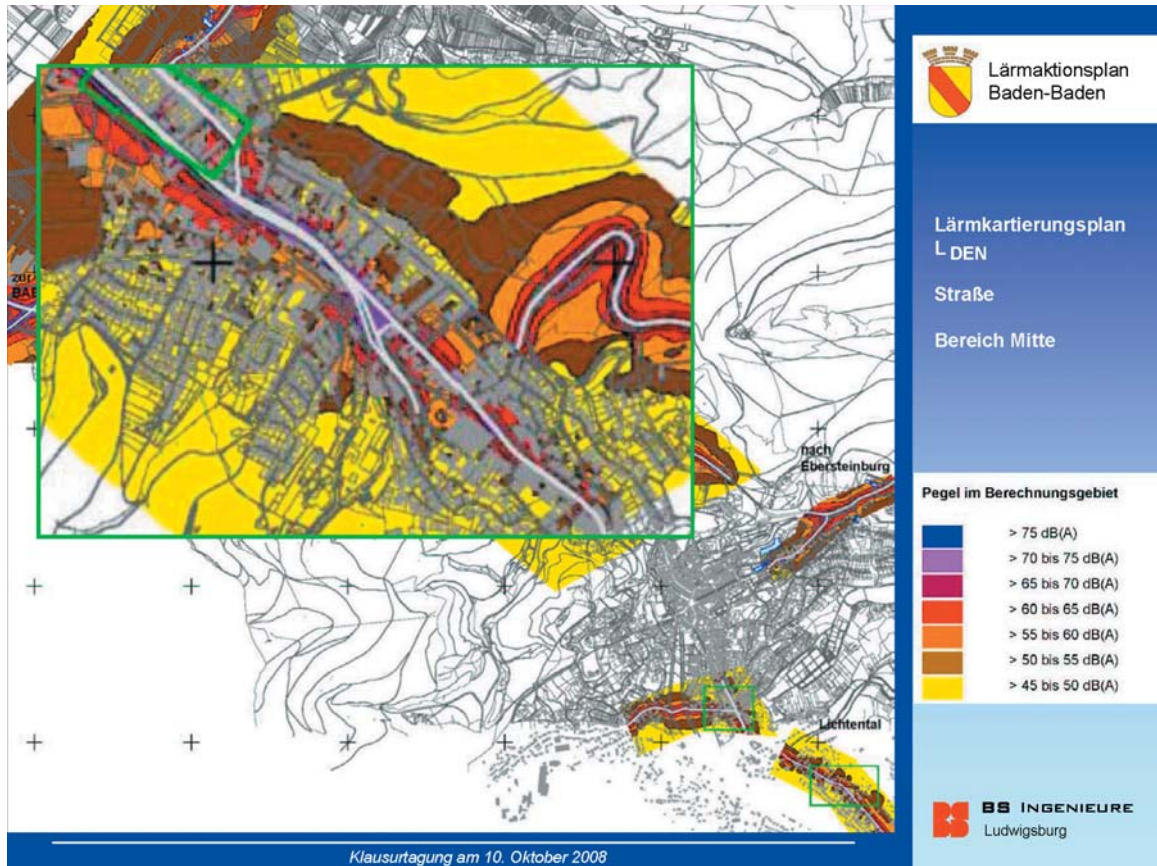


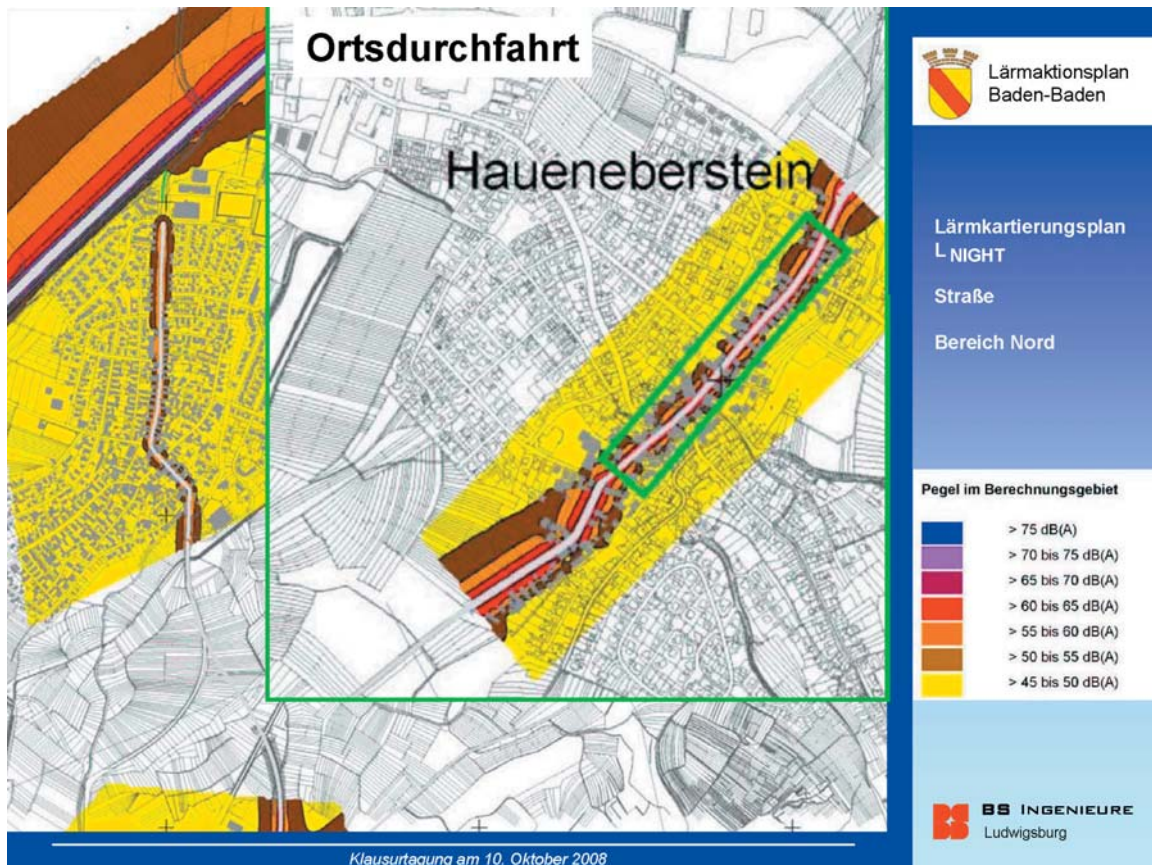
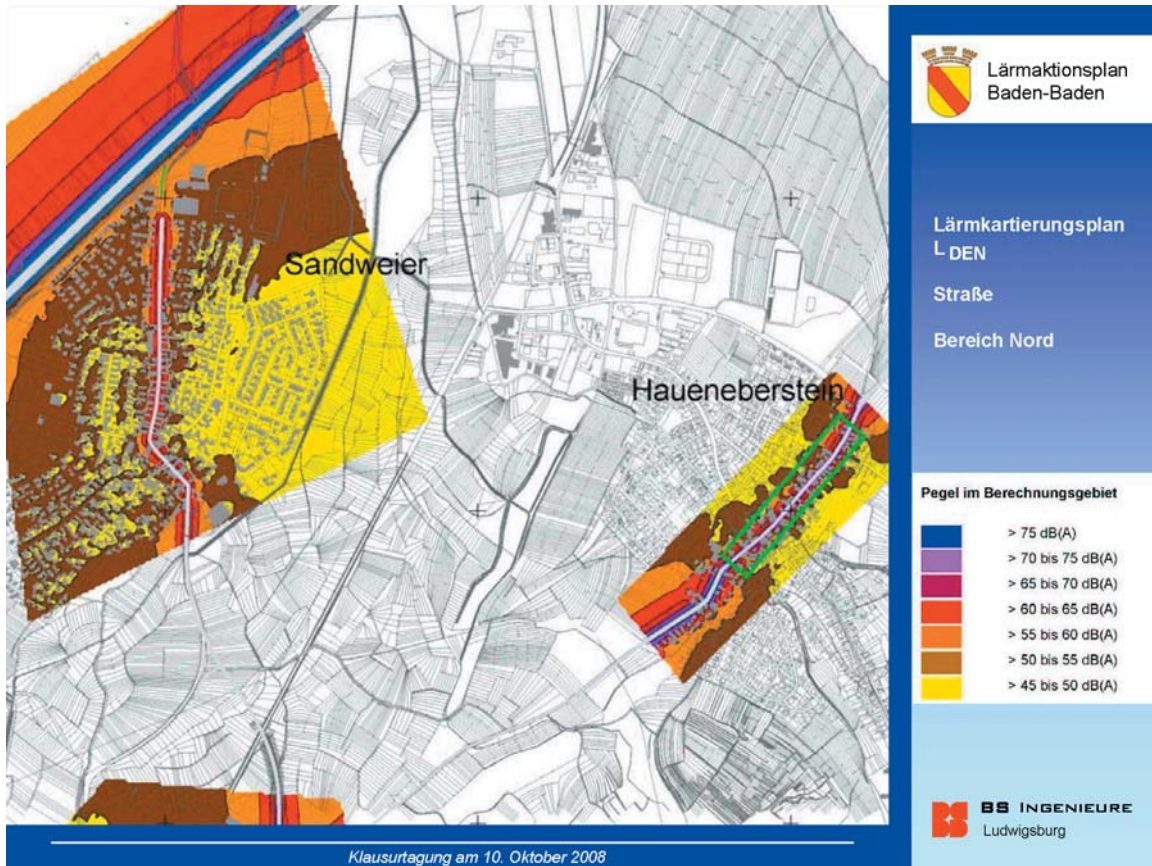
Lärmaktionsplan
Baden-Baden

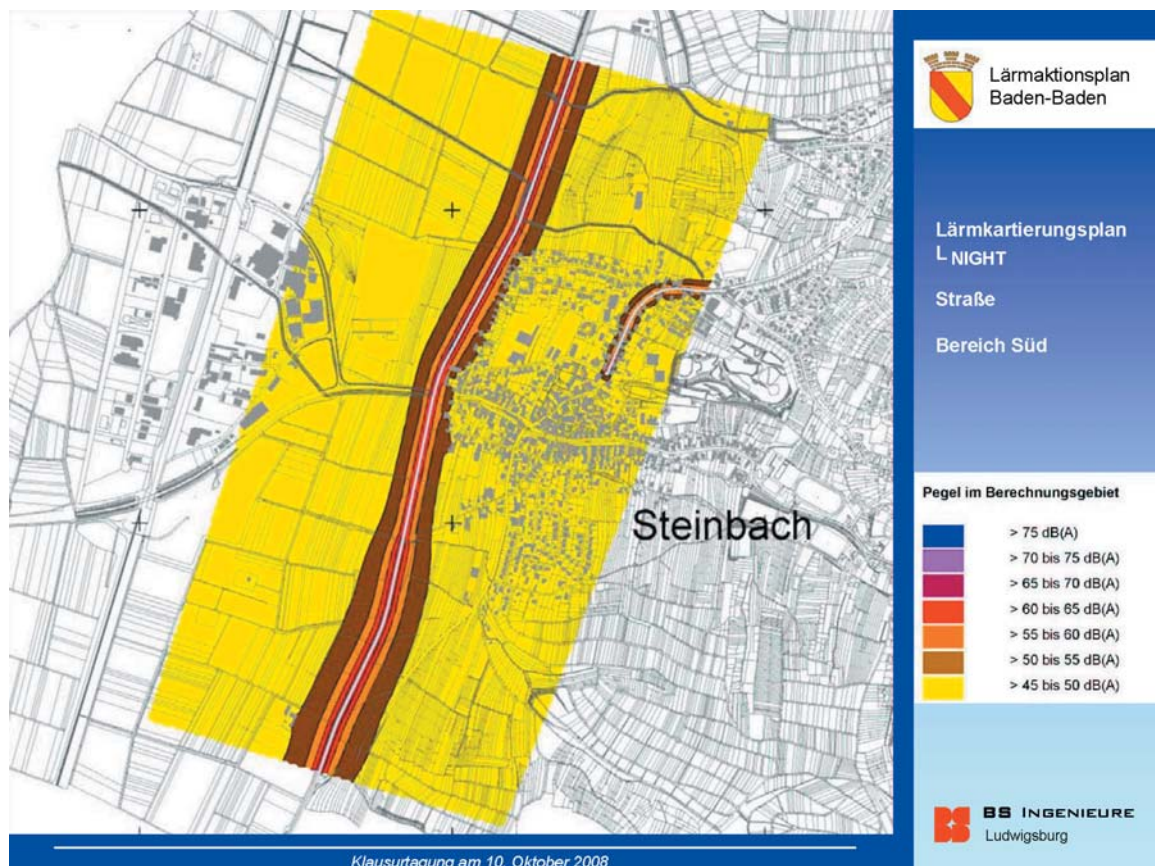
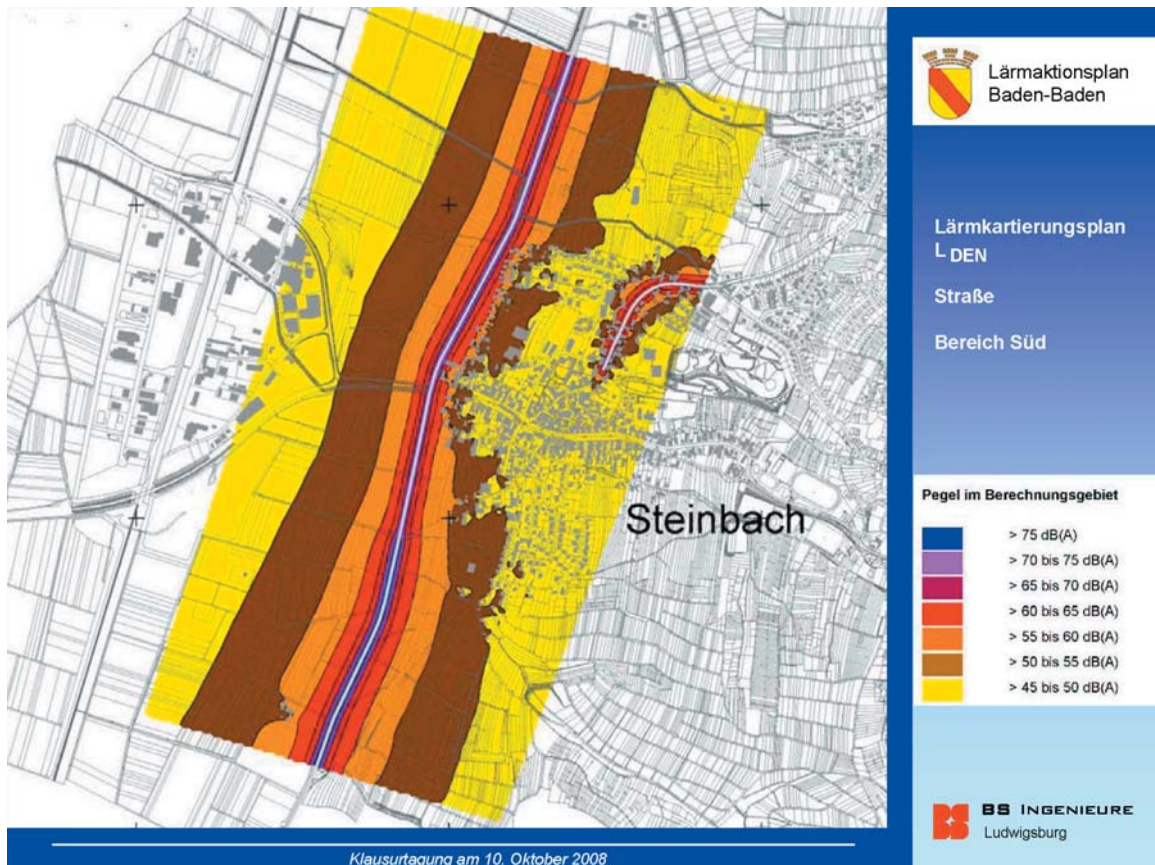


BS INGENIEURE
Ludwigsburg









Anregungen/Einwendungen

Privat (27):

- Straßenbelag
- Motorräder
- Geschwindigkeitsbeschränkungen
- Durchfahrverbot LKW
- Fahrverhalten
- Stadtbusse
- Schienenverkehr
- Freizeitverkehr

TÖB (14):

- Geschwindigkeitskontrollen wg. Lärmschutz nicht Aufgabe der Polizei
- IHK: Wirtschaftsverkehr nicht einschränken
- ADFC: Stadt ist ideal zum Fahrradfahren geeignet



Lärmaktionsplan
Baden-Baden

Anregungen/
Einwendungen aus der
öffentlichen Auslegung

 **BS INGENIEURE**
Ludwigsburg

Klausurtagung am 10. Oktober 2008

Lärminderungsmaßnahmen Rahmenbedingungen

- Zuständigkeiten
- Wirksamkeit
- Finanzierung



Lärmaktionsplan
Baden-Baden

Lärminderungs-
maßnahmen

Rahmenbedingungen

 **BS INGENIEURE**
Ludwigsburg

Klausurtagung am 10. Oktober 2008

Lärminderungsmaßnahmen

- Vermeidung
- Verlagerung
- Verminderung



Lärmaktionsplan
Baden-Baden

Lärminderungs-
maßnahmen



BS INGENIEURE
Ludwigsburg

Klausurtagung am 10. Oktober 2008

Lärminderungsmaßnahmen

Vermeidung

- Strategische Planung
 - Bauleitplanung
 - Stadtplanung
 - Verkehrsplanung
 - Objektplanung Gebäude
- Individuelles Verhalten
 - Bewusstseinsbildung
 - Fahrtenverhalten
 - (nicht-notwendiger Verkehr)
 - Fahrverhalten



Lärmaktionsplan
Baden-Baden

Lärminderungs-
maßnahmen

Vermeidung



BS INGENIEURE
Ludwigsburg

Klausurtagung am 10. Oktober 2008

Lärmminderungsmaßnahmen



Lärmaktionsplan
Baden-Baden

Verlagerung

- Intermodale Verlagerung
 - ÖPNV
 - Radverkehr
 - Fußgängerverkehr
- Räumliche Verlagerung
 - „unempfindliche“ Straßen
 - Durchfahrverbote Schwerverkehr
 - Umgehungen

Lärmminderungs-
maßnahmen

Verlagerung



BS INGENIEURE
Ludwigsburg

Klausurtagung am 10. Oktober 2008

Lärmminderungsmaßnahmen



Lärmaktionsplan
Baden-Baden

Verminderung

- Fahrzeugtechnik
- Reifen
- Fahrbahn (Deckensanierung, Schachtdeckel, OPA)
- Geschwindigkeitsbeschränkungen
- Straßenraumgestaltung zur Verkehrsberuhigung
- Lärmschutzwände/ -wälle
- Passiver Schallschutz

Lärmminderungs-
maßnahmen

Verminderung



BS INGENIEURE
Ludwigsburg

Klausurtagung am 10. Oktober 2008

Lärmaktionsplan Baden-Baden

- Konkrete Minderungsmaßnahmen
- Lärminderung verstärkt in die Leitplanung integrieren
- Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger für den Lärmschutz sensibilisieren



Lärmaktionsplan

 **BS INGENIEURE**
Ludwigsburg

Klausurtagung am 10. Oktober 2008

MÜLLER-BBM

“Baden-Baden 2020”

Konzept zur Luftreinhaltung - Stufe 1
Kurzfristige Maßnahmen NO₂

Alexander Ropertz mit Ergänzungen durch das Fachgebiet Umwelt
und Gewerbeaufsicht der Stadt Baden-Baden

MÜLLER-BBM

Gliederung

- ✓ Einführung - Aufgabenstellung - Methodik
- ✓ Lufthygienische Ausgangssituation NO₂
- ✓ Immissionsprognose NO₂ (Ist-Zustand)
- ✓ Maßnahmen zur NO₂-Reduzierung
- ✓ Überprüfung der Maßnahmen (Plan-Zustand)
- ✓ Zusammenfassung und Fazit

Gliederung

2

MÜLLER-BBM

3 Situation - Aufgabenstellung

Situation - Aufgabenstellung

- ✓ Belastungsschwerpunkte für NO₂ (DWD)
OZ 1 und VZ 1 im Innenstadtbereich
- ✓ Ziel: Einhaltung der Qualitätsstandards für
die Prädikatisierung von Kurorten
(Heilanzeigen „Atemwegserkrankungen“)
- ✓ Maßnahmen zur NO₂-Reduzierung
- ✓ Prüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen
- ✓ Ausblick „Baden-Baden 2020“ - Stufe 2

MÜLLER-BBM

4 Methodik

Methodik

- ✓ Analyse der Ausgangssituation (Luft, NO₂)
- ✓ Immissionsprognose NO₂ - **Ist**-Zustand
=> „Modellvalidierung“ an Messdaten
- ✓ Ableitung von Maßnahmen
- ✓ Immissionsprognose NO₂ - **Plan**-Zustand
=> Überprüfung der Wirksamkeit

Hinweis: => anerkanntes und validiertes
Prognosemodell

Lufthygienische Ausgangssituation (1)

Messungen des DWD 2006/2007:

Probenahme- stelle	Grobstaub gesamt		Grobstaub schwarz		Stickstoffdioxid		Benzol	
	LR 1 ¹⁾ µg/m ³	MW ²⁾ µg/m ³	LR 1 µg/m ³	MW µg/m ³	LR 1 µg/m ³	MW µg/m ³	LR 1 µg/m ³	MW µg/m ³
KG1	12,0 / 13,0	8,4	1,2 / 1,4	0,58	15,0	18,0	12,8	
KG2	12,0 / 13,0	7,0	1,2 / 1,4	0,35	15,0	18,0	7,8	
OZ1	13,5 / 15,0	8,3	1,5 / 1,8	0,90	20,0	24,0	22,2	
OZ2	13,5 / 15,0	7,4	1,5 / 1,8	0,52	20,0	24,0	11,0	
VZ1	22,0 / 28,0	10,2	4,5 / 5,5	1,60	28,0	34,0	30,9	4,0 / 5,0
VZ2	22,0 / 28,0	13,9	4,5 / 5,5	2,96	28,0	34,0	26,6	1,9

¹⁾ Luftqualitätsrichtwerte für den Mittelungszeitraum Jahr mit/ohne Heilanzeigen Atemwegserkrankungen [7]

²⁾ Mittelwert des Datenkollektivs

Messungen der LUBW in Baden-Baden:

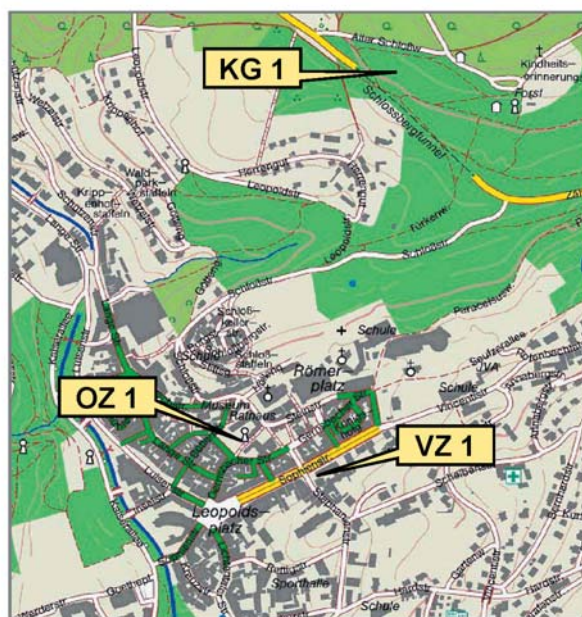
Jahresmittelwert NO₂ ~ 17 µg/m³

Lufthygienische Ausgangssituation (2)

KG - Kurgebiet
 Hungerberg

OZ - Ortszentrum
 Rathaus

VZ - Verkehrszentrum
 Stephanienstr. / Ecke
 Sophienstr.



NO_x-Emissionen - Verursacher

Emissionen in t/a in Baden-Baden (Bezugsjahr 2004)

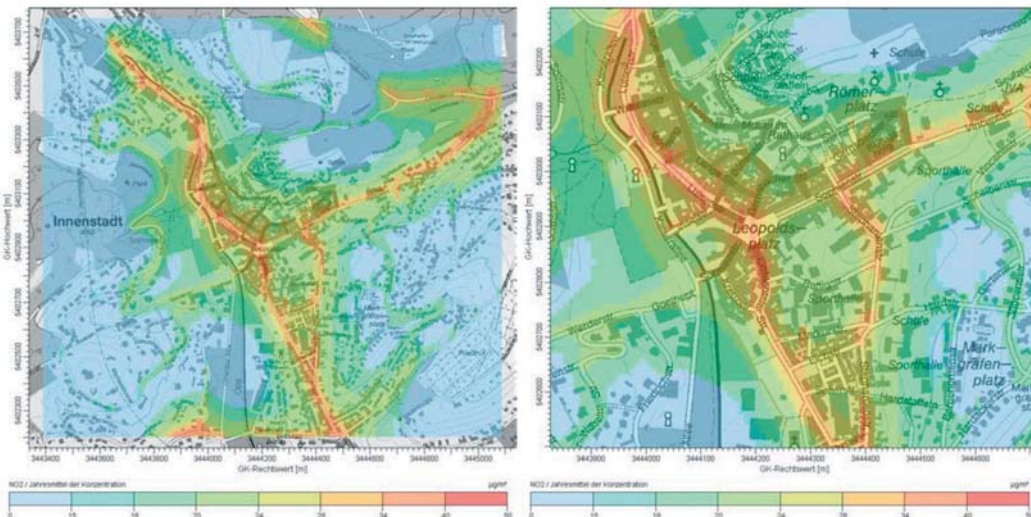
Gruppe	CO	NOx	SO ₂	NM VOC	Staub	PM ₁₀	CH ₄	CO ₂	N ₂ O	NH ₃
Biogene Systeme	n.v.	n.v.	n.v.	383	n.v.	n.v.	89	n.v.	56	49
Kleine und Mittlere Feuerungsanlagen	215	91	55	19	7	7	10	144.069	1	n.v.
Industrie und Gewerbe	1	9	1	106	2	1	1	10.805	n.v.	n.v.
Sonstige Technische Einrichtungen	842	165	1	314	16	14	324	11.377	4	n.v.
Verkehr	1.774	518	1	144	79	39	7	133.140	3	10
Summe	2.832	783	58	966	104	62	430	299.391	63	59

=> Anteil Verkehr an NO_x: etwa 66 %

Fahrleistungen und NOX-Emissionen im Verkehrssektor

Komponente	PKW	LNfZ	SNfZ	KRAD	Summe
Anteil Fahrleistung / %	86	3	8	2	100
Anteil NOx-Emissionen / %	33	3	64	1	100

Immissionsprognose NO₂ - Ist-Zustand



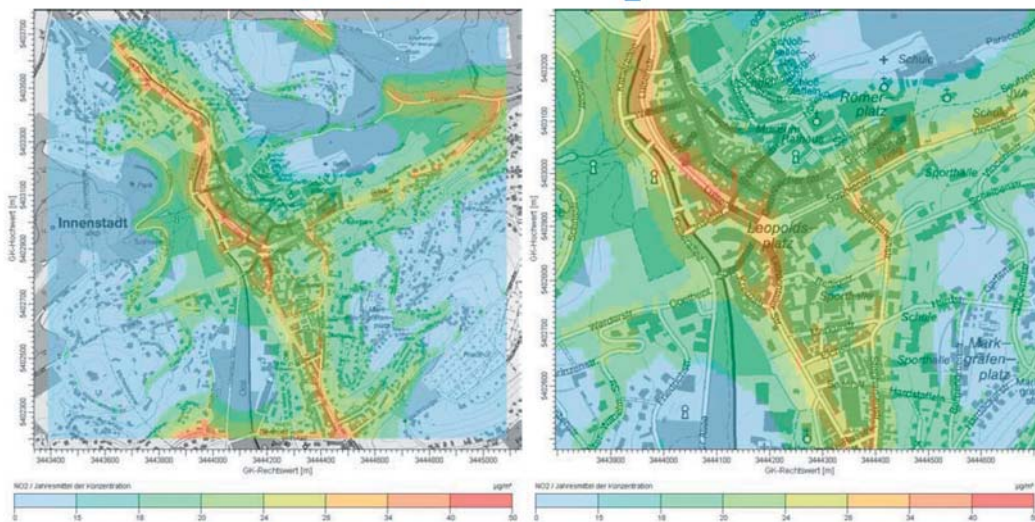
Stoff	Einheit	KG 1		OZ 1		VZ 1	
		Messung	Prognose	Messung	Prognose	Messung	Prognose
NO ₂	µg/m ³	12,8	13,0	22,2	22,1	30,9	29,6

Maßnahmen zur Reduktion von NO₂

- ✓ **M 1** Verkehrsreduktion an der Sophien- / Stephaniestr. um 25 %
=> bezogen auf den DTV-Wert und Lkw-Anteil
- ✓ **M 2** Umstellung auf emissionsreduzierte Busflotte im ÖPNV
=> 50 %ige Minderung bei 50 % der Linienbusflotte
- ✓ **M 3** Reduzierung des Schwerlastverkehrs in der Fußgängerzone
=> von 50 % PKW, 25 % LNFZ und 25% SNFZ
=> auf 50 % PKW und 50 % LNFZ

Konkrete Maßnahme siehe Zusammenfassung – Fazit

Immissionsprognose NO₂ - Plan-Zustand



Stoff	Einheit	KG 1		OZ 1		VZ 1	
		Messung	Prognose	Messung	Prognose	Messung	Prognose
NO ₂	µg/m ³	12,8	12,9	22,2	19,6	30,9	25,4

Zusammenfassung der Ergebnisse

Parameter	Einheit	Ortsbereich / Messstelle			
		VZ 1	OZ 1	KG 1	
LR 1 / NO ₂	mHA	µg/m ³	28,0	20,0	15,0
LR 1 / NO ₂	oHA	µg/m ³	34,0	24,0	18,0
Messung - 2006/2007		µg/m ³	30,9	22,2	12,8
Prognose Ist-Zustand		µg/m ³	29,6	22,1	13,0
Prognose Plan-Zustand		µg/m³	25,4	19,6	12,9
Delta (Ist-Plan)		µg/m ³	4,2	2,5	0,1

Ortsbereich: VZ = Verkehrszentrum, OZ = Ortszentrum, KG = Kurgebiet
 Heilanzeige: mHA/oHA = mit/ohne Atemwegserkrankungen

=> Maßnahmen ausreichend, um angestrebte Richtwerte (LR 1, mHA) an den Messorten des DWD einzuhalten !

Zusammenfassung – Fazit (1)

- ✓ Agenda:
Ausgangssituation => Prognose NO₂ Ist-Zustand => Maßnahmen => Prüfung der Wirksamkeit => erfolgreich abgearbeitet.
- ✓ Richtwerte können eingehalten werden
- ✓ Konkretisierung der Maßnahmen durch Stadt Baden-Baden bereits erfolgt =>

Zusammenfassung – Fazit (2)

- a) Die Stadtverwaltung Baden-Baden wird zur Minderung des Durchgangsverkehrs, vor allem im Bereich Sophien-/Stefanienstraße bereits auf der B 500 vor dem Tunnel (stadtauswärts, hintere Tunneleinfahrt) in Fahrtrichtung Innenstadt die Beschilderung für den Regionalverkehr Richtung Murgtal/Gaggenau so ändern, dass der Verkehr durch den Michaelstunnel geleitet wird und nicht die Strecke durch die Innenstadt nimmt. Weiterhin wird die Beschilderung im Bereich des Hindenburgplatzes dahingehend abgeändert, dass für nicht Ortskundige klar ersichtlich ist, dass der Leopoldsplatz nicht überfahren werden kann. Beide Maßnahmen dienen der Verbesserung der innerörtlichen Verkehrslenkung.

Zusammenfassung – Fazit (3)

- b) Entfernungen des Autobriefkastens in der unteren Sophienstraße zur Minderung des dortigen Verkehrsaufkommens.
- c) Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Emmissionssituation der städtischen Busflotte bei der Baden-Baden Linie (BBL) werden folgende Maßnahmen durchgeführt:
- d) Neuanschaffungen im Jahr 2008 von drei Gelenkbussen mit der Abgasnorm EURO 5 und Umrüstung von 10 Bussen von EURO 3 auf EURO 5

MÜLLER-BBM

Zusammenfassung – Fazit (4)

In 2009 ist die Umrüstung von weiteren 10 Bussen auf EURO 5 sowie der Kauf von 2 weiteren Bussen mit EURO 5 vorgesehen.

- e) Bereits im April haben Hauptausschuss und Gemeinderat Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Fußgängerzone beschlossen („Pollerkonzept“). Es werden 2008 und in Abhängigkeit des Ergebnisses der Haushaltsberatungen zum Haushaltsjahr 2009 im kommenden Jahr an verschiedenen Stellen Poller errichtet, die die Zufahrt zur Fußgängerzone deutlich reglementiert. Ergänzend werden Ladezonen für den Lieferverkehr außerhalb der Fußgängerzone eingerichtet.

Zusammenfassung - Fazit

15

MÜLLER-BBM

Zusammenfassung – Fazit (5)

- f) Durch den Gemeindevollzugsdienst (GVD) erfolgen restriktive Kontrollen hinsichtlich Verstöße der Befahrung von Fußgängerzone, Leopoldsplatz, usw.

- g) Fortschreibung der Maßnahmen in Stufe 2

Zusammenfassung - Fazit

16

Ausblick Lufthygiene - Stufe 2

- ✓ Räumliche Ausdehnung des Untersuchungsgebietes auf das Stadtgebiet Baden-Baden
- ✓ Komponenten NO₂, PM₁₀ und Benzol
- ✓ Konzeptionelle und inhaltliche „Verzahnung“ zu Verkehrskonzept und Lärmaktionsplan
- ✓ Aktualisierung Ist-Zustand (Zählungen) und Prognose Plan-Zustand (Verkehrskonzept)

Ansprechpartner:

Bei der Stadtverwaltung Baden-Baden:

Fachgebiet Umwelt und Gewerbeaufsicht
Briegelackerstraße 8, 76532 Baden-Baden

Herr Rudolf-Karl Teichmann

Telefon: 07221/93-1521

E-Mail: rudolf-karl.teichmann@baden-baden.de

Gutachter:

Müller-BBM GmbH

Niederlassung Gelsenkirchen

Am Bugapark 1

45899 Gelsenkirchen

Herr Alexander Ropertz

Telefon: 0209/9 83 08 – 0

E-Mail: alexander.ropertz@müllerBBM.de

